WIR WOLLEN ALLES

NR. 13/14 (Februar/März 74) J 7581 EX DM 2,00

FRANKFURTER HÄUSERKAMPF:



Der Stein, den sie abgerissen haben ist ihnen an den Kopf geflogen



DER STEIN, DEN SIE ABGERISSEN HABEN, IST IHNEN WIEDER AN DEN KOPF GEFLOGEN!

Der Widerstand gegen die Räumung des besetzten Häuserblocks Schumann/Bockenheimer Landstr. wurde in den Aktionen und der Demonstration am Donnerstag, 21. 2. 1974, vor allem aber durch die Demonstration und die Straßenschlacht am Sonnabend, 23. 2. 1974, sichtbar — nicht als Widerstand kleiner krimineller Anarchistengruppen — wie Polizei, bürgerliche Presse im Verein mit MSB Spartakus und KBW glauben machen wollen — sondern als militanter Widerstand einer Massenbewegung.

Wahr gemacht wurde, was der Häuserrat am 14. 2. 1974 in der Aufforderung an den hessischen Innenminister Bielefeld (FDP) zu Verhandlungen über die Forderung nach Ersatzwohnraum erklärt hatte. Wenn die Forderungen nicht erfüllt werden, werden wir Widerstand leisten. „Dieser Widerstand wird die Knüppelpolitik der Landesregierung und der Stadt öffentlicher machen, als je zuvor."

Die vier Häuser in der Bockenheimer Landstr./Schumannstr. waren im Oktober 1971 im Anschluß an eine Demonstration besetzt worden. Wenige Tage zuvor hatte die Frankfurter Polizei zum ersten Mal durch einen brutalen Einsatz im Grüneburgweg deutlich gemacht, daß die Stadt Frankfurt keine weiteren Hausbesetzungen mehr dulden wollte, daß es mit der Politik der Integration des Häuserkonflikts in das sozialstaatliche Reformkonzept der SPD vorbei war. Erst der massenhafte Charakter der Besetzung des Bockenheimer/Schumannstr. veranlaßte sie zu einem weiteren Rückzieher.

Nach zwei Jahren kam die Kündigung: Spekulant Bubis wollte bauen. Die erste Verleumdungskampagne rollt an. In den Frankfurter Zeitungen erscheinen Berichte über angebliche Rauschgiftorgien, Zuhälterei, Vergewaltigungen, darüber, daß in den Häusern Kriminelle wohnen, die ausländischen Arbeitern Wohnraum wegnehmen. Die Justiz gesellt sich trickreich dazu und verurteilt zur Räumung: Ein Schreiben der Besetzer, das das Verfahren über die Räumung aufgeschoben hätte, sei eine halbe Stunde zu spät eingereicht worden.

Die Räumung, die nun für den 1. November 1973 erwartet werden muß, wird jedoch erneut verhindert. 4 000 Genossen versammeln sich zu einem teach-in in der Uni. Die unsicher gewordene SPD schickt ihren Stadtverordneten Berkemeier, der vor der Versammlung versucht, die SPD-Politik zu rechtfertigen. Er sichert zu: keine Räumung in den nächsten Tagen. Er erklärt auch, daß die SPD-Fraktion über die Forderungen der Versammlung beraten werde: ausreichender Ersatzwohnraum für die Bewohner des Blocks, für ausländische Arbeiterfamilien, die im Mietstreik sind. Obwohl die Räumung vorerst aufgeschoben ist, bleiben 1 000 Genossen über Nacht in der Uni. Die Genossen in den Häusern beginnen, Barrikaden zu bauen.

Die SPD-Fraktion geht in keiner Weise auf die Forderungen ein. Gelegentlich gibt es Erklärungen, wonach der Bauherr noch gewisse Auflagen zu erfüllen habe, der Termin der Räumung wird nicht genannt. In der Silvesternacht findet in den Häusern ein Fest statt, zu dem auch viele Bewohner des Westends und aus Bockenheim kommen, die zum erstenmal selber sehen, wie es in den Häusern aussieht. Als es später auf der Straße zu einer Auseinandersetzung mit einem Mercedesfahrer kommt, wird das als „Gewalttätigkeit" der Hausbesetzer hochgespielt. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung kommentiert: „Darf nun der entfesselte Mob, der sich um die Hausbesetzer geschart hat, in der Zwischenzeit das Faustrecht ausüben? Müssen wir alle fürchten, irgendwann von einer Meute gejagt zu werden? Was muß denn, nach all den Gewalthandlungen der Vergangenheit noch geschehen, bis sich die politische Führung dieser Stadt — und jetzt auch die des Landes — entschließt, dem Terror ein Ende zu bereiten? Oder wird jeder Bürger sich bald gezwungen sehen, für seinen eigenen Schutz selbst Sorge zu tragen? "

Hier geht die Rechnung noch nicht auf. Die Polizei, die noch nicht vorhat, schon jetzt zu räumen, sieht sich gezwungen, die Anschuldigungen gegen die Hausbesetzer selber zurückzuweisen. Polizeipräsident Müller: „Eine ganz gewöhnliche Silvesterschlägerei."

Am 11. Januar — inzwischen untersteht die Frankfurter Polizei dem hessischen Innenminister — heißt es schließlich: An der Räumung führt kein Weg mehr vorbei. Derselbe SPD-Berkemeier, der im November Verhandlungen über die Forderungen andeutete, erklärt gegenüber der Frankfurter Rundschau: „Wenn die Stadt Abriß- und Baugenehmigung nicht erteilt, werden im Westend nicht jene 50 Sozialwohnungen gebaut, die Ignatz Bubis als Ersatz für den zerstörenden Wohnraum bauen wird. Außerdem gibt es mit Sicherheit einen Millionenprozeß gegen die Stadt. Die Häuser müßten dennoch geräumt werden, weil Herr Bubis als Eigentümer dies verlangen kann."

Die Millionen, die die Stadt in einem Prozeß gegen Bubis verloren hätte, wäre etwa 2,5 gewesen. Nach der Straßenschlacht vom Sonnabend wird die hessische Polizei um ganze 5 Millionen aufgerüstet. Noch zynischer ist das Argument mit den Sozialwohnungen. Dort, wo sie gebaut werden sollen, in der Altkönigstraße, wurde durch den Spekulanten Stieglitz zunächst Wohnraum vernichtet, um Luxuswohnungen zu bauen. Als das nicht mehr profitabel schien, verkaufte Stieglitz die Grundstücke an Bubis — mit Gewinn versteht sich. Dieser Kuhhandel auf Kosten neuer Wohnraumvernichtung wird als großer Erfolg von SPD-Politik verkauft.

Mitte Januar ging der Häuserrat mit einer großen Veranstaltung aus der Uni in die Stadt. Im Volksbildungsheim wurde nicht nur am Beispiel des Häuserkampfs klar, was SPD-Politik in dieser heißt. Die Lehrlinge der städtischen Lehrlingsausbildungswerkstatt (LAW), die Mitarbeiter der Kitas (Kindertagesstätten) berichteten über ihre Erfahrungen.

Zur gleichen Zeit dämmert auch der FAZ, was die Stärke der Frankfurter Linken ausmacht. In einem Kommentar „Was gegen militante Demonstranten denkbar ist" schreibt ein Jürgen Busche: „Die Aufforderung der Polizei an alle Unbeteiligten, die Zeil und das Gebiet um die Hauptwache zu verlassen, ist derzeit ebensowenig sinnvoll wie die Anweisung, jeder möge seines Weges gehen, denn wer von den Ordnungskräften will wissen, was wessen Weges ist? "

Der Streik an der Frankfurter Uni, bei dem es wegen des Flugblatts „Widerstand ist nötig" (siehe WWA Nr. 12) zu den ersten massiven Polizeiaktionen gegen den AStA kommt, verzögert die Räumung weiter.

Mitte Februar fordert der Häuserrat Innenminister Bielefeld zu Verhandlungen auf. Bielefeld hatte wiederholt erklärt, daß er gesprächsbereit sei, daß er wisse, „mit dem Polizeiknüppel allein geht es nicht". Zu diesem Zeitpunkt war die Polizeimaschinerie jedoch schon angelaufen. Jede Nacht rückte ein Polizeiaufgebot vor den Häusern an, die Fenster wurden mit Scheinwerfern angestrahlt, es gab Scheinbefehle wie „Jetzt Tränengas", „Räumen!". Die Hausbesetzer erklärten, sie würden nicht verhandeln, solange der Bullenterror weitergeht. Minister Bielefeld stellte sich dumm und wußte von nichts. Die Pressestelle der Polizei konnte „weder bestätigen noch dementieren".

Am Tag vor der Räumung, am 20. Februar, stand noch in der Frankfurter Rundschau zu lesen: „Der Minister steht beim AStA-Vorsitzenden der Frankfurter Universität, Michael Krawinkel, im Wort, daß die besetzten Häuser solange nicht geräumt werden, wie es Verhandlungen gibt." In der Nacht darauf standen die Bullen mit Sägen und Brecheisen vor den Türen.

Die Räumung

In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag tauchte gegen 2 Uhr wieder ein Bullenaufgebot vor den besetzten Häusern auf. Als sie nach einer halben Stunde wieder abzogen,



schien es, als sei einer der Psychoterroreinsätze abgelaufen. Um 4 Uhr 20, als dieGenossen in den Häusern schliefen, begann jedoch der Großeinsatz der Ordnungstruppe. Zunächst fuhren nur zwei als Mietwagen getarnte Fahrzeuge vor, die Bullen sprangen raus und machten sich mit Spezialwerkzeugen an das Wegräumen der verbarrikadierten Türen und Fenster im Erdgeschoß. Unmittelbar danach war die ganze Umgebung grün. Wasserwerfer, Gitterwagen, Mannschaftswagen, die ganze Szene unter Flutlicht. Es gelang den Bullen sehr schnell — viel schneller als in vielen Vordiskussionen angenommen — in die Häuser einzudringen. Mit gezogener Knarre stürmten sie in die Wohnungen. Einzelne Bewohner mußten fast eine Stunde lang mit erhobenen Händen an der Wand stehen. Anderen wurde Tränengas ins Gesicht gesprüht. Das es hier nicht schlimmer kam, hängt vermutlich damit zusammen, daß den Bullen gleich eine Schar neugieriger Journalisten folgte.

Gegen 5 Uhr wurde der Alarm ausgelöst, mit dem etwa 800 bis 1 000 Genossen mobilisiert werden konnten. Zu diesem Zeitpunkt war eine der Voraussetzungen, die für den Widerstand diskutiert worden waren, nicht mehr gegeben: die eigentliche Räumung hatte stattgefunden, die Genossen aus dem Block waren schon auf dem Weg ins Polizeipräsidium zur erkennungsdienstlichen Behandlung. Gruppen von Genossen begannen, den einsetzenden Berufsverkehr zu blockieren. Dies gelang eine kurze Zeitlang am Alleenring oberhalb der besetzten Häuser, an anderen Stellen, wie im Kettenhofweg wurden Wagen quergestellt. Die Polizei hatte um die Häuser einen engen Absperring gezogen, Hundertschaften und Unmengen von zivilen Einsatzkommandos fuhren in der weiteren Umgebung herum. Gruppen von Demonstranten wurden — teils von Zivilen mit gezogener Knarre, teils durch Wasserwerfereinsatz mit Tränengas — auseinandergetrieben. Einige Zeit später löste die Polizei die Ansammlung einer Demonstration am Opernplatz auf. Den ganzen Vormittag über gab es Verhaftungen, die Genossen wurden — ohne daß die Polizei irgendetwas gegen sie in der Hand gehabt hätte — meist bis nach der Demonstration am Nachmittag in Vorbeugehaft gehalten, außerdem erkennungsdienstlich behandelt.

Um 7 Uhr erläuterte Polizeipräsident Müller das „taktische Konzept" der Polizei: was vorher niemand wissen wollte, sprach er jetzt deutlich aus: die nächtlichen Scheineinsätze sollten die Bewohner für die Räumung reifmachen.

Am Nachmittag gelang es der Polizei nicht, eine Demonstration auf der Zeil aufzulösen, obwohl alle Seitenstraßen abgeriegelt waren. Eine ganze Hundertschaft der Polizei geriet bei dieser Demonstration in eine Falle und mußte sich ziemlich lädiert zurückziehen.

Obwohl Widerstandsaktionen am Donnerstag durchgeführt wurden, hatten sie nicht die Qualität jener Öffentlichkeit, die für den Fall der Räumung angekündigt war. Allenthalben war bei Politikern und in der Presse Erleichterung zu spüren. Zwar hatte es Verletzte gegeben, zwar hatten einige Kirchenglocken geläutet, der Verkehr war behindert worden, aber nicht zusammengebrochen — sie waren noch einmal davongekommen. Nun durfte — auch nach dem Willen des Magistrats und der Polizei — friedlich gegen Wohnraumzerstörung demonstriert werden.

Die Frage, wie es zu der Straßenschlacht vom Samstag kam, wird von vielen Genossen gestellt. Vielen ist unklar geblieben, was sich wirklich ereignet hat. Wer meint, daß kleine, mit Bambusstangen und Knüppeln bewaffnete Gruppen hier die Demonstration benutzt haben, um ihren Putz mit der Polizei zu suchen,geht der Darstellung einer hysterisierten Presse, der Darstellung der Polizei, auf den Leim.

Polizeipräsident Müller, die ganze politische Führung der Stadt Frankfurt und des Landes Hessen wußten, daß sie um eine Demonstration nach der Räumung nicht herumkommen würden. Aber bitteschön: Die Route und den Charakter wollten sie bestimmen, nicht die Demonstranten. Die Auflagen: eine Route vom Opernplatz durchs Westend und wieder zum Opernplatz. Nicht vorbei an den Trümmern, nicht in die Innenstadt zur Bevölkerung. Keine Tücher, keine Helme, keine „beleidigenden" Transparente, und keine, die zu kriminellen Handlungen (Besetzungen!) aufrufen. Andernfalls sofortige Auflösung durch die Polizei.





Polizeipräsident Knut-Müller mit erbeuteten Waffen

Sie hatten sich verrechnet. Die Genossen waren nach dem Donnerstag demoralisiert und wütend. Aber nicht so demoralisiert, daß sie zu Hause blieben. Der Samstag zeigte, daß Bullen und Spekulanten keinen Grund zum Triumphieren hatten. 2 000 versammeln sich zur Demonstration am Opernplatz. Die Route bestimmen sie selbst: in die Innenstadt. Der Zug wächst auf mehr als 5 000 an. Mehr als Müller, mehr als manche Genossen erwartet haben. An unzähligen Stellen, Mauern, Banken, am Gericht, an den Straßenbahnen werden Parolen gesprüht: 11 % Lohnerhöhung = Mietstreik, Nulltarif, höhere Mieten/weniger Lohn: ihre SPD-Fraktion. Die Polizei wagte nicht, ihre Ankündigung wahrzumachen: sie greift nicht ein.

Viele Genossen, nicht alle, wollen heute nicht noch einmal den Bullen ausweichen. Die Scheiben der Industrie- und Handelskammer und der Selmibank, dem größten aller Frankfurter Bodenspekulanten, gehen zu Bruch. Ein hilfloser Protest, gewiß, genau so hilflos wie die zerbrochenen Scheiben amerikanischer Niederlassungen in Frankfurt bei Nixons Einmarsch in Kambodscha — aber auch genauso folgerichtig! Der Zug nähert sich dem Trümmerhaufen an der Bockenheimer Landstraße, der von dreißig Bullen und einem Wasserwerfer bewacht wird. Nun verliert die Demonstration endgültig ihren „friedlichen" Charakter. Diese Zurschaustellung kapitalistischer Macht, diese uniformierte Knüppelgarde der Spekulationsgeier und Großbanken neben dem Trümmerhaufen unserer Wohnungen bringt das Faß zum Überlaufen. Ohne daß es der hundert „Politrocker" oder „bezahlter Provokateure" bedurft hätte, fliegen die ersten Steine auf die Bullen. Ein Genosse erzählte hinterher, was ihm beim Anblick der Ruine und der Bullen durch den Kopf gegangen war: „Sie hatten uns am Grüneburgweg verprügelt, als wir das Haus gewaltlos besetzt hatten, sie hatten uns an der Schubertstraße verprügelt, wo wir ein weiteres Haus besetzt hatten, sie hatten die mietstreikenden Ausländer immer wieder zusammengeschlagen, deren einziges Verbrechen darin bestand, gegen die Wuchermieten zu rebellieren, sie hatten die Schläger der Spekulanten beschützt, die Emigrantenwohnungen demoliert und sie hatten uns am Donnerstag unser Haus genommen, uns verprügelt, auf der Straße, im Polizeipräsidium, wo immer sie unserer habhaft werden konnten. Wenn Widerstand nicht aus Haß, aus Wut und Empörung über diese Unterdrückung entsteht, woraus denn dann? "

Als der Wasserwerfer die Demonstranten mit Wasser und Tränengas eindeckt, gibt es kein Halten mehr. Die Steine vom ehemaligen „Mieterzentrum" des Häuserrats und der Wohnungen unserer Genossen fliegen den Bullen um die Ohren, daß ihnen Hören und Sehen vergeht. Notdürftige Barrikaden werden errichtet und immer wieder Steine, Steine auf die Bullen. Wenig später versucht ein bewaffnetes ziviles Kommando von Müllers berüchtigtster Schlägertruppe, dem „Soko (Sonderkommando) West", einige Genossen am Rande der Auseinandersetzung festzunehmen. „Diese Anti-Terrorspezialisten waren mit Revolvern, Tränengasspray, Holzknüppeln und Helmen bewaffnet, wir hatten nur unsere bloßen Hände. Die Knüppel, mit denen sie auf die Genossen einschlagen, haben wir ihnen abgenommen, die Waffen der Bullen werden zu unseren Waffen", berichtet ein Genosse. Die „Sokos" werden mit ihren eigenen Holzknüppeln, die eine schreckliche Wirkung haben, fürchterlich verprügelt. Sie verlieren ihre Helme, ihr Tränengas, ja selbst einen Revolver. Die Demonstranten haben keine Bambusstangen mit Metallspitzen, keine Bajonette, keine Eisenstangen, sie haben nur die Holzknüppel der Zivilbullen und die Gefangenen befreit.

„Lieber gegen Zuhälter als noch einmal gegen die ‚Politrocker'", erzählen am nächsten Tag die „Sokos" in der Zeitung, „sie wollten uns vernichten!" Wer will hier wen vernichten, wer rennt bis an die Zähne bewaffnet durch die Gegend, wer verdrischt die Leute auf der Straße oder im Präsidium, bis das Blut spritzt, wer räumt die Häuser und wer läßt sich zum bezahlten Spezialisten für Brutalität und Terror ausbilden? Diese armen Polizeibeamten mit ihrem schweren Dienst! Wir wissen: sie sind nur Handlanger, schlechtbezahlte dazu, die die da unten zur Ruhe zwingen sollen. Der Häuserkampf hat sich niemals gegen sie gerichtet, die Gegner sind die Stadt, die Spekulanten, die Großbanken und die Unternehmer — und sie werden es auch bleiben! Nur — die kämpfen nicht selbst, auch unser mutiger Polizeipräsident nicht, sie kaufen sich dazu ihre Büttel!

Eine Zeitlang halten die Genossen den Wasserwerfer, die Bullen in Schach. Als neue Hundertschaften anrücken, ziehen sie sich kämpfend über das Unigelände nach Bockenheim zurück. Im Studentenhaus verriegelt der MSB-Spartakus die Räume, in denen seine Tagung stattfindet. Die Diskussion über die wahrhaft „revolutionäre" Politik soll nicht durch Kämpfe gestört werden. Soll die Polizei ruhig die anarchistischen Provokateure zusammenschlagen. Der übrige Teil der Demonstration wird von der Polizei von hinten aufgerollt. Viele Genossen, die nicht wissen, was eigentlich abläuft, fliehen in Nebenstraßen oder durch den Palmengarten.

Am Abend nimmt die Polizei Rache. Sie stürmt das Studentenhaus und das anliegende Studentenwohnheim. Sie versprüht Tränengas, sie zerschlägt Türen und Mobiliar, sie verhaftet jeden, den sie findet, größtenteils vollkommen harmlose Bewohner des Studentenhauses, die nie auf einer Demonstration waren. Sie sucht Gründe, alle zu verprügeln. Die Genossen gehen auf Provokationen nicht ein. Zum großen Teil wissen sie nicht, worum es geht: Tagungsteilnehmer aus anderen Städten, die nur von der Demonstration gehört haben. Nur der MSB-Spartakus war vorher mit Aktenordnern verschwunden. Wenige Minuten vor dem Sturm der Bullen!

Die Genossen werden alle ins Polizeipräsidium geschleppt, bedroht, beschimpft und gefoltert. Erst am nächsten Tag werden die meisten freigelassen. Es hagelt Anklagen wegen Landfriedensbruch. Der türkische AStA-Referent Edil Tokmar wird, weil die türkischen Faschisten seinen Paß nicht verlängert haben, [geschwärzt] festgehalten. Anwälte werden gehindert, das umstellte Studentenhaus zu betreten. Am Telefon sitzen Bullen, bei Anrufen heißt es: „Der AStA ist nicht zu erreichen, der AStA zieht um."

Die große Hetze beginnt. Politrocker wollen den Fastnachtszug zerstören. Politrocker mit schwerer Bewaffnung sind aus dem Ruhrgebiet angereist. Waffen im Studentenhaus gefunden. Die Landesregierung will hart durchgreifen und stellt 5 Millionen Mark für Polizeiaufrüstung bereit. Rudi Arndt hält den Bundesgrenzschutzeinsatz für möglich. Polizeipräsident Müller erklärt, Schußwaffengebrauch wäre angebracht und Rechtens gewesen. Es wird von Autofallen und Brandstiftung gefaselt, die Bevölkerung wird von Arndt, Müller, sogar von Wohnungsbauminister Vogel aufgefordert, sich nicht zu solidarisieren. Doch auch das kommt anders. Die Evangelische Studentengemeinde solidarisiert sich, stellt den Blockbewohnern einen Saal zur Verfügung. Es solidarisieren sich Bürgerinitiativen, der SPD-Ortsverein Westend, die Jusos. Das Thema heißt wieder: Wohnraumzerstörung und nicht Politrocker.

Die Polizei verhaftet noch am Sonntag weiter. Für Leute mit langen Haaren, Parkas oder Lederjacken ist es gefährlich, die Wohnung zu verlassen. Gruppen von mehr als fünf Personen, ausgenommen Narren mit Pappnase, haben am Sonntag keine Chance, ohne Aufenthalt im Polizeipräsidium den Tag zu verbringen. Bürgerkriegszustände von oben. Oder, wie ein Bulle am Studentenhaus sagte: „Die bringen wir am besten gleich ins Stadion!"

Am Montag wird es wieder ruhiger. Mit den ersten Flugblättern des Häuserrates geht der Wohnungskampf weiter. Was die Leute sehen können, ist die Ruine an der Bockenheimer Landstraße: Trümmer sind keine Argumente. ●



Unsere Gewalt

Daß wir unsere besetzten Häuser Bockenheimer Landstraße/Schumannstraße militärisch nicht halten können, war uns klar. Trotzdem haben wir gekämpft. Warum?

Schon lange hatten Magistrat und SPD begriffen, daß die Räumung der vier Häuser für sie kein bloßer verwaltungsmäßiger und polizeilicher Akt, sondern eine politische Aufgabe sein würde. Mehr als vier Monate brauchten sie, um die Räumung vorzubereiten. Ihre Mittel waren dieselben, die der Reformismus heute überall dort anwndet, wo er mit Widerstand zu rechnen hat: spalten, bestechen, kriminalisieren, draufschlagen. Da wurden uns Scheinverhandlungen über Ersatzwohnungen angeboten: man wollte sehen, ob wir uns bestechen lassen, ob einige von uns bereit wären, für ein paar dreckige Zugeständnisse und Privilegien die Inhalte des Häuserkampfs, die immer über unsere **eigenen** Wohnungen hinausgingen, zu verraten; man hoffte auf den Pazifismus und den geheimen Reformglauben in unseren eigenen Reihen. Als das nicht klappte, wurde der Knüppel in Anschlag geholt: die Kriminalisierung begann, in der „Kommunalen Zeitung" der Stadt wurden Schauermärchen über Besetzer und Häuserrat verbreitet; auf unsere Ankündigung, wir würden uns wehren, antwortete die Stadt mit einer polizeilichen Durchsuchung des Asta; die massenhafte Präsenz der Bullen in der Stadt und die ständige Drohung mit der Räumung sollten unsere Vorbereitungen unterlaufen und uns schon vor der Räumung demoralisieren.



Die saubere Repression

Die Räumung selbst schien der Strategie der Stadt recht zu geben: die Bullen waren gut vorbereitet, unser Alarmsystem wurde zu spät ausgelöst, in kurzer Zeit waren alle vier Häuser gestürmt. Unsere Überraschung und die Präsenz der Bullen in der ganzen Stadt waren so groß, daß es an diesem Tag zu keinen größeren Widerstandsaktionen kam. Magistrat, Polizei und Presse atmeten auf: man war noch einmal davongekommen.

Vorerst davongekommen



tk. Als vor Wochen einer, der zu den Vertrauten der Hausbesetzer gehört, unsere Besorgnis wegen der bevorstehenden Räumung der Häuser am Westend-Eck mit der — aus seiner Sicht — pessimistischen Bemerkung zu zerstreuen suchte: „Du hast ja gar keine Ahnung, was uns die massenhafte Solidarisierung für eine Kraft kostet" — da war es schwergefallen, ihm zu glauben. Sollte nicht wiederholbar sein, was die radikale Linke vor nicht ganz elf Monaten anläßlich des Falls Kettenhofweg 51 zustande gebracht hatte? Würden wir am ersten Tag ohne Straßenschlachten davonkommen?

Wir sind noch einmal davongekommen, gestern jedenfalls. Nach dem morgigen Samstag, für den der zu Unternehmen aller linken Art bereite Allgemeine Studentenausschuß sicher wieder Unterschrift zur Demonstrationsanmeldung leisten wird, ist auf das Thema zurückzukommen. Nach dem gestrigen Tag mischen sich zunächst die Eindrücke von nächtens gegen Wohnhäuser dringenden Zerstorungsmaschinen, von Szenen mitleiderregender Resignation Wehrloser gegenüber einem schier allmächtigen Polizeiaufgebot mit der ersten Erleichterung, daß einer der gefährlichsten Konfliktherde in dieser Stadt gelöscht zu sein scheint.

FAZ 22.2.74

Der Dampf schien raus, zu erwarten war noch der geordnete, wortradikale und zahnlose Protest: die samstägliche Massendemonstration, die ein kollektives Ohnmachtserlebnis werden sollte. Und die Stadt fühlte sich so sicher und stark, daß sie uns eine Demonstration aufzwingen wollte, die die Farce einer Demonstration gewesen wäre: keine Helme, keine Transparente, die „beleidigenden Inhalt haben oder zu strafbaren Handlungen aufrufen" – genauso wie sie vor vier Wochen verbieten wollten, den persischen Schah das zu nennen, was er ist: einen Faschisten. Doch trotz dieser unverschämten Auflagen: unser Ohnmachtserlebnis war der Polizei politisch mehr wert als das unmittelbare Herbeiknüppeln von law and order. Die Polizei ging der Auseinandersetzung so lange wie möglich aus dem Wege. Die Demonstration schien sich totzulaufen, es sah so aus, als wäre das Ganze eine Demonstration der Polizei: eine Demonstration dafür daß – trotz bemalter Straßenbahnen und eingeschmissener Scheiben – Widerstand **nicht** möglich ist.

Der Angriff auf die Bullen vor den Trümmern der besetzten Häuser hat diese Rechnung durchkreuzt. Hat sich nun der Häuserrat durch seinen gewalttätigen Widerstand gegen die Räumung isoliert, hätte man alles hinnehmen und friedlich weiterdemonstrieren sollen? Sind die Genossen einer Polizeiprovokation auf den Leim gegangen und haben sie damit endgültig die Solidarität und die Sympathien der Bevölkerung verloren? Diese entscheidenden Fragen nach dem Erfolg des Widerstands lassen sich nicht einfach durch die Behauptung, daß dies der Fall oder nicht der Fall sei, beantworten. Die Analyse der Bewegungsgesetze des Häuserkampfs allein wird hier zu klaren politischen Schlußfolgerungen führen.

Nicht: Putz um des Putzes willen sondern: Widerstand ist nötig!!

Gewalt, oder genauer noch: **gewaltsamer Widerstand,** das war und ist für den Häuserrat und alle, die sich mit seinem Kampf und seinem Zielen solidarisiert haben, niemals Selbstzweck gewesen. Jeder revolutionären Bewegung ist das eine Selbstverständlichkeit – heute aber muß es festgehalten werden gegenüber jenen Genossinnen und Genossen (auch in unseren eigenen Reihen), die meinen, hier wäre vom Häuserrat in unverantwortlicher Weise eskaliert worden, – und die dabei vergessen, daß wir die Gewalt niemals erfunden, sondern immer nur vorgefunden haben. Der gewaltsame Widerstand, ob es sich nun um Hausbesetzungen, Mietstreiks, Demonstrationen oder gar Straßenschlachten gehandelt hat, verkörperte immer das letzte, notwendige Mittel der Bewegung zur Durchsetzung der Interessen von Arbeitern und Studenten gegenüber den Interessen von Spekulanten, Hausbesitzern und Magistrat. Die ersten Hausbesetzungen wurden durchgeführt, nicht um auf Teufel komm raus eine Schlacht mit der Staatsgewalt heraufzubeschwören, sondern weil Wohnungen benötigt wurden. Sie waren auf dem „freien" Markt, wenn überhaupt, so nur zu Wahnsinnspreisen zu erhalten. Aus Spekulationsgründen standen -zig Häuser leer. Das Interesse von Großspekulanten und ihrer kapitalistischen Hintermänner stand hier gegen das Massenbedürfnis nach billigen Wohnungen, die vorhanden, aber nicht zu bekommen waren. Was blieb da anders übrig, als zur Selbsthilfe zu greifen und die leeren Häuser zu besetzen? Aber mit der Besetzung kam die Polizei, um das kapitalistische Privateigentum zu schützen, und mit der Polizei kam die Gewalt, und die Gewalt des Polizeiknüppels erzwang den gewaltsamen Widerstand. Jahrelang hatte man in der Vergangenheit den bedauernswerten Zustand des Westends und der Bodenspekulation beklagt, hatte Denkschriften und Appelle an die „Verantwortlichen" verfaßt, hatten die Zeitungen über das Wohnungselend berichtet. Ohne Erfolg. Mit den ersten Hausbesetzungen und den sich daran entzündenden gewaltsamen Auseinandersetzungen veränderte sich die Situation. Diese exemplarischen Aktionen zeigten vielen, daß es auch anders geht, als alles, was einem von Stadt und Spekulanten verordnet wird, einfach hinzunehmen. Was tausend Flugblätter nicht vermocht hätten, haben die ersten Hausbesetzungen zustandegebracht. Ausländische Familien, die für Löcher, die kaum noch als Zimmer bezeichnet werden können, 300-400 DM bezahlen mußten, begannen mit Mietstreiks. Ebenso die Mieter von städtischen Wohnungsbaugesellschaften, die sich gegen Mieterhöhungen zur Wehr setzten. Und weitere Hausbesetzungen folgten. Spekulanten und Kapitalisten bemühten schließlich Gesetz und Ordnung, um die besetzten Häuser wieder leer zu bekommen und stattdessen ihre profitableren Bürohochhäuser errichten zu können. Und natürlich waren sie im Recht!

Die SPD wollte eine Wiederholung des Kettenhofweg 51 bei der Räumung Bockenheimer/Schumannstr. um jeden Preis verhindern. Die Genossen aus dem Block hatten angekündigt, daß sie die Häuser nicht von innen heraus verteidigen würden, da sie militärisch gegenüber der Polizei sowieso nicht zu halten waren. Trotzdem wurde vom Häuserrat der gewaltsame Widerstand gegen die Räumung angekündigt, weil politisch klar gemacht werden sollte, daß es der SPD nicht gelingen wird, ihre massenfeindliche Politik lautlos durchzusetzen. Deswegen die massenhafte Mobilisierung zur Räumung, deswegen die Ankündigung des massenhaften Widerstands gegen die **gewaltsame** Durchsetzung kapitalistischer Interessen.

gegen ihre!

Kämpfen und Verhandeln

Gleichzeitig mit der Ankündigung dieses Widerstandes bemühte sich der Häuserrat zusammen mit dem Asta noch einmal um eine Verhandlungslösung. Dem hessischen Innenminister Bielefeld wurde mitgeteilt, daß bei angemessenen Ersatzwohnungen für die Genossen im Block und für die Ausländerfamilien in den besetzten oder bestreikten Häusern Bettinastraße, Bergerstraße und Friesengasse es zu keinerlei Auseinandersetzungen kommen würde. Der Häuserrat wollte mit der Durchsetzung dieser Forderungen die Stadt dazu zwingen, erstens den verlorenen Wohnraum zu ersetzen und zweitens, bei Anerkennung dieser Forderung, sie auf alle Mieter auszuweiten, die unter elenden Bedingungen und zu enormen Mieten wohnen müssen. Der Häuserkampf sollte so politisch einen Schritt vorwärts machen. Noch während die Verhandlungen liefen, kam es vierzehn Tage lang, Nacht für Nacht, zu einem organisierten Bullenterror vor den besetzten Häusern, um die Genossen für die Räumung mürbe zu machen. Und dann waren sie plötzlich da,

> "Frankfurter Rundschau" 20.2.74: einen Tag vor der Räumung:
>
> Ein Pressesprecher des Innenministeriums sagte Montag, die Bereitschaft zu Verhandlungen bestehe bei Hanns-Heinz Bielefeld nach wie vor. Der Minister steht beim AStA-Vorsitzenden der Frankfurter Universität, Michael Krawinkel, im Wort, daß die besetzten Häuser so lange nicht geräumt werden, wie es Verhandlungen gibt. Krawinkel hatte in der vergangenen Woche den Kontakt zwischen Wiesbaden und Bewohnern der Häuser Bockenheimer Landstraße / Schumannstraße hergestellt.

1 500 Bullen, mit allen technischen Drum und Dran, mit Sonderkommandos, Sturmtrupps und Abrißkolonne. Sie hatten uns überrascht, und die Räumung ging ohne nennenswerten Widerstand über die Bühne. Darin begründet sich auch der Triumph von Sozialdemokratie und Polizei über die relativ reibungslose Räumung; es wurde die Unmöglichkeit einer radikalen Interessendurchsetzung demonstriert, es wurde Resignation unter allen Widerstandswilligen verbreitet und die Integration nicht durch Versprechungen, sondern durch Gewalt erzwungen.

Nicht der Häuserkampf ist isoliert, sondern seine zahnlosen Kritiker!

Die Schlacht am Samstag vor den Trümmern der Bockenheimer, diesem Sinnbild reformistischer Gewaltpolitik in Frankfurt, stellte dieses Konzept der SPD radikal in Frage. Wer nunmehr, wie der „Kommunistische Bund Westdeutschland" (KBW) oder die DKP, behauptet, der Häuserrat hätte sich durch diesen gewaltsamen Widerstand isoliert, verwechselt die bürgerliche Öffentlichkeit mit den Massen. Presse, Politiker und Parteien können in der gegenwärtigen Krisensituation nicht anders, als mit mehr Unterdrückung zu reagieren, genauso wie in den wilden Streiks des letzten Jahres. Dem Kapital bleibt nur die verstärkte Aufrüstung zum Bürgerkrieg. Dies ist eine notwendige Entwicklung, die immer dann eintritt, wenn sich der massenhafte Widerstand verstärkt. Ganz anders war dagegen der Widerhall in den Stadtteilen. Noch am Abend nach der Straßenschlacht sah sich der sozialdemokratische Polizeipräsident gezwungen, die Frankfurter Bevölkerung dazu aufzurufen, sich nicht mit den „Politrockern" zu solidarisieren! Und

> "Abendpost/Nachtausgabe" 24.2.74:
>
> ● Frankfurts Polizeipräsident Knut Müller appellierte am Nachmittag an die Bevölkerung, dem Demonstrationsaufruf von Häuserrat und AStA, ihre Aktionen zu unterstützen, nicht Folge zu leisten. In einem am Samstag verteilten Flugblatt des Häuserrats hatte es geheißen: „Geordneter Protest, wie Müller und Bielefeld ihn wollen, gibt es nicht. Wir werden demonstrieren und in den Taschen haben, was wir wollen."
>
> "Die Welt" 25.2.74:
>
> JOACHIM NEANDER, Frankfurt
>
> Die fast inständigen Bitten und Appelle des Frankfurter Polizeipräsidenten Knut Müller an die Bevölkerung der Stadt, die Polizei inmitten der bürgerkriegsähnlichen Situation zu unterstützen, könnten bei Außenstehenden die Frage aufwerfen: ist das in dieser Stadt eigentlich nicht mehr selbstverständlich?

vor Räumung gab die Stadt Hunderttausende dafür aus, um die Stadtteile mit ihrer Agitation gegen die Hausbesetzer zu überschwemmen und die Sympathien für ihren Kampf zurückzudrängen. Diese Sympathien für den Häuserkampf haben sich in Frankfurt nicht deshalb entwickelt, weil die Bewegung **friedlich** verlaufen war, sondern gerade im Gegenteil, weil sie **gewaltsamen Widerstand** geleistet hatte. Alle diejenigen, die jetzt von „Provokateuren" und „Anarchisten" faseln und die sich gleichzeitig mit den Bewohnern der besetzten Häuser solidarisieren, vergessen eine entscheidende Tatsache: sie haben kein einziges Haus besetzt, haben keinen einzigen Mieterstreik organisiert, kein einziges Mal wirklichen Widerstand gegen die Spekulationsgeier geleistet, sie haben meistens nur empört geredet und auf Flugblättern gefordert. Als die Häuser besetzt wurden, erzählten DKP und KBW, dies seien für die Bevölkerung unverständliche Gewaltakte von wildgewordenen Kleinbürgern. Hinterher, als sie bemerkten, daß das genaue Gegenteil der Fall war, hängten sie sich schnell noch an. Und jetzt, nach dem Samstag, wieder dasselbe Spiel. „Solidarität" mit den Hausbesetzern und zwei Tage später die Absage an die „Anarchisten", obgleich es sich beide Male um dieselbe Bewegung, um dieselben Genossen handelt, um den Häuserrat.

Es wurde schon mehrmals wiederholt: dem Häuserrat ging es niemals um die Gewalt um ihrer selbst willen. Die SPD hat uns dabei oftmals nur eine einzige Alternative gelassen: Unterwerfung oder den Kampf auf der Straße. Wer meint, die Frage des gemeinsamen Widerstands auf eine ferne Zukunft vertagen und sich jetzt auf die friedliche Massenarbeit **beschränken** zu können, der verkennt genauso die Bedeutung des Häuserkampfs, wie diejenigen, die sich allein auf direkte Aktionen **beschränken** und jetzt schon ums Ganze kämpfen. In diesen beiden Richtungen liegt die Gefahr der Isolierung und nicht in dem, was am Samstag geschehen ist. Der Häuserkampf war nie nur Unterschriftensammeln gewesen, nie nur Flugblätter verteilen oder nur Aktionen durchführen. Er verkörperte dem Anspruch nach **die Einheit von Massenarbeit und gewaltsamer Verteidigung von Masseninteressen.**

Und noch eines vergessen DKP und KBW: man kann nicht Hausbesetzungen hinterher gut finden und sich vor den materiellen Konsequenzen zurückziehen, wenn es ernst wird mit dem Angriff des Kapitals. Man kann den Massen nicht ihre Unterdrückung in Flugblättern unter die Nase reiben, ohne Perspektiven des Widerstands zu eröffnen. Und man kann nicht die Bewegung töten, indem man

Eigentum verpflichtet. Adel nicht mehr.

Wir meinen die Spekulanten, die aus der Not anderer eine Tugend für sich machen und in Frankfurt einen Goldrausch erlebten.

Häuserbesetzungen sind keine harmlosen Go-ins.

Es ist Gewalt angewendet worden.

Niemand kann wollen, daß Gewaltanwendung politischer Stil wird.

Andrerseits: nichts kommt von ungefähr. Nichts ohne Ursache.

Die Rufer nach Recht und Ordnung und hartem Durchgreifen sehen immer nur die eine Seite, die schwächere.

Sie sehen die Gewalt der Besetzer. Und übersehen die Macht und Gewalt der Besitzer. Ihre Finanzmacht, den längeren Atem, den Schutz, der immer vor allem den Mächtigen gewährt wird.

Die SPD will die Sozialbindung des Eigentums.

Nur weil Büropaläste mehr Gewinn bringen, können Menschen nicht auf die Straße gesetzt werden.

Und Häuser leerstehen, wenn Wohnungen fehlen.

Wir wollen die menschliche Stadt. Da ist kein Platz für Spekulanten.



Frankfurt macht Zukunft.

Wir meinen nicht die Hausbesitzer, Eigenheimbesitzer.

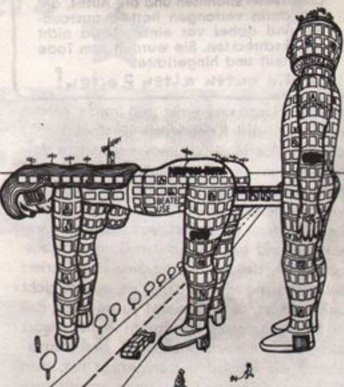
VORHER: Anzeige Kommunalwahlkampf 72

sie spaltet, indem man den einen Teil auf einen friedlichen und hilflosen Protest festlegt und gleichzeitig den anderen enttäuscht in den Untergrund treibt, wo ihnen in ihrer Verzweiflung nur noch der individuelle Terror bleibt. Resignation in den Stadtteilen und Spaltung des Häuserkampfs, das war und ist auch das oberste Ziel der Reformisten in der SPD. Daß dieses Konzept nach der Räumung nicht aufgegangen ist; daß gezeigt wurde, daß massenhafte Militanz im konkreten Zusammenhang einer sozialen Bewegung möglich ist; daß gezeigt wurde: die reformistische Einheit von Reformversprechen und Knüppelpolitik ist als Instrument kapitalistischer Interessendurchsetzung nicht allmächtig – darin liegt die revolutionäre Bedeutung der Schlacht an der Bockenheimer.

Wer hat Angst vor wem?

Die Geschichte des Frankfurter Häuserkampfs ist die einer radikalen Massenbewegung, die sich weder integrieren noch zusammenknüppeln ließ, und die auch nie Gefahr lief, in die Ecke linksradikalen und wirkungslosen Sektierertums abgedrängt zu werden. Woher kommt diese Stärke?

Sie war kein linker Kraftakt, sondern hatte die Widersprüche und Notwendigkeiten kapitalistischer Städteplanung zur Voraussetzung. Frankfurt ist nicht das einzige, sondern nur das bisher deutlichste Beispiel dafür, daß das alte kapitalistische Bodenrecht zu einer planlosen Umstrukturierung ganzer Städte führt; Ergebnis ist der Profit der einzelnen Spekulanten und Hintermänner – auf der anderen Seite aber eine Stadt, die dem kapitalistischen Ganzen keinen Vorteil, sondern nur Schwierigkeiten bringt. Diese Entwicklung in die Bahnen einer neuen kapitalistischen Vernunft zu lenken, das ist die historische Aufgabe sozialdemokratischer Bodenpolitik. Der SPD geht es darum, den massenhaften Widerwillen und Widerstand gegen die Betonverslummung der Städte in einen Motor kapitalistischer Entwicklung umzuwandeln. Die Massenbewegung gegen Wohnraum- und Stadtzerstörung ist ihr ein Instrument, um sich gegen die widerstrebenden Interessen der einzelnen Profitgeier durchzusetzen. Weil sie diese Bewegung braucht, deswegen hat sie zu Anfang ein ambivalentes und zuweilen wohlwollendes Verhältnis zu ihr. Sie war gezwungen, auf die ersten Hausbesetzungen nicht **sofort** zu antworten – solche Aktionen (wie genauso die Aktivitäten der Bürgerinitiativen) machten jedem klar, daß Bodenrecht einer Veränderung bedarf. Und solche Aktionen hatten – solange sie von der SPD nahezu toleriert wurden – die Funktion, den Massen die SPD als ihre Partei zu präsentieren.



NACHHER: Bockenheimer Landstr. 1984

Das ist die eine – objektive – Wurzel für die Stärke des Frankfurter Häuserkampfs. Seine revolutionäre Sprengkraft bekam der Häuserkampf aber dadurch, daß er sich dem kapitalistischen Plan nicht unterordnete (wie es ähnlichen Initiativen in anderen Städten erging), daß er nicht bei dem begrenzten Angriff auf das Privateigentum und damit dem begrenzten Rechtsbruch stehenblieb, daß er die Interessen der Ausgebeuteten gegen den reformistischen Plan mobilisierte und in Ansätzen den Widerstand organisierte. Der Frankfurter Häuserkampf war und ist in Ansätzen eine **linksradikale Massenbewegung**. Was heißt das?

Nicht Häusergewerkschaft sondern Häuserrat

Interessenvertretung ist eine im Kapitalismus akzeptierte Sache. Sie fällt z. B. den Gewerkschaften zu: sie vertreten Tagesinteressen, berechtigte Interessen, Interessen, die innerhalb des Kapitalismus erfüllbar sind. Ihre Kampf- und Aktionsformen sind durch den Klassenkompromiß gebunden, das **System** greifen sie nicht an. Auf der anderen Seite gab es (und gibt es — nach ihrem Anspruch) **revolutionäre** Organisationen, die den zweiten, politischen Teil des Geschäfts besorgen: sie treiben voran, sie greifen das System an. **Im** Kampf um Tagesinteressen jedoch wurden nur selten revolutionäre Inhalte entwickelt.

Der Frankfurter Häuserrat war nie nur eines von beiden, sondern immer beides: nicht Mietergewerkschaft, noch revolutionäre Partei, sondern ein revolutionärer Massenorganismus. Es ging immer um ganz konkrete Interessen und Forderungen: um besetzte Häuser, um hohe Mieten und schlechte Wohnungen, um den tagtäglichen Terror der Hausbesitzer und der Polizei, um die Wohnungssituation der Emigranten, um Mietstreik, um Mietminderung. Immer aber machte der Häuserkampf durch seine Inhalte und Aktionsformen auch klar, daß er seinen Kampf nicht auf der Basis eines möglichen Kompromisses mit den Organen der Stadt, sondern auf der Basis eines unvereinbaren Interessenwiderspruchs führte. Es soll hier nicht über die Schlampigkeit unserer Arbeit, über die mangelnde Kontinuität, über die Schwierigkeiten unserer Massenarbeit hinweggetäuscht werden. Dennoch muß ein wesentlicher Erfolg des Häuserkampfs gesehen und nach vorne interpretiert werden: der Häuserrat hat konkrete Massenarbeit gemacht, hat Mieter beraten, hat den Emigranten juristisch geholfen, hat Kontakte zu verschiedenen Bürgerinitiativen aufgenommen — und hat das nie als Bürgergewerkschaft, sondern immer als **revolutionäre** Organisation getan und wurde akzeptiert. Der Häuserrat war nie formelle Organisation (formell war und ist er fast ein Phantom), sondern politischer Kristallisationspunkt, ein Moment von organisierter **Gegenmacht**; das zeigt sich z. B. darin, daß derselbe Magistrat,

"Abendpost/Nachtausgabe" 26.2.

Autofallen



Als ich heute im Polizeibericht las, daß im Zusammenhang mit den blutigen Unruhen von Frankfurt nachts ein Strick über die Straße gespannt war, eine sogenannte Autofalle, mußte ich an die Brüder Götze denken, Berufsverbrecher, die in den Wäldern um Berlin Seile über die Chausseen spannten und die Autos, die sich darin verfangen hatten, ausraubten und dabei vor einem Mord nicht zurückschreckten. Sie wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Ja ja, die guten alten Zeiten!

der den Häuserrat immer und immer wieder diffamiert, mit Kriminellen gleichsetzt etc., daß derselbe Magistrat immer wieder zu Verhandlungen mit dem Häuserrat bereit sein mußte. Für uns ist daran nicht wichtig — wie viele Genossen vorwurfsvoll meinen —, daß der Häuserrat akzeptiert, aus seinem linksradikalen und halbkriminellen Dunkel herausgeholt ist, daß er also tendenziell integriert sei. Sondern: wichtig daran ist, daß es nicht gelungen ist, den Häuserrat zu isolieren, daß er als organisierte Gegenmacht immer wieder akzeptiert werden muß, daß der Häuserkampf die Möglichkeit aufgezeigt hat, dem Widerstand in Frankfurt einen organisatorischen Bezugspunkt zu geben. Die Stadt weiß sehr gut, daß es überhaupt keinen Sinn hätte, den Häuserrat zu verbieten — wen oder was sollte sie denn da verbieten? Wenn die Stadt mit dem Häuserrat verhandelt, wenn die Presse trotz allem Geschrei von den „Politrockern" immer wieder auf die Pressekonferenzen des Häuserrats kommt und darüber berichtet, dann zeigt das das: sie müssen den Häuserrat als eine erkämpfte Position von Gegenmacht akzeptieren. Unser Interesse muß es sein, diese Position im Kampf auszubauen. Denn der Häuserrat soll nicht nur Bezugspunkt der relativ kleinen Zahl linksradikaler Genossen sein, er soll — mehr als bisher — Bezugspunkt für die Massen werden können.

FAZ 26.2.74

Sozialbindung auf tönernen Füßen

Gesetzesgrundlage nicht verfassungskonform? / Magistratsbeschluß

W.E. Ein Beschluß des Oberlandesgerichtes in Frankfurt hat aufgedeckt, daß der Artikel 6, Absatz 1 des Mietrechtsverbesserungsgesetzes (MRVG) möglicherweise nicht verfassungskonform ist. Dieser Artikel aber ist die Grundlage des sogenannten Sozialbindungspapiers des Magistrats, das zur Grundlage der Bau- und Wohnungspolitik geworden ist. Das Gericht hat in einem Bußgeldverfahren gegen die Eigentümer eines Hauses in der Elbestraße das vorhergegangene Urteil des Amtsgerichtes ausgesetzt, in dem die von der Stadt mit einem Bußgeld von je 10 000 Mark bedachten Hauseigentümer zur Zahlung dieser Summe verurteilt worden waren. Das Verfahren wurde dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt.

... und wenn, o Lenelotte, der Fortschritt am Ende verboten wird, was dann ???

FR **Verhüllte Gewalt** 1.3.74

Ich rede nicht der nackten Gewalt das Wort: Noch niemals ist mit brutalem handgreiflichem Kampf ein friedlicher Ausgleich erzielt worden.

Was in Frankfurt passiert ist, offenbart eine Eskalation der Gewalt, die nicht mit einseitig härterem Durchgreifen, mit Beschränkung besonderer Freiheiten bereinigt werden kann. Hier ist es zu schlimmster Bedrohung für alle gekommen, weil die verhüllte Gewalt unbehinderbar ist:

Was soll der kritische, der mündige demokratische Bürger eigentlich tun gegen harte egoistische Gewinnspekulation von Bauunternehmen und Kommunen? Was soll er tun, wenn aus Wohngegenden Betonöden gemacht werden, wenn das natürliche Bedürfnis aller Menschen nach Ästhetik und Grün, nach innerstädtischem Lebensraum in Wüste verwandelt wird? Wenn preiswerte alte Wohnungen gegen unerschwingliche Hochhauswohnungen ersetzt werden? Eingaben, Initiativen, Demonstrationen werden nicht berücksichtigt.

Ich bin gegen Gewalt: Aber hier ist Gewalt, die den Bürger in Frankfurt und anderswo Tag für Tag bedrängt. Hier muß allerdings gehandelt werden, denn diese verhüllte Gewalt ruft offensichtlich endlich nackte Gewalt hervor, die ins Uferlose wächst. Da schlagen dann längst nicht mehr die drein, denen es um Häuser oder Lebensqualität zu tun ist. Man hätte sich eher besinnen und härter durchgreifen sollen: gegen die verhüllte Gewalt.

Lenelotte von Bothmer, Abgeordnete des Deutschen Bundestages

Die Aktionen des Häuserkampfs, die Arbeit des Häuserrats waren und sind praktische revolutionäre Massenagitation. Sie haben gezeigt, daß der linksradikale Ansatz eine Massenbasis haben und eine Organisationsform finden kann, daß der Rückfall revolutionärer Ansätze in kommunistischen oder sozialdemokratischen Reformismus verhindert werden kann. Während alle kommunistischen Aufbauorganisationen ihre revolutionäre Aufgabe darin sehen, durch kontinuierliche Überzeugungsarbeit die Massen nach links zu ziehen, hat der Häuserkampf gezeigt, daß avantgardistische Kampfinhalte und Aktionen, wie sie von der jugendlichen radikalen Protestbewegung entwickelt wurden, außerhalb von deren ehemaligem Zusammenhang eine neue und radikalere Massenbasis finden können. Die vergangene Protestbewegung war an Aktionen gebunden, eine kontinuierliche Massenarbeit brachte sie nicht zustande, ihre Inhalte waren moralisch-revolutionär bestimmt, der Bezug zur Klassenbewegung hier kam kaum zustande. Der Frankfurter Häuserkampf hat gezeigt, daß der Ausweg aus dem Dilemma der Protestbewegung nicht der Rückzug in den windstillen und legalistischen Aufbau der Partei sein muß, daß sozialrevolutionäre Massenbewegungen, die in einem konkreten Verhältnis zu den Interessen der Massen stehen, möglich sind. Darin liegt die Bedeutung und die Stärke des Frankfurter Häuserkampfs, deswegen auch wird er heute so hart angegriffen.

Höhre Mieten, weniger Lohn

Ihre SPD-Fraktion !

Bei der Räumung des Kettenhofwegs 51 vor einem Jahr haben wir uns militant gewehrt. Diesmal hatten wir entschiedeneren Widerstand angekündigt. In einem Flugblatt stand: „Widerstand ist nötig! Widerstand ist möglich! Wenn wir uns wehren, dann richtig!" Von daher war uns klar, daß die Repression diesmal stärker sein würde. Dennoch hatten wir nur einen beschränkten Begriff von der Verschärfung der Repression: wir haben sie im wesentlichen nur im Rahmen unseres eigenen Kampfes gegen Reformismus hier in Frankfurt begriffen. Darin lag unsere Schwäche, daraus erklärt sich auch unsere zeitweilige Lähmung nach der Schlacht vom Samstag.



FRANKFURT AM MAIN

still has space and opportunities for development of new industrial and trade enterprises.

At the crossroads of the European communication system

THE IDEAL LOCATION

has made Frankfurt am Main an important economic and trading centre

Excellent traffic connections with Europe's well-known motorway intersection, Frankfurt Rhein-Main International Airport, main railway junction, modern port facilities, industrial sites with railway sidings, shipping and supply network.

FOR INDUSTRY AND TRADE

the suitable site for a new branch.

FRANKFURT AM MAIN an economic centre

Apply for information and advice to the Amt für Wirtschaftsförderung, Frankfurt am Main, Untermainkai 12, Tel. 212/36 86

aus "Financal Times" vom 10.1.74



Die revolutionäre Gewalt beim Kettenhofweg hatte ein ganz anders politisches Gewicht als revolutionäre Gewalt heute. Dazwischen liegen die wilden Streiks der letzten Jahre. Das ist nicht die übliche Phrase, sondern hat ganz konkrete Bedeutung. Erstmals haben letztes Jahr Arbeiter massenhaft nicht mit Duldung des Reformismus (wie noch '69), sondern ausdrücklich gegen den herrschenden Reformismus gestreikt. Mit diesen Streiks, die gewerkschaftlich nicht bezwingbar waren und denen neue folgen werden, hatte sich die Klassenkonfrontation in der Bundesrepublik entscheidend verschärft. Der Kampf gegen die SPD war plötzlich nicht mehr nur die Sache linksradikaler Sekten, sondern offensichtlich ansatzweise die Perspektive des Arbeiterkampfs. Erstmals zeigte der herrschende Reformismus offen sein zweites Gesicht, das des Terrors – und diesmal nicht isolierten Organisationen, wie der RAF oder der KPD, sondern den Massen. John Deere und Ford sind die entscheidenden Punkte, wo das neue Regierungsprogramm erprobt wurde: spalten und draufschlagen. Konnten bis dahin selbständige Streiks der Arbeiter noch als Nachschlag-Aktionen, als befristetes Ausscheren der gewerkschaftlichen Basis verstanden werden, konnte man bis dahin glauben, der sich radikalisierende, nur gewerkschaftliche Kampf habe eine Erfolgsperspektive – so wurde jetzt klar, daß die Kämpfe der Arbeiter zum Teil an die Grenze ihres eigenen Legalismus gestoßen waren, daß nur der Schritt weiter zur Militanz noch zum Sieg führen kann. Das sind die Lehren von John Deere, von Ford und – am deutlichsten – des völlig erfolglosen Streiks der Saarkumpel. Die Herrschenden haben das sehr wohl begriffen: nicht umsonst wurde die Polizei in Nordrhein-Westfalen (sicher nicht der KPD-Zentrale wegen!) aufgerüstet.

Der Kampf der Arbeiter und die Reaktion des Reformismus darauf haben die Frage der revolutionären Gewalt auf die Tagesordnung gesetzt. Jede revolutionäre militante Aktion hat heute in diesem Klassenzusammenha ihren Stellenwert. Das nicht zu beachten, wäre tödlich. War früher der Bezug unseres Kampfes zu den Problemen der Arbeiter meist eine gewagte Konstruktion von uns, heute ist er Tatsache. Nicht im Sinne eines Kampfzusammenhanges, sondern im Sinne eines objektiven Zusammenhanges.

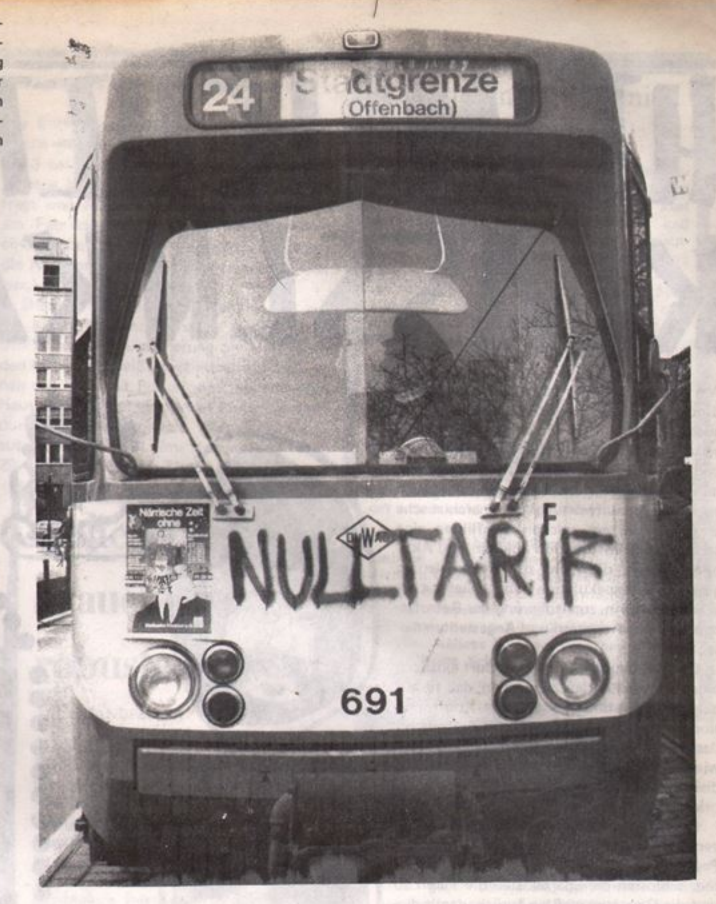
Die Tarifrunden im öffentlichen Dienst und der Metallverarbeitung haben das überdeutlich gezeigt: es ging Regierung und Unternehmern darum, durch harte Tarifrunden die Arbeiter zu disziplinieren, die Bewegung des letzten Jahres zu stoppen. Obwohl Tarifrunden nicht eine Sache der Arbeiter, sondern der Funktionäre sind, gelang Regierung und Unternehmern auch hier nur ein halber Sieg: die staatlichen Lohnleitlinien wurden – wenn auch nicht wesentlich – überschritten. Diese Tarifrunden haben den Arbeitern und Angestellten aber klar gemacht, daß die Interessen des herrschenden Reformismus mit ihren nichts zu tun haben und daß sie im legalen, gewerkschaftlichen und tariflichen Kampf immer die Unterlegenen sein werden. Diese Tarifrunden haben die Frage von spontanen Streiks und damit von Gewalt nur auf den Sommer verschoben, sie haben bis dahin die Fronten geklärt.

"Frankfurter Rundschau" 26.2.74:

Auch wir bekennen uns zur kämpferischen Demokratie, die sich gegen ihre Feinde zur Wehr setzen muß. Aber wir befürchten: Wenn bereits jetzt, bei quantitativ noch geringer Belastung der Ruf nach Ruckzuck-Demontage laut wird, dann muß man sich fragen, was wohl die nächsten Forderungen sein werden, wenn es bei zunehmender Verschärfung der wirtschaftlichen Krisensituation zu wirklich ernsthaften Massenkonflikten kommen sollte. drz

"Münchner Merkur" 26.2.74:

Frankfurt ist aufgrund besonderer Umstände und Bedingungen — vorläufig — ein Einzelfall, was nicht ausschließt, daß eines Tages München, Hamburg oder Stuttgart zum Exerzierplatz linker Systemzerstörer werden. Es zeichnet sich eine Koalition der Unzufriedenen ab. Just dies ist das Problem — der Solidarisierungseffekt. Ihn müssen die Ordnungskräfte künftig berücksichtigen, ehe sie sich über die angemessenen Methoden den Kopf zerbrechen.



SOLIDARITÄT mit dem BLOCK-KOLLEKTIV!

Genossinnen und Genossen, der Häuserkampf geht weiter:

Nasenbär besetzte Wohnung

BERLIN, 22. Februar (AP). Für große Aufregung sorgte heute ein Nasenbär, der aus seinem Käfig in einer Etagenwohnung im Berliner Stadtteil Wedding ausgebrochen war und eine Zeitlang die Wohnung besetzt hielt.

Wie die Polizei mitteilte, fiel das Tier einen 13jährigen Jungen an, als dieser das Zimmer betreten wollte, in dem der Käfig stand, und biß ihn. Daraufhin flüchteten der verletzte Junge und seine Eltern in den Hausflur, wo sie auf die inzwischen alarmierte Feuerwehr und die Polizei trafen. Die Beamten trauten sich aber auch nicht in die Wohnung und brachten zunächst einmal den Jungen in ein Krankenhaus. Erst einem herbeigerufenen Hundefänger der Polizei gelang es, den wütenden Kleinbären zur Rückkehr in seinen Käfig zu bewegen.

Rudi Arndt war gewarnt

Der Polizeipräsident berichtete vom Schicksal der neun Mann eines Zivil-Kommandos, die in der Bockenheimer Landstraße zwei in Bedrängnis geratenen Kollegen zu Hilfe kommen wollten.

Ein Kommando von 50 Terroristen, das offensichtlich auf so einen Anlaß gewartet habe, stürzte sich mit Eisenstangen, Stöcken und Steinen auf die neun. Mehrere Beamte wurden dabei schwer verletzt — auch durch Schläge mit Ziegelsteinen und Fußtritten ins Gesicht. Einem Beamten wurden bei den Schlägereien der Revolver und eine Gasmaske gestohlen. Einem weiteren wurde der Helm vom Kopf geschlagen. Die Haupttäter flüchteten mit der Waffe in die Universität.

Beamte dieses Zivilkommandos erklärten später, sie hätten noch nie im Leben solche Angst gehabt. Lieber würden sie sich mit einer Horde von Zuhältern herumschlagen. Bei denen könnte man noch ein Minimum an Fairneß voraussetzen. „Aber denen ging es darum, uns kaputt zu machen!"

"Abendpost/Nachtausgabe" 24.2.74

Bild-Zeitung 25.2.74



Für eine neue MASSENARBEIT!

Jede unserer militanten Aktionen brachte uns kurzfristig Euphorie und revolutionäre Identität. Was folgte, war der Katzenjammer: es gab zwar vorantreibende Aktionen, es fehlte aber die kontinuierliche Massenarbeit, die den Kampf weg von den Aktionspunkten in die Stadtteile trägt. Jedesmal gab es moralische Appelle, diesmal müsse es jetzt aber ganz bestimmt laufen, diesmal müßten wir alle Anstrengungen darauf verwenden, dem Kampf eine breite Basis in den Stadtteilen zu verschaffen: mit den Leuten reden, Konflikte aufgreifen, den Leuten juristisch und sonstwie helfen, Versammlungen machen etc. Das blieben immer bloße Appelle, weil es getragen war nur von den Entfaltungsbedürfnissen von uns als Bewegung, weil darin keine objektiven Bestimmungen und Möglichkeiten angegeben waren.

Diesmal ist unser Katzenjammer anders und schwerwiegender als sonst. Spätestens die wütende Reaktion der Herrschenden auf den Samstag hat uns klargemacht, in welcher Klassensituation wir gekämpft haben. Wenn viele Genossen nach dem Samstag das Gefühl hatten, unsere Bewegung sei jetzt „isoliert", dann genau deswegen. Wenn wir heute militant kämpfen, dann wehren wir uns nicht nur gegen die Räumung der Häuser, **sondern dann formulieren wir einen politischen Anspruch;** man muß ihn einlösen – oder man hat unverantwortlich gehandelt. Es ist der Anspruch, nicht nur einer der vielen Teile des Klassenkampfs, sondern **eine** seiner Avantgarden zu sein. Was wir bislang nur diskutiert hatten, ist uns plötzlich schlaglichtartig klar geworden: wir können unsere Arbeit nicht länger nur durch unsere eigenen Bewegungsgesetze definieren, wir haben gemerkt, daß die Klassenauseinandersetzung Aufgaben auf die Tagesordnung setzt, denen sich die, die sich Revolutionäre nennen, stellen müssen. Wir haben als Avantgarde gehandelt – und sehen jetzt, daß uns dieser Anspruch ziemlich unvorbereitet trifft. Denn noch sind wir nicht in der Lage, unsere Bedürfnisse gemeinsam als die Bedürfnisse einer politischen Bewegung zu verstehen – noch immer geistert bei uns ein Bedürfnisbegriff herum, der das konkret vorhandene Bedürfnis des einzelnen meint. Die Stärke unserer spontaneistischen Bewegung waren ihre Inhalte, ihre Aktionsformen, in Ansätzen ihre linksradikale Autoritätsfeindlichkeit, die deutlich machte, daß der Kampf nichts weniger als ein Opfergang ist, war auch ihr konkreter Bezug zu den brennenden Problemen dieser Stadt – die Schwäche dieses Bewegung zeigt sich jetzt: aus der Dynamik ihrer eigenen Radikalisierung heraus sowie aus der Dynamik der sich verschärfenden Klassenkonfrontation heraus, steht sie plötzlich vor der Tatsache, daß es ernst damit ist, was sie immer gerufen hat: Klassenkampf! – steht sie plötzlich vor der Aufgabe des bewußten Übergangs einer **massenhaften** Protestbewegung zu einer revolutionären **Massen**bewegung.

Heute stellt sich das Problem der „Ausweitung" ,unseres Kampfes zwingend: die Verteidigung der nächsten besetzten Häuser, die zur Räumung anstehen, hat für sich keine Perspektive mehr. Wenn es uns nicht gelingt, eine politische Beziehung zu anderen Kampfansätzen in dieser Stadt zu gewinnen (nicht als Avantgarde dieser Ansätze!), dann werden wir wirklich isoliert sein.



Einige Genossen aus Frankfurt

HEIMLICHER KLASSENKAMPF

DKP UND KBW ZUM HÄUSERKAMPF

Wütend ist man auch über die Genossen vom MSB Spartakus, die den ganzen Tag über ihre Konferenz im Uni-Gebäude abgehalten hatten und zu ihnen flüchtenden Steinewerfern die Türe wiesen. Die Delegierten des der DKP nahestehenden Studentenverbandes verlassen zur gleichen Zeit ruhig und mit Akten statt Steinen in den Taschen das Universitätsgelände. HANS-JOACHIM SLOWIG

Frankf. Neue Presse 25.2.74

Am Freitag, dem Tag nach der Räumung des Blocks Bockenheimer/Schumannstraße griff auch die DKP in den Häuserkampf ein. Sie verteilte ein Flugblatt, in dem es heißt: „Wer politisch so handelt wie der hessische Innenminister und der Frankfurter Magistrat trägt auch die Verantwortung für anarchistische Gruppen, die aus solchen Konflikten eine schädliche Konfrontation ableiten und Aktionen suchen, die nicht zur Solidarisierung gegen Bodenspekulation und Mietwucher führen, sondern zur Isolierung der Betroffenen von den Arbeitern und Angestellten dieser Stadt."

Der Bewegung, die in Frankfurt existiert, einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie aus aktuellen Konflikten praktische Konfrontation schafft und ihre politische Kraft zieht, das schafft nur eine verrottete Organisation wie die DKP, die sich bloß noch an der Tradition der Niederlage der Arbeiterbewegung orientiert.

Praktisch hat sich erst der MSB Spartakus verhalten. Als am Samstag Genossen von der Polizei verfolgt ins Studentenhaus flüchteten, schlossen die Spartakisten die Türen ab und die Genossen mußten zurück, damit diese Hilfsbullen ungestört ihre wichtigen Erfahrungen auf ihrer Konferenz „Studentenbewegung und Klassenkampf" diskutieren konnten. Wie dann in der UZ zu lesen war, wurde die Konferenz „mit Erfolg" abgeschlossen, obwohl, kaum zu glauben, die Räumung von Müller organisiert wurde, um die MSB-Konferenz zu stören.

Spartakus-Vorsitzender Steffen Lehndorff aus Köln behauptete in der Pressekonferenz, die Räumung der besetzten Häuser in der Bockenheimer Landstraße/Schumannstraße stehe in direktem Zusammenhang mit dem Bundeskongreß von Spartakus, wenngleich der Polizeiführung bekanntgewesen sei, daß der Spartakus nichts mit der Demonstration zu tun habe.

FR 25.2.

Am Montag begann dann die große Flurbereinigung. Bricht Polizeichef Müller, SPD, gelegentlich fast das Herz, wenn gute Wohnungen unter seiner Aufsicht zerstört werden müssen und ist da ein gewisser Protest berechtigt, so gilt es andererseits die Politrocker zu bekämpfen, die ganz andere Ziele als den demokratischen Protest verfolgen. Exakt dieselben Vorstellungen hat die DKP: „Bekanntlich wehren sich seit Jahren Frankfurter Bürger dagegen..." einerseits, andererseits: „...daß die Handlungsweise dieser schwarzmaskierten Provokateure **bewußt** die notwendige Solidarisierung der Arbeiter und Angestellten dieser Stadt... verhindert" (beides UZ, 25. 2. 1974). Mag die Trennung ein- und derselben Person in einen Politrocker und einen zu Recht empörten Bürger bei Müller taktisches Kalkül sein, so kann diese Vorstellung bei DKP und MSB auch daher rühren, daß sie sich vom Ort der Handlung jeweils mindestens ebenso weit entfernt halten wie Polizeichef Müller.

In die gleiche Kerbe haut der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW): „Schließlich war die Polizeiführung wohlinformiert über die Absichten einer Handvoll Anarchisten, die vor lauter ‚Bullen' den eigentlichen Gegner... nicht mehr erkennen können... Die Anarchisten sprangen prompt darauf an, ‚unterstützt' von zivil getarnten Spitzeln und Provokateuren... es war kein besonderes Kunststück der Polizeitaktik mehr, in kürzester Zeit die erwünschten Barrikadenkämpfe herbeizuführen". Das montags nach der Räumung. Fünf Tage später in einem Flugblatt einer vom KBW ‚angeleiteten' Aktionseinheit noch eindeutiger: „Wir werden nicht dulden, daß bezahlte Provokateure irgendwelche Scheiben einwerfen, um vom Wesentlichen abzulenken." KBW und DKP unterscheiden sich nur noch durch das Schriftbild ihrer Schreibmaschinen.

Worum geht es diesen Genossen eigentlich? Sie wollen den Klassenkampf, von dem sie immer reden, reduzieren auf Flugblattagitation, auf friedliche Massendemonstrationen von der Art, wie Müller sie für Samstag erzwingen wollte: den hilflosen, klinisch sauberen, zahnlosen Protest gegen dies und das. Das kommt daher, daß es ihnen um die heutigen Kämpfe nur insoweit geht, als man damit agitieren kann: „Schluß mit den Bürgerkriegs**manövern** der Polizei", als sollten die Bullen nicht **wirklich** die Häuser räumen und den Widerstand verhindern. Keiner bestreitet, daß jeder Einsatz für die Bullen auch ein Training ist, den nächsten noch besser, glatter, effektiver zu machen. Schwachsinnig ist aber die Position von KBW, DKP und anderen Revisionisten, so zu tun, als ginge es **überhaupt nicht** um die gegenwärtige Auseinandersetzung, sondern immer bloß um den Endkampf.

Am sichtbarsten wurden diese Vorstellungen beim KBW, der jede Phase des Häuserkampfes in Frankfurt mit seinen Linksabgrenzungen **kommentierte.** Hausbesetzungen waren zunächst das Werk wildgewordener Kleinbürger, die „die Arbeiter", die „Bevölkerung", die „Menschen" nicht verstehen konnten. Als selbst Blinde sehen konnten, daß diese streng aus dem Kapitalverhältnis abgeleiteten Theorien blanker Unsinn waren, versuchte der KBW sich anzuhängen, möglichst an die Spitze. Aber erneut erblickte er kleinbürgerliche Anarchisten und Provokateure auf der einen Seite, an der anderen Seite jene Menschen, die allein mit Unterschriften und Schildern „Gegen die Räumung" (mehr ist nicht erlaubt) sich dem Terror der Bullen letztlich unterwerfen.

Demgemäß ist auch für die revisionistischen Organisationen klar: die Welt ist voll von Provokateuren und Fallstricken. Die sollen jeweils die Rechtfertigung für die Bullen schaffen, ihre Zahl und Ausrüstung für den Zeitpunkt zu vergrößern, wenn der Endkampf ausbricht. Daß Widerstand natürlich zur Aufrüstung der Bullen führt, will in ihr Hirn nicht rein. Sie möchten den Klassenkampf so führen, daß die Bullen nicht aufrüsten: heimlich und ohne daß einer ihn merkt. Was sie durch ihren zahnlosen Protest und die Verzweiflung, die er hervorruft, mit produzieren, ist seine andere Seite: der individuelle Terror.



Mit Mollies, Dolchen und Dum-Dum

Polizeichef Müller (SPD) über Frankfurt am 24. Februar 1974

Wirtschaftswoche Nr. 10 · 1.3.1974



STRASSENKÄMPFER MÜLLER
Zitronen gegen Tränengas

WiWo: Mit welcher Rüstung treten Straßenkämpfer an uns?

Müller: Von uns festgenommene sogenannte Politrocker hatten eine Ausrüstung dabei, die ihnen in einem Flugblatt mit der Überschrift ‚Widerstand ist nötig' nahegelegt worden war: Helme von unauffälliger Farbe, für den Hals einen Wollschal, „für den Sack" — ich zitiere hier — einen Tiefschutz, den es für etwa 20 Mark in Sportgeschäften gibt, festes Schuhwerk, Autobrillen gegen Tränengas und angeschnittene Zitronen in der Tasche, mit denen man sich das Gesicht einreiben kann, wenn Tränengas eingesetzt wird.

WiWo: Und wie ist die Bewaffnung?

Müller: Dazu gehörten stets Steine in Plastiktüten und Molotow-Cocktails, sogenannte Mollies. Und bei der Durchsuchung des Studentenhauses, in dem sich ja nur noch etwa hundert der ursprünglich 4000 Demonstranten aufhielten, haben wir gefunden: vier Dolche, zwei Nahkampfmesser, ein US-Bajonett, eine Wasserpistole, einen Plastikkanister mit Benzin, Schleudern und die dafür vorgesehenen Stahlkugeln, die sogar Sicherheitsglas durchschlagen, außerdem mehrere Schlagstöcke.

Einer unserer verletzten Beamten hat nach Aussage des Arztes eine Schußwunde. Daraus müssen wir leider schließen, daß einzelne Straßenkämpfer auch Schußwaffen mitgeführt haben.



Die Politik von SPD und Polizei:

SPALTEN KRIMINALISIEREN DRAUFSCHLAGEN

Die SPD kann es sich nicht leisten, sich mit den Forderungen des Häuserkampfs inhaltlich auseinanderzusetzen. Sie weicht aus auf die Ebene des „Rechtsstaats": dessen Regeln werden verletzt, worauf Polizei und Justiz willkürlich zuschlagen. Polizeiterror gegen einzelne Genossen, Verleumdung der Hausbesetzer in der Öffentlichkeit, dann der Versuch, die Bewegung zu kriminalisieren, um sie schließlich zerschlagen zu können.

Das ist nicht neu und man wird auf dieses Mittel der Konterstrategie nicht verzichten. Wir müssen von dieser Realität ausgehen und uns dagegen zur Wehr setzen. Wir müssen in der Öffentlichkeit immer wieder klarmachen: das Recht, das die SPD verteidigt, ist nicht allgemeines Recht, sondern speziell auf die Interessen der Kapitalisten zugeschnitten. Soweit die Gesetze formal einen so allgemeinen Charakter haben, daß sie auch die Gegner der Kapitalisten schützen, ist man im Konfliktfall bereit, sie außer Kraft zu setzen. Um dies detailliert belegen zu können, haben wir einige Fakten zusammengestellt:

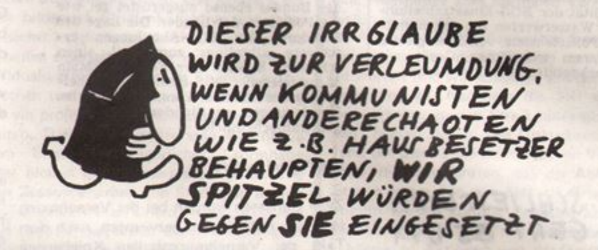
1. Beseitigung der rechtlichen Schranken, die heute noch gegen ein brutaleres Vorgehen der Polizei vorhanden sind: Demonstrationsverbot und Vorbeugehaft.

Mit dem Argument, „es kann nicht zugelassen werden, daß das Demonstrationsrecht zu verfassungsfeindlichen Aktionen mißbraucht wird", wurde von SPD-Führung, Landesregierung und Polizei angekündigt, daß in Zukunft Demonstrationen kurzerhand verboten werden sollen. Was bisher noch nicht einmal das Verfassungsgericht verfügt hat, soll in Zukunft auf dem Verwaltungswege möglich sein: die Aberkennung des Demonstrationsrechtes. Die FAZ, die konsequent die Interessen des Kapitals vertritt, freut sich: in Frankfurt wird in nächster Zeit nicht mal „Demonstrieren für schönes Wetter" erlaubt sein.

Das erste Mal in diesem Ausmaß und mit dieser Offenheit wurde Vorbeugehaft praktiziert:



Vorbeugehaft heißt zweierlei: erstens genügt die bloße Behauptung der Polizei, der und der könnte strafbare Handlungen begehen, um einen Genossen zu verhaften. Mit der Vorbeugehaft können also Verhaftungen willkürlich mit dem Gutdünken der Polizei vorgenommen werden. Und zweitens: brauchen sich die Bullen bei dieser sog. „Verwahrungshaft" nicht der Haftprüfung eines Richters zu beugen. Bei den meisten Genossen und Genossinnen, die am Donnerstag morgen verhaftet worden waren, konnten so wenig Gründe dafür angegeben werden, daß noch nicht einmal Ermittlungen eingeleitet wurden. Dennoch wurden die meisten Genossen bis abends, also mehr als zehn Stunden, festgehalten mit der Begründung, es bestehe der Verdacht, daß sie sich sonst an strafbaren Handlungen beteiligen würden.



Am deutlichsten ist folgendes Einzelbeispiel, wie mit der Vorbeugehaft die Polizei noch bestehende Rechtsvorschriften umgehen und völlig willkürlich Verhaftungen aufrechterhalten kann: Die Polizei beantragte einen Haftbefehl gegen den AStA-Vorsitzenden Krawinkel, der jedoch vom Staatsanwalt



als nicht begründet abgelehnt wurde. Jetzt hätte Krawinkel freigelassen werden müssen – also ordnete die Polizei „Verwahrungshaft" mit der „Begründung" an: „Es ist unerläßlich, ihn an der bevorstehenden Begehung von mit Strafe bedrohten Handlungen zu hindern, sowie nicht unerhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu vermeiden."

2. Der Versuch, durch Kriminalisierung den politischen Rückhalt des Häuserkampfs in der Bevölkerung abzuschneiden: die Polizei kann nur dann rücksichtslos draufhauen, wenn es ihr gelingt, einen klaren Trennungsstrich zwischen uns und der Bevölkerung zu ziehen.

Das fängt an bei der Aufforderung der Polizei, „die unbeteiligte Bevölkerung solle sich doch bei Demonstrationen bitte entfernen", damit die Schlägertrupps besser und vor allem gezielter zuschlagen können.

Und setzt sich fort bei Verleumdungen und offener Hetze gegen „Politrocker". Auf den Pressekonferenzen der Polizei werden Zündblättchenrevolver und Küchenmesser zu gefährlichen Waffen, defekte Kugellager werden zu Stahlkugeln aufgeblasen und Besenstiele zu Schlagstöcken. Bei der Stürmung des Studentenhauses werden in der AStA-Druckerei Kanister mit Nitro, Benzin und Spiritus beschlagnahmt. PP Müller sagt: Mollies; und verschweigt, daß solche Materialien zur Standardausrüstung jeder Druckerei gehören!

Kriminalisierung des AStA der Universität, weil er den Häuserkampf politisch unterstützt hat. Seit der Demonstration am Samstag ist der AStA allen möglichen juristischen Repressionen ausgesetzt:

Anklage wegen „besonders schwerem Landfriedensbruch" gegen den AStA-Vorsitzenden Krawinkel, weil er die Demonstration im Namen des AStA polizeilich ange-



meldet hatte. Dies wird aufrechterhalten, obwohl die angeblichen Gründe – so die Frankfurter Rundschau vom Montag – „bereits während der Pressekonferenz im Polizeipräsidium auf Widerspruch stießen": Krawinkel hatte, wie z.B. alle Presseberichte übereinstimmend bestätigen, die Demonstration kurz vor den Auseinandersetzungen aufgelöst.

Denn wegen dieser Hetze gegenüber Krawinkel und dem AStA (Müller: „Der AStA ist ein Deckmantel für kriminelle Vereinigungen, die sich als Speerspitze einer Revolte gegen die staatliche Ordnung begreifen.") hat der reaktionäre Uni-Präsident Kantzenbach (der sowieso noch sauer war wegen der Schlappe, die er durch die Kampagne gegen die Engels-Vorlesung und durch den Unistreik im Januar erlitten hatte) dem AStA alle Gelder gesperrt.



Geld für Bundesgrenzschutz

BGS wird nach Vorfällen in Frankfurt besser ausgerüstet

Von unserem Bonner Büro

28.2.74

Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher wird zur Verbesserung der Ausrüstung des Bundesgrenzschutzes (u. a. mit Schutzschilden und Wasserwerfern) 1974 zusätzlich 7,5 Millionen Mark erhalten. Bundesfinanzminister Helmut Schmidt stimmte dieser Erhöhung zu.

Außerdem sollen die mittelfristigen Gelder zum Ausbau der Länderbereitschaftspolizei um einen noch nicht festgelegten Betrag erhöht und die Ausbildung der BGS-Beamten noch stärker als bisher auf die besonderen Aufgaben als Bundespolizei ausgerichtet werden. Nach dem Grenzschutzgesetz kann der BGS auf Anforderung der Länder und zur Abwendung einer drohenden Gefahr für den Bestand der verfassungsmäßigen Ordnung wie auch bei Naturkatastrophen eingesetzt werden.

Genscher kündigt Ausbau an

4.3.74

Rücken Bundesgrenzschutz-Standorte näher an die Städte?

Von unserem Bonner Büro

ben fortzuentwickeln. Das Bundeskabinett habe dazu am Mittwoch einen zusätzlichen Betrag in Höhe von 7,5 Millionen Mark für 1974 bewilligt. Diese Mittel sollen zur Beschaffung von Transport-Omnibussen zur Erhöhung der Mobilität der BGS-Einsatzabteilungen, von Wasserwerfen für den unmittelbaren Polizeieinsatz, von Sperrgittern und anderem technischen Gerät wie Funksprechgeräte verwendet werden.

Der Minister schnitt in seiner Rede auch die jüngsten Ausschreitungen in Frankfurt an. Das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit sei in Frankfurt in krimineller Weise mißbraucht worden.

In Bonner Regierungskreisen wies man am Donnerstag darauf hin, daß der Bundesgrenzschutz als Polizeireserve des Bundes ebenso ausgerüstet sei wie die Polizisten der Länder. Die Lage der Standorte der BGS-Abteilungen erschwere allerdings zum Teil einen schnellen Einsatz. Der Frankfurt/Main nächstgelegene BGS-Standort sei beispielsweise Alsfeld. Längerfristig seien Überlegungen zu Standortveränderungen wahrscheinlich.



Der Kultusminister Friedeburg hat schon angekündigt, daß er in der kommenden Änderung des Hessischen Hochschulgesetzes „die bisherige Regelung der Zwangsmitgliedschaft im AStA überprüfen werde" = d. h. praktisch, die Auflösung des AStA als relativ unabhängige Studentenvertretung.

Der AStA-Auslandsreferent Tokmar wurde in U-Haft gesteckt und mit der Ausweisung bedroht.

3. Gegen einzelne Genossen wird psychischer und physischer Terror ausgeübt, um ihnen Angst zu machen und die Bewegung zu verunsichern. Die Polizei kann praktisch machen, was sie will. Sie schert sich einen Dreck um irgendwelche Gesetze oder „Grundrechte", denn sie weiß aus jahrelanger Erfahrung, daß kein Gericht in der BRD jemals einen Polizisten zur Verantwortung gezogen hat.

Verhaftete Genossen werden (wie übrigens auch Rocker oder „linke Gammler" bei alltäglichen Verhaftungen) nach ihrer Verhaftung erst einmal zusammengeschlagen.

Der Genosse, der am Donnerstag als erster verhaftet worden war, wurde erst einmal bei der Verhaftung im Mannschaftswagen geschlagen, dann im Hof des Polizeipräsidiums und schließlich im Aufzug geschlagen: „Ach, da haben wir ja so ein Dreckschwein " – und dann drauf!

FÜR DIESE FREIHEIT SPITZELN WIR ZIVILBEAMTE IN ALLEN LÄNDERN DER FREIEN WELT: VON USA ÜBER SPANIEN BIS GRIECHENLAND.

Die Polizei foltert

Zwei Genossen wurden bei der Vernehmung in einem Polizeirevier gezwungen, nach dem Takt der Vernehmungsbullen Kniebeugen und Liegestütze zu machen: die Bullen wollten ihre Macht demonstrieren.

Der Höhepunkt polizeilichen Terrors am Sonntagabend: ein 18jähriger Schüler wurde bei der Vernehmung erst blutig geschlagen und dann gezwungen, sein eigenes Blut aufzulecken. Währenddessen wurde ein anderer Verhafteter im Nebenraum ähnlich mißhandelt und der Schüler wurde dann noch gezwungen, dort eine Blutlache aufzuputzen.

Die meisten Genossen berichten, daß sie permanent (zumindest) verbal bedroht werden, indem zum Beispiel Zivilbullen nach der Verhaftung ihre Knüppel grinsend schwingen: „Euch Schweinen werden wir es mal zeigen, wartet nur, bis wir im Präsidium sind."

Zwei Genossinnen wurden treppauf, treppab durchs Polizeipräsidium geführt, immer zwei Bullen so auf den Fersen, daß sie permanent gestoßen und getreten wurden. Und das Ganze in der Haltung: Jetzt werdet ihr in einem ruhigen Zimmer erst einmal fertiggemacht.

Verhaftete Genossen mußten sich nackt ausziehen.

Willkürliche Verhaftungen und Untersuchungen werden vorgenommen, um uns einzuschüchtern; seit Samstag ist die Stadt voller Polizei und Zivilbullen.

Am Donnerstag und am Samstag wurden während der Auseinandersetzungen mit der Polizei sehr viele Genossen irgendwo von der Straße weg verhaftet, obwohl sie nur herumgelaufen sind, als sie aus einem Haus kamen usw., erst nach zehn oder mehr Stunden wurden sie wieder freigelassen, obwohl überhaupt nichts gegen sie vorlag.

Der dickste Hammer war die Stürmung des Studentenhauses am Samstag gegen abend: ohne Durchsuchungsbefehl wurde der AStA und das Studentenhaus durchsucht; alle Leute, die man im Studentenhaus antraf, wurden erst einmal verhaftet: auch die Teilnehmer von Tagungen, die gerade in gemieteten Räumen stattfanden, auch die Bewohner des Wohnheimflügels im Studentenhaus. Es wurden Scheiben eingetreten, wenn die Türen verschlossen waren. Es wurden teilweise die Zimmer von Wohnheim-Bewohnern verwüstet und durchsucht (natürlich auch ohne Durchsuchungsbefehl). Das ganze Studentenhaus wurde mit Tränengas eingeräuchert.

Am Sonntag wurde das Auto von zwei Genossen mitten in der Stadt an einer roten Ampel plötzlich gestoppt: ein Zivilbullenwagen davor, einer dahinter, einer daneben. Sechs Zivile springen raus und verhaften die zwei Genossen; der Wagen wird durchsucht, natürlich nichts gefunden als ein Sackschutz, worauf die Bullen ungeheuer aggressiv reagieren; die beiden Genossen werden völlig ohne Grund auf ein Revier geschleppt, ein Genosse wird geschlagen, wie üblich; nach zwei Stunden werden sie wieder freigelassen, ohne Anschuldigung – nichts. Es war einfach eine Übung für die Bullen zur Einschüchterung der Genossen.

Am Montag werden vier Genossen, die Flugblätter verteilen, von einer Polizeistreife verhaftet; es ist klar, daß gegen sie nichts vorliegt, aber sie sollen ein bißchen terrorisiert werden: Personalien überprüfen, zwei Genossen müssen sich nackt ausziehen, verbale Drohungen „Man müßte Euch alle an die Wand stellen", wartenlassen in den Revierzellen usw. und nach ein paar Stunden werden sie dann wieder freigelassen, nachdem man sich genügend an dem Katz-und-Maus-Spiel befriedigt hat.

Am Dienstag fährt ein Streifenwagen an einem Genossenauto vorbei, in dem eine Plakatwand für einen Agitationsstand transportiert wird. Der Genosse wird gestoppt, bedroht und die Bullen zerreißen die Plakatwand – dann setzen sie sich ins Auto und fahren weiter.

Und natürlich der schon fast alltägliche Terror: Spitzel vor allen bekannten Genossenwohnungen und -häusern und vor den Treffpunkten von uns; unzählige „Personalien-Überprüfungen" durch Zivilbullen; Genossen-Autos werden verfolgt usw.

Während der Demonstration am Samstag in der Stadt umstellen eine Reihe von Bereitschaftsbullen einen Lautsprecherwagen, der in einer Nebenstraße steht. Ohne irgendwelchen Anlaß und ohne Warnung schreien sie die Genossen im Wagen an, sie sollen hier wegfahren und sprühen gleichzeitig durch die offenen Fenster mehrmals mit ihren Tränengaspistolen. Als sich der Fahrer und die anderen Genossen fast betäubt und erstickt im Auto winden, rufen die Bullen höhnisch: „Ach so, ihr könnt wohl nicht autofahren? " und verschwinden.

Eine Studentin hatte sich am Donnerstag morgen vor einer Knüppelgarde, die gerade die Bockenheimer Landstraße Richtung Opernplatz entlangstürmte, hinter eine Hecke gerettet. Als sie wieder auf die Straße ging, wurde sie von den zurückgehenden Bullen gepackt (der Einsatzleiter: „Die da auch!") und in Präsidium geschleppt. Als sie dort verständnislos wissen wollte, warum sie eigentlich festgenommen worden sei, antwortete die Beamtin: „Ei, anständige Bürger treiben sich morgens um 7 Uhr nicht auf der Straße herum. Ihr habt ja wohl etwas ausgefressen." Bei der Durchsuchung ihrer Kleider wurde ihre Uhr auf den Boden geschmissen und kaputtgemacht. Zehn Stunden später wurde sie erst wieder freigelassen.

Verhinderung des Rechtsschutzes für die Verhafteten:

Verhaftete Genossen wurden daran gehindert, ihre Rechtsanwälte anzurufen.

Rechtsanwälte, die versuchten, Kontakt mit den Verhafteten aufzunehmen, wurden weggeschickt: „Sowas brauchen die Politrocker nicht!"

Ein Rechtsanwalt, der in der Räumungsnacht mit im Haus übernachtet hatte, um den verhafteten Genossen sofort juristisch helfen zu können, wurde von den Bullen gemeinsam mit den anderen verhaftet. Als er seine Vollmacht vorzeigte, sagten die Bullen: „Das interessiert hier niemanden." Gegen ihn wurde inzwischen Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch gestellt.

Bewußt falsche Anschuldigungen durch die Polizei, um erst einmal Verhaftungen vornehmen zu können.

Der Auslandsreferent des AStA, Edil Tokmar, wurde bei der Stürmung des Studentenhauses in seinem Zimmer verhaftet, angeblich wegen Verdacht des Landfriedensbruchs. Später konnte das nicht aufrechterhalten werden. Um aber eine Untersuchungshaft gegen das AStA-Mitglied zu erreichen (man hatte auch versucht, allerdings vergeblich, den AStA-Vorsitzenden Krawinkel in U-Haft zu stecken), wurde ein Haftbefehl wegen „Vergehen gegen das Ausländergesetz" ausgestellt, obwohl ein Asylverfahren bereits läuft.



Am Sonntag wollte ein freiberuflicher Fotograf an der Bockenheimer Landstraße Aufnahmen machen. Mehrere Zivile umstellten ihn, forderten ihn auf, zur Feststellung der Personalien mit aufs Revier zu gehen. Sie nahmen ihm seine Foto-Tasche ab, füllten Steine hinein und gaben dies als Grund für eine Festnahme an.

4. Die staatliche Gewaltmaschinerie soll drastisch ausgebaut und immer mehr auf die Bekämpfung revolutionärer Massenbewegungen spezialisiert werden:

Polizeiminister Bielefeld forderte und die Landesregierung billigte sofort, daß fünf Millionen DM zum Ausbau der hessischen Polizei bereitgestellt werden (für gepanzerte „Sonderfahrzeuge", moderne Wasserwerfer usw.).

Polizeipräsident Müller bereitete die Schießermächtigung für die Zukunft vor: „Die Beamten seien durchaus in Situationen gekommen, in denen der Gebrauch der Schußwaffen gerechtfertigt gewesen wäre."

Die Innenminister fordern, daß in Zukunft der Bundesgrenzschutz als „Eingreifreserve" für den Fall des „inneren Notstandes" tätig werden soll. Dafür soll er speziell ausgerüstet und ausgebildet werden.

Es wird sogar gefordert, daß „im Spannungsfall den Streitkräften der Schutz ziviler Objekte übertragen werden soll".



DIE LÖSUNG SOZIALER PROBLEME

„Wir stehen vor einer erschreckenden Tatsache!" sagte Polizeipräsident Müller zu BILD am SONNTAG. „Die Zahl der Gewalttäter bei Demonstrationen hat um ein Vielfaches zugenommen. Früher hatten wir es mit Schlägergruppen von 30 Mann zu tun. Heute sind sie 150 bis 200 Mann stark. Früher genügte eine Gruppe von zehn Polizisten, um einen umzingelten Polizisten herauszuhauen.

Das ist vorbei! Ein Zug ist heute außerstande. sich gegen derartige Angriffe noch zu wehren. Die Polizei im Einsatz muß wesentlich verstärkt werden. Denn eine massive polizeiliche Präsenz ist das e i n z i g e probate Mittel gegen solche Gewaltakte. Wir werden also auf die Polizeieinheiten im ganzen Land und in den benachbarten Ländern zurückgreifen müssen."

Die Ausrüstung:

muß verbessert werden.

● Massivere Schutzhelme werden in Auftrag gegeben. In Frankfurt waren zahlreichen Polizeibeamten die Schutzhelme vom Kopf geschlagen worden. Ein Polizist erlitt dabei einen Schädelriß.

● Mehrere Beamte erlitten durch Molotow-Cocktails Verbrennungen an den Beinen. „Unser Schuhwerk ist viel zu zivil!" klagt Polizeipräsident Müller. „Wir brauchen daher schwere Schutzstiefel."

● **Gepanzerte Wasserwerfer mit einem wesentlich höheren Wasserdruck als bisher üblich werden verlangt.**

● **Technische Experten der Polizei diskutieren über Versuche mit amerikanischen und französischen Anti-Aufstand-Gewehren, die schwere, aber nicht tödliche Hartgummigeschosse verfeuern. Sie könnten immerhin den Griff zum allerletzten Mittel, der scharfen Schußwaffe, verzögern.**

Bild am Sonntag, 3.3.74

Auch die polizeiliche „Aufklärung" wird verstärkt werden müssen: Ganze zwei Beamte des hessischen Verfassungsschutzes hatten sich in den vergangenen Monaten um die Beobachtung der Untergrundgruppen in Frankfurt bemüht. Das Ergebnis: Die Polizei erhielt keinerlei Vorwarnung und weiß bis heute kaum etwas über Organisation und Zusammensetzung ihrer Gegner.

„Wir haben fast nur mehr oder weniger harmlose Demonstranten erwischt", grollte ein Frankfurter Polizeioffizier. „Die ‚Chaoten' haben zugeschlagen und sind dann blitzschnell wieder verschwunden. Ihre Verletzten haben sie ausnahmslos mitgenommen."

● Der hessische Innenminister Bielefeld macht jetzt fünf Millionen Mark locker: für moderne Wasserwerfer und neue Mannschaftswagen, in denen die Beamten nicht schon auf der Fahrt zum Einsatz mit Steinen beworfen werden können.

Obenan auf der Wunschliste der Frankfurter Beamten steht allerdings ein neuer Schlagstock. Oswald Hodis: „Unser Knüppel wurde ja erst kürzlich auf demokratische Länge gekürzt. Damit kann man allenfalls richtig winken." Tränengasspray, voriges Jahr nach linken Protesten aus dem Frankfurter Arsenal aussortiert, wurde wieder ausgegeben.

Polizeigewerkschaftler Dr. Gintzel: „Die Polizei hat bisher nur Abfallprodukte militärischer Forschung bekommen. Jetzt muß endlich eine Entwicklung polizeispezifischer Waffen und Ausrüstung angekurbelt werden." Derzeit am meisten erfolgversprechend: „Stauchgeschoßpatronen", die zur Zeit entwickelt werden. Die Geschosse (Metallstaub im Plastikmantel) dringen nicht ein, sondern wirken nur äußerlich: wie ein K. o.-Schlag.

Welt am Sonntag, 3.3.74

FOLTER

Gedächtnisprotokoll unserer Festnahme

Samstag, 23. 2. 1974 (ID)

Wir gingen zu viert durch den Palmengarten Richtung Opernplatz, nachdem die Bockenheimer Landstr. von den Bullen dichtgemacht worden war. Plötzlich wurden wir von zehn Zivilbullen, die uns von hinten einholten, angehalten und zur Ausweisung gezwungen, wobei wir die Hände über dem Kopf zusammenhalten mußte. Auf die Frage, woher wir denn wissen sollten, ob sie überhaupt dazu berechtigt seien, bekam einer sofort einen Kinnhaken von einem Bullen, den die anderen „Eugen" nannten. Die übrigen von uns versuchten vor den brutal und voll zuschlagenden Zivilbullen Schutz zu suchen. Während dieses Vorgangs setzten die Bullen auch Schlagstöcke und dieses neue Nahkampfgas ein. Die Folge davon waren bei uns Gehirnerschütterung, gebrochenes Nasenbein, verstauchte Glieder, Nasenbluten usw.

Anschließend wurden zwei der vier Personen abgeführt („Sie sind verhaftet!") und in einem gelben Ford-Transit (F - D 326? ? ?) zur Polizeiwache Hynspergstr. gefahren (11 Bullen und wir zwei). Im Wagen wurde einer mit dem Halstuch, das er zum Schutz gegen Tränengas umhatte, fast bis zur Bewußtlosigkeit gewürgt und so gezwungen zu sagen: „Ich werde nie wieder auf eine Demonstration gehen." Erst als der Gewürgte „Ja" sagte, ließen die Bullen das Halstuch los.

Auf der Polizei-Station wurden wir wieder mit Fußtritten, Ellenbogenhieben und verbalen Anschuldigungen bedacht, mußten uns mit erhobenen Händen auf den Fußboden setzen und wurden nochmals nach den Personalien gefragt. Diese Aufnahme der Personalien wurde jedoch unterbrochen, wir wurden in den Keller in eine Zelle geprügelt, mußten uns wieder auf den Fußboden setzen, mit erhobenen Händen, wurden nochmal geschlagen. Dann wurden wir gezwungen, Kniebeugen zu machen, dabei weitere Angaben zur Person. Anschließend hatten wir Liegestütze zu exerzieren, die Geschwindigkeiten bestimmten die Bullen. Dabei wurden wir mit einem langen, gemeidigen Gegenstand auf den Rücken geschlagen. Während der Festnahme benutzten die Bullen einen Hammer, dessen Herkunft unklar blieb, um uns damit auf die Füße zu schlagen.

Dann wurden wir aus der Zelle entlassen, am Ausgang der Polizeiwache nochmals zusammengeschlagen und rausgelassen, die Ausweise warfen sie uns nach. Bei unserer „Entlassung" war es ca. 15.30 Uhr.

Was soll man dazu schon sagen?



Bericht einer Festnahme (ID)

Am Samstag, 24. 2.1974, ging ich am Palmengarten spazieren, um Fotos von den Faschingsfestivitäten und der Konfrontation dieser Festlichkeiten mit dem politischen Geschehen in Frankfurt zu machen. In der Hand hielt ich einen Plastikbeutel; in ihm befand sich ein Objektiv, Filme und eine Super-8-Filmkamera.

Ich überquerte die Bockenheimer Str. und ging in die Beethovenstr. Neben mir hielten zwei Zivilkarren, aus denen sechs Zivile heraussprangen, mir den Beutel entrissen und mich brutal, Beine breit, Hände aufs Dach des Wagens, auf Waffen oder was weiß ich untersuchten. Dabei schrien sie mich unheimlich aggressiv an: „Du Schwein, wieder ein Aktiönchen machen? Wieder was los machen, du rote Sau? Was habt ihr denn heute geplant?" usw.

Dann wurde ich in den Wagen gestoßen und ins 13. Polizeirevier gebracht (Schloßstr.). Auf der Fahrt dorthin erzählten die Bullen, was ich in der nächsten Zeit erleben würde. „Den kriegst du gleich zu schmecken", und deuteten auf einen halben Meter langen Holzknüppel. Auf diese Weise versuchten sie mich schon im voraus fertigzumachen. Ich ließ mich weiter nicht einschüchtern und wartete nur ab, was passiert. Auf einmal zogen sie Steine aus meinem Plastikbeutel und sagten: „Was andres kannste auch nicht, als Steine auf unsere Kollegen schmeißen." Dann zogen sie noch Flugblätter aus der Plastiktüte. Mir war klar: da sie keinen äußeren Grund hatten mich festzunehmen, steckten sie mir ihre bereitliegenden Steine und Flugblätter zu, um mich so zu einem Chaoten und Militanten zu stempeln, damit sie ihre Wut an mir auslassen konnten.

Am dem 13. Polizeirevier führten sie mich in einen Raum, wo ich mich ausziehen mußte. Nachdem ich brutal mit der Stirn gegen die Wand gedotzt wurde, wobei ich die Beine breit von der Wand abspreizen mußte, mit dem Kopf lehnte ich an der Wand, die Hände baumelten, ein Bulle nahm mich an den Haaren einen halben Meter zurück, ließ den Kopf los und ich schlug mit der Stirn gegen die Wand. Dann schlugen sie zu viert auf mich ein, Schläge mit der Faust ins Gesicht, in den Magen, in den Sack. Dann zog ich mich auf ihren Befehl hin aus, mußte mich mit dem Rücken gegen die Wand stellen, und bekam nun von einem Prügel, bis ich mich auf dem Boden wälzte, wobei ich hart mit dem Kopf gegen eine Kante gestoßen wurde. Die Nase blutete, die Lippen waren aufgesprungen. Nun machten sie noch ihre Witzchen, um mich physisch noch weiter fertigzumachen. „Wart mal, ich zeig dir mal, was ich gelernt habe!" usw. Komischerweise ließen sie mich dann aber in Ruhe. Ich konnte meine Sachen wieder zusammenpacken und mich wieder anziehen.

Als sie mir meinen Beutel zurückgaben, forderte ich sie auf die Steine zu entfernen, die wären nicht vorher drin gewesen. Vor einer halben Stunde hätte ich dafür eine voll in die Fesse bekommen, jetzt aber entfernten sie erstaunlicherweise die Steine aus dem Beutel. Anscheinend war ihnen aufgegangen, daß es wohl beknackt aussehen müßte, wenn einer Steine zu seinen Foto- und Filmapparaten dazuschmeißt. Jedenfalls bekam ich alles wieder so ausgehändigt, wie ich es vorher gehabt hatte, und die Sachen blieben bis zu meiner Freilassung in meinen Händen.

Wir fuhren dann ins Polizeipräsidium. Während der Fahrt wieder Vorträge, daß wir jetzt die Bevölkerung endgültig gegen uns hätten, außerdem meinten sie „Scheiße und draußen ist Fasching". Im Polizeipräsidium wurde ich erkennungsdienstlich behandelt, ich unterschrieb den Bogen, auf dem meine Personalien festgehalten wurden, mit dem Zusatz „Pesonalien und Fingerabdrücke richtig".

Ein Protokoll bekam ich nicht vorgelegt. Es wurde anscheinehnd ohne meine Zustimmung angefertigt und ohne mich vorher überhaupt angehört zu haben. Ich kam dann in eine Zelle, wo noch ungefähr acht andere Genossen saßen, die schon am Samstag festgenommen worden waren. Von ihnen erfuhr ich, daß wir zwei Stunden nach dem Faschingszug rauskämen, zusammen wurden wir dann in die Hammelsgasse verfrachtet, wo ich gegen 19 Uhr entlassen wurde.

Während der ganzen Zeit wurde mir verweigert, zu telefonieren.

Es liegt vor: 1. Freiheitsberaubung, da ich mich in denkbar friedlicher Absicht in der Stadt bewegte, um zu fotografieren. 2. Unterschiebung von falschem Beweismaterial, da die Steine mir von den Zivilbullen zugesteckt wurden, um ihr Vorgehen zu legitimieren und ihre Wut an mir abzulassen. 3. Körperverletzung, da ich von insgesamt 7 Bullen verprügelt wurde. 4. Unrechtmäßige erkennungsdienstliche Maßnahmen, das ergibt sich aus 2.

AM BESTEN GLEICH INS STADION

Bericht über Festnahmen im Studentenhaus

Am 23. 2. 1974 befand ich mich mit 14 weiteren Personen im Raum 203 des Studentenhauses anläßlich einer Sitzung, die um etwa 17.00 Uhr begonnen hatte. Um 10.00 Uhr stürzten die Ordnungstruppen mit Schutzschildern und gezogenen Knüppeln herein und brüllten: „Hierist eineGruppe! Hier ist eine Gruppe!" Alles sehr aggressiv und sehr nervös. Nachdem sie uns gefragt hatten: „Was findet hier für eine Veranstaltung statt?" und sie keine Antwort von uns bekamen, schrieen sie: „Na gut, es geht auch anders, alle an die Wand stellen, durchsuchen, wenn irgendein Wurfgeschoss gefunden wird, sofort verhaften." Nachdem die Durchsuchung nichts erbracht hatte, setzten wir uns alle wieder ruhig hin.

Während der darauffolgenden Stunden lief u. a. folgendes ab: (Zitate) „Schade, daß hier kein Widerstand ist, wie brav die auf einmal sein können, sonst sind die doch auch wie die Hyänen." Offensichtlich bedauerten sie, daß sie nicht zuschlagen konnten. Sie suchten ständig nach Anläßen, uns „die Fresse einschlagen zu können". Entsprechende Unterhaltungen führten sie ständig untereinander. „Wir müssen die mal provozieren, damit sie die Nerven verlieren und wir ihnen in die Fresse schlagen können." Zudem folgender Versuch: „Wollt ihr denn jetzt nicht endlich nach Hause gehen?" Diese Bemerkung kam aber nicht vom Einsatzleiter, sondern von einem „Truppenführer", der uns überhaupt nicht nach Hause schicken durfte. Ich warnte die anderen, die bereits aufgestanden waren und gehen wollten, auf jeden Fall auf ihren Plätzen zu bleiben und sagte: „Wir würden der Aufforderung folgen, wenn dies der Einsatzleiter selbst sagen würde." Unter dem Vorwand, wir hätten flüchten wollen, hätten sie leicht ihr Ziel erreicht, nämlich zuzuschlagen.

Ich mußte dringend auf die Toilette und sagte das. Sofort sprangen sie auf mich zu. „Na, jetzt kommt wohl eure neue Taktik." Da ich nicht wußte, daß auf dem gleichen Stockwerk eine Toilette vorhanden war, und diese auch erst dadurch zugänglich geworden war, nachdem die „Polizei" bei dem Einsatz eine Tür aufgebrochen hatte, wollte ich einen Stock tiefergehen. Ich wurde sofort festgehalten und angebrüllt: „Wo ich denn jetzt hinwolle." Ich sagte, ich wüßte nichts von einer Toilette auf diesem Stockwerk, was aber sofort wieder „Taktik" und „Lüge" war. „Spiel hier ja nicht die Naive." Die ganze Atmosphäre war die der Aggression und des Hasses. Ständig krachte es, Stühle wurden geschmissen, mit Rammböcken Türen „geöffnet", Haufen von Zivilen liefen herum. „Polizisten" mit Sauerstofflaschen auf dem Rücken und Gasmasken, die Einrichtung wurde zerstört. Die Geilheit, zuzuschlagen, machte sich auf diese Weise zunächst mal Luft. Ständig flogen Wortfetzen zu uns herüber, die sich inhaltlich damit befaßten, daß man mit uns alles machen könnte und müßte. Sie wollten uns zum Zittern bringen. Angstschüren einerseits und Beleidungen der Personen andererseits. So zu einer älteren Frau: „Ob die Alte hier wohl auch noch studiert?"

Pro Person zwei „Polizisten", so wurden wir um ca. 20. 00 Uhr abgeführt. Beim Einsteigen in die Knastwägen folgende Bemerkung: „Am besten gleich ab zum Stadium oder wollen wir sie gleich zum Krematorium bringen." Vor dem Polizeipräsidium dann: „Was, ihr lacht noch, wir schlagen euch gleich so die Fresse ein, dann hat es sich gelacht. Ich seid alle kleine Hitler. Jeder von euch ist ein kleiner Hitler. Euch müßte man zerhacken und dem Frankfurter Zoo als Frischfleisch anbieten. Die wollen hier bloß Zustände wie in Irrland. Briefmarken auf den Arsch und ab nach Rußland" usw.

In den Haftzellen des Präsidiums wurden wir für etwa zwei Stunden zu neunt in einer Zelle mit Sitzplätzen für 4, höchstens 5 Personen eingesperrt. Es herrschte eine unerträgliche Hitze. Dann von zwei Sokos abgeführt. Nachdem er mich den Gang entlangstieß, sagte ich, ich möchte nicht angefaßt werden. Der Ältere von beiden brüllte sofort los: „Was, du willst nicht angefaßt werden, du wirst gleich in den Arsch getreten, dann siehst du, wie wir dich anfassen können. Mit euch Rotfrontkämpfern werden wir auch noch fertig. Du wirst jetzt gleich mal erleben, wie wir mit Leuten umgehen, die unseren Staat zerstören wollen!" Was er sonst noch geschrien hat, weiß ich nicht mehr.

Ich ging ihm schon wieder zu langsam und wurde nach vorn gestoßen. Wir kamen zu einem leeren und dunklen Treppenhaus. Ich mußte vor ihnen gehen und sie hängten sich beiderseits ganz dich an meine Fersen. Sie ließen mich spüren, daß sie jetzt die Möglichkeit hätten, ales mit mir machen zu können. Man kann so eine Situation sehr schlech auf Papier schreiben. Einen hier im Treppenhaus zu erschießen, ein Kinderspiel. Keine Zeugen, und es heißt dann einfach, auf der Flucht erschossen. Ich war sehr erleichtert, heil die zwei Stockwerke tiefer anzukommen.

Ich wurde in ein Zimmer gebracht, eine Kripofrau kam hinzu und zeterte los: „Haben Sie Waffen, haben Sie ein Messer? Sind Sie diejenige, die einem Beamten das Genick mit einem Messer aufgeschnitten hat? Na, waren Sie das? Sind Sie's gewesen?" Dann wurde ich zum drittenmal durchsucht. Dann rüber in den anliegenden Raum zu den zwei Sokos, die dort auf mich warteten. Der Ältere füllte die Anklage/Anzeige gegen mich aus. Ich konnte nur „Landfriedensbruch" lesen, was er noch alles dazu geschrieben hat, konnte ich nicht erkennen. Eine Rechtsbelehrung hat er nicht gegeben. Ich habe nach meinem Anwalt verlangt. Er schrie sofort: „Wird abgelehnt!"

Der Jüngere von beiden fing an, mich nach meinen Personalien zu befragen und ich wiederholte, daß ich meinen Anwalt sprechen wolle. Der Ältere brüllte sofort wieder los: „Sind Sie schwerhörig? Ich habe Ihnen gerade oben gesagt, daß er Ihnen verweigert wird!" Ich habe dann Angaben zur Person gemacht und zwar: Name, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit und Wohnsitz. Alle weiteren Fragen habe ich nichtbeantwortet. Auf die Frage: „Studentin?" sagte ich: „Nein, Arbeiterin." Worauf sie mich fragten: „Arbeiterin des Kopfes oder der Faust?" und: „Ob ich denn nichts gelernt hätte?" Ich habe darauf nicht reagiert.

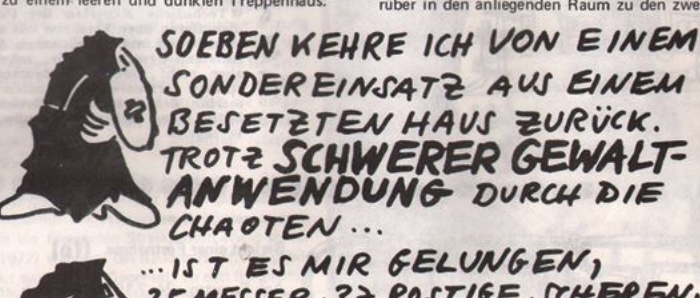
Dan wieder drei Stockwerke zurück zum Erkennungsdienst (ED). Auf der Treppe das gleiche Spiel, wortlos. Oben mußte ich noch warten. Eine Reihe von Sokos stellten sich um mich herum und fingen an, sich zu unterhalten. „Wißt Ihr schon, sieben von uns sind schwer verletzt. Einer hat 'nen schweren Schädelbruch, einem haben sie den Arm in der Mitte durchgehackt, 'nem Kollegen muß wahrscheinlich die Hand abgenommen werden. Habt ihr gehört, die hatten Latten mit Splittern vorne dran, damit schlagen siezu." Während dieser Unterhaltung haben sie mich ständig genau beobachtet. Beim ED permanent Bemerkungen wie: „Ob es in Frankfurt noch jemanden gibt, den wir jetzt noch nicht in unserer Kartei haben? Heute kriegen wir sie alle dran." Das war auch genau das, was sie mit der Aktion erreichen wollten, Material, Fingenabdrücke für ihren Computer in Wiesbaden. ED, d. h. messen, wiegen, Bilder von vorne, von derSeite, Ganzfoto neben einer Meßlatte, Fingerabdrücke von beiden Händen. Wieder Aufnahme der Personalien, die ich ganz verweigerte, worauf sie von dem gehabten abschrieben. Frage: „Ob ich noch alle Zähne im Munde hätte?" Von mir keine Antwort. Etwa 20 vorgedruckte Merkmale unterstrich er daraufhin auf einem Blatt, worauf er mich ständig prüfend anguckte.

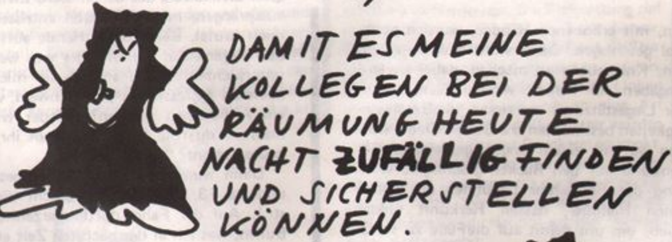
Zurück in die Haftzelle. Nach kurzem Warten ins Knastauto und zur Polizeiverwahrung in die Klapperfeldstr. Mit ca. 20 Frauen in eine Zelle gesperrt, ohne Betten, lediglich Holzbretterbänke an den Wänden, ein Tisch, etwa vier Stühle. Einzeln wurden wir von einem Sanitäter rausgerufen. Er fragte nach Geschlechtskrankheiten, nach Narben, Tätowierungen und ob ich gesund sei. Nur diese Fragen, dann gleich zurück in die Zelle. Es war ca. 1.00 Uhr nachts. Ich wollte etwas zu trinken und wurde von dem Sanitäter auf den Wasserhahn verwiesen.

Ohne Bett, ohne Decken mußten wir bei brennendem Licht die Nacht in dieser Zelle verbringen. Es gab nicht für alle Liegemöglichkeiten. Ich habe zeitweise auf dem Tisch, auf dem Boden oder auf den Holzbänken die Nacht verbracht. Nach ner Weile hat man jede Hosen- oder Jackennaht sehr schmerzlich am ganzen Körper gespürt. Vom Licht brannten dieAugen und es war eiskalt.

Um 6.00 Uhr gab's braune Zuckerbrühe und Marmeladenbrot zum Frühstück. Wir schrien nach unserem Anwalt und nach Zigaretten. Nachdem keine Reaktion kam, war plötzlich die Zelle unter Wasser. Das Wasser floß zur Zellentür heraus, darauf kam ein Justizvollzugsbeamter, brüllte rum, trennte uns in zwei Gruppen und steckte uns in zwei verschiedene, kleinere Zellen (ohne Wasserhahn). Zigaretten haben wir etwas später dann bekommen, mit Anwalt war immer noch nichts. Bis 15.00 Uhr habe ich dort gesessen, dann Transport zurück ins Präsidium. Kurz dort in einer Haftzelle. Um 15.30 Uhr wurde ich, ohne den Haftrichter oder Anwalt gesehen zu haben, entlassen. Gegen mich läuft jetzt ein Ermittlungsverfahren, die Gründe dafür kenne ich nicht.

Als ich wieder auf der Straße stand, kam mir alles vor wie ein Alptraum. Alles war von einer Willkürlichkeit beherrscht, die ich einfach nicht in Worte fassen kann. Eins ist klar, der Faschismus marschiert!





Lügen, Prügel, Festnahmen

Polizeipräsident Müllers Taktik (ID)

In den Pressekonferenzen von Polizeipräsident Müller wurden Lügen und Halbwahrheiten verbreitet, die von der gesamten Presse begierig aufgegriffen wurden. Müller nimmt z. B. irgendeinen Stein, sagt, mit Steinen wie diesem sind die Leute beworfen worden. Dazu nimmt er einen Backstein, der im Studentenheim als Sofastütze gedient hatte. Er findet Kanister in der Druckerei, sagt Nitro, Benzin und Spiritus, verschweigt, daß die Kanister Gummituchreiniger enthalten, deren Bestandteile Nitro, Benzin und Spiritus sind und die zur Standardausrüstung jeder Druckerei gehören. In der Druckerei stehen über 20 Kanister davon. Müller beschlagnahmt nur einen und sagt: Aha, Mollies, da werden Zündblättchenrevolver und Küchenmesser zu gefährlichen Waffen, defekte Kugellager werden zu Stahlkugeln aufgeblasen und Besenstiele zu Schlagstöcken.

Frankf. Rundschau, 25.2.74

Als der Mann sich losriß, schlugen zwei Polizisten zu

Prügel für Fotografen

Samstag gegen 12.30 Uhr: Der Zug der Demonstranten marschiert am Eschenheimer Turm vorbei, Richtung Selmi-Bank. Am Turm, in der Großen Eschenheimer Straße — dort ist alles ruhig — laufen zwei Männer in grünen Parkern, leicht erkennbar als Polizisten in Zivil.

Ein dritter, zirka 30 Jahre, Brille, Schnurrbart, rennt vor die beiden und fotografiert sie mit einer kleinen Kamera. Die Polizisten greifen sich den Fotografen, nehmen ihn in den Polizeigriff und schleifen den sich Sträubenden die Straße hinunter.

Nach Aussagen eines Augenzeugen versucht sich der Festgenommene an der „annas"-Passage loszureißen, worauf ihm einer der Polizisten mit einem tragbaren Funkgerät ins Gesicht schlägt und der andere ihm mit dem Ellenbogen in die Herzgegend stößt; der Fotograf windet sich blutend und stöhnend am Boden. Passanten werden aufmerksam und umstehen die Szene.

Die beiden Zivilpolizisten rufen per Funk Verstärkung: aus einem Mannschaftswagen springt ein Trupp Polizisten: jung, mit langem Mantel, Helm und Schild. An der umgeschnallten Neunmillimeter-Pistole leicht als Bereitschaftspolizei zu erkennen.

Die Umstehenden empören sich darüber, daß für den am Boden liegenden Fotografen, dem einer der Polizisten in Zivil den Brustkorb massiert, kein Krankenwagen gerufen wird. Ein Mann — ein Fahrer der FR— tritt auf die Polizisten zu, sagt etwas. Plötzlich holt ein Beamter aus und schlägt dem Mann wuchtig mit dem Gummiknüppel auf den Kopf. Aus einer Stirnwunde spritzt Blut. Kollegen bringen den Verletzten in die Eingangshalle der FR und versuchen, das Blut zu stillen.

Inzwischen wurde der niedergeschlagene Fotograf ohne ärztliche Hilfe — durch den Schlag mit dem Funkgerät hat er eine zentimeterlange Platzwunde unter der Unterlippe — in einen Polizei-VW verfrachtet und abtransportiert. Die Polizisten steigen in ihren Mannschaftswagen und fahren davon. Zurück bleiben empörte Zuschauer und eine Handvoll Pressefotografen.

kick



Die Polizei hat zugeschlagen.

Neue Presse 27.2.74

Raub nach Diskussion

Flugblattverteiler schlugen zu

ke — Der 51jährige Horst J. aus Fulda ist am Rosenmontag gegen 17 Uhr auf der Zeil von Flugblattverteilern umringt, in ein Gespräch verwickelt und anschließend ausgeplündert worden.

Der Vorfall ereignete sich am hellichten Tag gegen 17 Uhr. Der Geschädigte erstattete Anzeige bei der Polizei und erklärte, er und andere Passanten seien von Gruppen angesprochen und in Gespräche verwickelt worden. Offenbar habe seine ablehnende Haltung dazu geführt, daß die anderen aggressiv wurden. Er wurde aufgefordert, alles, was er bei sich hatte, herauszugeben. Als er sich weigerte, haben ihn fünf bis sieben Personen umzingelt und dann ausgeplündert.

Dabei büßte er etwa 500 Mark, seinen Bundespersonalausweis, seinen Schwerbeschädigtenausweis, zwei Fahrscheine der Bundesbahn und Bezugsberechtigungsscheine für Fahrkarten der Bundesbahn ein.

Festnahme von Edil Tokmar (ID) (Inzwischen frei)

Unter den zur Zeit noch in Untersuchungshaft befindlichen Personen, die am Samstag verhaftet wurden, befindet sich auch Edil Tokmar, Auslandsreferent des AStA. Er wurde bei der Erstürmung des Studentenhauses Jügelstraße durch Polizeikräfte in seinem Zimmer festgenommen. Nachdem der anfängliche Vorwurf des Landfriedensbruches aufgrund der Tatsachen in keiner Weise aufrechterhalten werden konnte, stützt sich die Justiz bei ihren Maßnahmen gegen ihn einzig auf ein Vergehen des Ausländergesetzes.

Edil Tokmar, 1941 in der Türkei geboren, studiert in Frankfurt Rechtswissenschaften. Nachdem er von der türkischen Junta zum Wehrdienst einberufen wurde, weigerte sich Edil Tokmar aus politischen Gründen in die Armee einzurücken. Seine Aufenthaltsgenehmigung wurde daraufhin nicht verlängert. Seit längerer Zeit läuft ein Asylverfahren. Mehrere Persönlichkeiten haben in der Vergangenheit bereits dieses Gesuch unterstützt, indem sie Tätigkeit Edil Tokmars als Vorstandsmitglied der Stiftung Studentenhaus, des größten Studentenheimträgers in Frankfurt, würdigten.

Dem AStA erscheint die fortdauernde Inhaftierung Edil Tokmars im Untersuchungsgefängnis Preungesheim als rechtswidrige Maßnahme zur Einschüchterung politisch tätiger Ausländer und zur Kriminalisierung von Mitarbeitern des AStA-Ausschusses. Wie der AStA, so solidarisieren sich mit Edil Tokmar auch mehrere hundert Bewohner Frankfurter Studentenheime und fordern die sofortige Freilassung und die Gewährung einer Daueraufenthaltsgenehmigung für Edil Tokmar in der BRD.



Und die 36 festgenommenen „Politrocker" (ID)

Die Rockergruppe „Bones" hat am Samstag, 23. 2. 1974, wie jedes Jahr Fasching gefeiert. Dazu waren auch Kumpel aus anderen Städten eingetroffen; sie wollten auch am sonntäglichen Umzug teilnehmen. Dazu hatten sie einen Treff um 12 Uhr ausgemacht. 36 von ihnen sind gemeinsam zum Treff gefahren, haben ihre „Öfen" abgestellt und wollten auf die anderen warten. Nach zehn Minuten bogen 4–5 Mannschaftswagen um die Ecke, die Grünen sprangen heraus, umstellten die Gruppe und . . . „da konntest du mal sehen, wie blutrünstig wir waren, wir haben nicht mal Gegenwehr geleistet." Sie wurden festgenommen und zur Bereitschaft der Grünen in der Albostr. gebracht, es wurden ihnen die Waffen abgenommen: zwei Gummiknüppel, zwei alte Bajonette, ein Schlagring, eine Eisenkette, mehrere Messingketten, ein Klappmesser, mehrere Taschenmesser, zwei Schreckschußpistolen, mehrere Zündplätzchenpistolen; die in dem Polizeibericht aufgeührten „Dum-Dum-Geschosse" waren teils aus Holz, teils andere Attrappen; eine Nebelkerze und ihr Clubabzeichen „Bones", ein Kuhknochen. Bis auf die Nebelkerze bekamen sie alles zurück! Für Rocker war es auch keine außergewöhnliche Ausstattung.

Daß die Gruppe als „Terrorhaufen" in der Öffentlichkeit hochgespielt werden sollte, ist auch daraus ersichtlich, daß ihnen kein Haar gekrümmt wurde, im Gegensatz zu anderen Festgenommenen, die „ganz schön zerschlagen aussahen", und ihnen von den Bullen gesagt wurde: „Ihr sitzt nur hier wegen der Studenten, die so einen Terror machen!" Offiziell hieß es: Verdacht auf Landfriedensbruch; deshalb Vorbeugehaft. In der Klapperfeldgasse wurden sie eingeknastet. Dort lief dann noch folgendes ab: Die Zelle wird aufgeschlossen, davor stehen Grüne und haben einen blutiggeschlagenen Typen bei sich, sie sagen: „Wegen dieser Typen sitzt ihr hier, sollen wir ihn reinschicken? " Die „Bones": „Einer von uns ist drauf eingeflippt und wolltesich den Kleinen vornehmen. Wir haben ihm aber gesagt, er würde wohl spinnen, und den Schweinen, daß sie uns nicht gegeneinander ausspielen können! Der kam dann in die andere Zelle."

Um 17.30 Uhr wurden sie zum Präsidium gefahren, dort alle erkennungsdienstlich behandelt, auch die sieben Frauen, die dabei waren, verhört und gegen 23.00 Uhr entlassen. „Weil wir so blutrünstig sind!"

Häuserrat:

TRÜMMER SIND KEINE ARGUMENTE

Wer Gewalt sät . . .

Am Samstag demonstrierten 5 000 gegen die Räumung der besetzten Häuser Bockenheimer/Schumannstraße; dabei flogen Steine auf Polizisten und Banken, wurden Wasserwerfer, die Tränengas versprühten, demoliert . . . Steine aus den Trümmern der geräumten Häuser.

Man fragt uns, warum seid ihrgewalttätig geworden? Eure Forderungen waren berechtigt, sie sind aber doch nicht mit Steinewerfen durchzusetzen. Wir sagen: die Frage ist falsch gestellt. Drei Tage zuvor waren die vier Häuser geräumt und abgerissen worden. Bubis konnte diesen Wohnraum nur zerstören lassen, weil ihm die SPD jenen Polizeiapparat zur Verfügung stellte, der dann die Bewohner und Demonstranten wie Kriminelle festnahm.

Nicht wir haben die Gewalt in die Auseinandersetzungen eingeführt, gewalttätig sind doch die, welche Wohnungen abreißen, um Bürohochhäuser zu bauen, die Emigranten zu Wuchermieten in Wohnklos verfrachten, während sie mit leeren Luxuswohnungen spekulieren; die die Mieten auch dann erhöhen, wenn die Leute kaum noch wissen, wie sie ihr Geld knapper einteilen sollen, um über die Runden zu kommen.

Uns ist klar geworden, daß wir uns gegen diese Gewalt nicht nur mit Flugblättern und friedlichen Demonstrationen wehren können, weil sie die Herrschenden nicht von der rücksichtslosen Durchsetzung ihrer Interessen abhalten.

Und wenn Rudi Arndt, Minister Vogel und Polizeipräsident Müller die Bevölkerung auffordern, sich nicht mit „diesen Linksradikalen" und „Kriminellen" zu solidarisieren, dann zeigt uns dies nur, daß wir mit unserem Protest nicht alleine stehen. Denn wir sind nicht die einzigen, auf deren Forderungen mit Knüppelgewalt geantwortet wird. Wir wissen, daß die Forderungen der streikenden Arbeiter bei Ford und anderswo nur durch brutale Gewalt unterdrückt werden konnten. Aber wir wissen auch, daß überall dort auch über militanten Widerstand nachgedacht wird und in Anfängen praktiziert wird.

Mit freundlichem Gruß – Ihr Rechtsstaat!

Nach dem Samstag ging es der Polizei und ihrer Presse darum, von unseren Forderungen und der Zerstörung unserer Häuser abzulenken und uns als Politrocker und Kriminelle abzustempeln. Damit sollte ihr eigener Terror gerechtfertigt werden:

Viele der 192 Festgenommenen wurden in den Haftzellen gefoltert. Man verabreichte ihnen Schläge auf alle Körperteile, besonders Magen und Genitalien. Sie mußten Liegestütze machen, bis sie nicht mehr konnten. Sie mußten ihr eigenes Blut vom Boden auflecken. Sie wurden gewürgt, getreten und mußten die übelsten Beschimpfungen und Bedrohungen über sich ergehen lassen. Der Kontakt nach außen (Anwälte, Besucher) wurde erschwert, in Einzelfällen sogar unmöglich gemacht. Zum Teil wurden Namen von Inhaftierten nicht einmal bekanntgegeben. Jetzt noch werden drei Personen im Knast festgehalten, z. B. weil der Grund ihrer Verhaftung noch nicht ermittelt worden sei.

Wer lügt, hat's nötig

Presse und Massenmedien lenken auch vom Inhalt der Auseinandersetzung – den Wohnproblemen der Bevölkerung – ab und plappern die Lügen der SPD und der Polizei nach, z. B. die, die Blockbewohner hätten hohe Mietschulden. Richtig ist vielmehr, daß wir die Häuser selbst beheizt haben, alle Reparaturen selbst gemacht haben, oft selbst Kohle gekauft haben und viele andere Ausgaben hatten, weil die zuständige Wohnheim-GmbH für die Häuser nichts getan hat. Wir haben unsere hohen Kosten von der Miete abgezogen und Verhandlungen darüber erzwungen. Wir haben die Mietminderungen weitgehend durchgesetzt und den Rest größtenteils bezahlt.

Den Herrschenden geht's aber nicht um die Wahrheit, sondern darum, uns zu isolieren, indem sie uns als soziale Parasiten darstellen. Wer sind die Parasiten? Leute, die 400 DM Durchschnittseinkommen haben (wie die Blokbewohner) oder z. B. das gigantische Bürokratenheer der Stadtverwaltung, das sich von den Steuergeldern ein schönes Leben macht und das nichts fürdie Wohninteressen der Bevölkerung tut?

Operation geglückt . . .

In der Presse hieß es, die Räumung der besetzten Häuser sei „normal verlaufen". „Normal" heißt heute: drei Wochen vor der Räumung terrorisierte die Polizei die Hausbewohner Nacht für Nacht, indem sie mit großem Aufgebot vorfuhr, die Häuser ableuchtete, Lärm machte und rief: „Jetzt holen wir euch raus!" „Jetzt Tränengas einsetzen!" und ähnliches mehr; „normal" heißt, daß Innenminister Bielefeld vorher versprochen hatte, die Häuser nicht ohne Verhandlungen räumen zu lassen; „normal" heißt, daß Hunderte von speziell ausgebildeten Bullen generalstabsmäßig mit gezogenen Pistolen die Häuser stürmten. Einige Bewohner mußen fast eine Stunde lang mit erhobenen Händen an der Wand stehen; anderen wurde Tränengas ins Gesicht gesprüht. Alle wurden festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Ein Großteil unserer Habe (Möbel, Kleider, Bücher und Hausrat) wurde unter den Trümmern begraben. Der Rest wurde von Herrn Bubis in den Hohen Vogelsberg gebracht. Die Blockbewohner haben davon bis heute noch nichts wiedergesehen.

Die Bewohner der geräumten Häuser haben ihre Forderungen öffentlich dargelegt: Ersatzwohnungen für sie und Erfüllung der Forderungen nach Wohnraum für vierzig Emigrantenfamilien. Mit Zynismus und Gewalt ging man über unsere Forderungen hinweg. Die Emigranten wohnen weiterhin in ihren Löchern. Die Blockbewohner sind seit der Räumung notdürftig in einem Raum des Bonnhöfer-Hauses (Ev. Kirche) untergebracht, obwohl in Frankfurt ca. 155 Häuser, 6 400 Luxuswohnungen und 300 00 0 qm Wohn- und Bürofläche leerstehen. Die Stadt ist nicht bereit, diesen Wohnraum an Wohnungssuchende weiterzuleiten. In Frankfurt gibt es über 12 000 Wohnungssuchende.

Soziale Demokraten und Soziale Kapitalisten-GmbH

Wie die Bevölkerung um den Bau von Sozialwohnungen betrogen wurde:

In Zusammenarbeit mit SPD und Magistrat schilderte die Presse einen „sozialen Bauherrn" Bubis, der als Ersatz für den vernichteten Wohnraum an der Ecke Bockenheimer/Schumannstr. „freiwillig" mehr Wohnraum erstellen will, als zerstört wurde. Insgesamt will Bubis ca. 45 Sozialwohnungen bauen.

Tatsache ist: der vernichtete Wohnraum betrug ca. 3 800 qm (das sind 54 Sozialwohnungen). Der Gipfel der bewußten Verschleierungstaktik der Interessengemeinschaft Bubis/SPD bildet das Geschäft, das Bubis mit seinem Spezi Stieglitz abschloß. Stieglitz kaufte vor einigen Jahren drei große Wohnhäuser in der Altkönigstraße und ließ den Wohnraum vernichten, weil er an dieser Stelle ein Bürohochhaus bauen wollte. Von der Stadt bekam er jedoch nur die Genehmigung zum Bau von 40 Luxuswohnungen. Dieses Unternehmen war ihm aber nicht profitabel genug. Er verzichtete und ließ die Grundstücke brachliegen. Diese Grundstücke kaufte nun Bubis auf und will dort seine Ersatzwohnungen bauen. Damit schlugen die beiden Spekulanten zwei Fliegen mit einer Klappe: Stieglitz bekommt von Bubis sein Geld mit Gewinn zurück und ist aus dem Schneider. Bubis baut in der Altkönigstraße seine 45 Sozialwohnungen. Ersatz für den in der Altkönigstraße zerstörten Wohnraum wird nicht erstellt. Davon spricht weder die SPD noch die Presse.

Warum die SPD den Bau von Bürohochhäusern nicht verhindern kann:

Für den Bau von Bürotürmen werden von diversen Banken Millionenkredite gewährt. Einen Großteil dieser Kredite zahlt die „Hessische Landesbank-Girozentrale". Allein im Jahre 1973 waren es mehr als 80 Mill. DM. Diese Bank gehört dem Land und den KOmmunen Hessens. Ihr Aufsichtsratsvorsitzender ist der Hessische Ministerpräsident Osswald. Rudi Arndt und verschiedene seiner Parteigenossen fungieren als Aufsichtsratsmitglieder. Wie können also die von uns gewählten Volksvertreter die Wohnraumzerstörung und den weiteren Bau von Bürosilos verhindern, wenn sie selbst Millionenkredite an Spekulanten vergeben, also an der Vernichtung von Wohnraum und der Vertreibung von Mietern kräftig mitverdienen?

Mehr Tränengas – weniger Wohnungen

Wenn die Massen kämpferisch für ihre Interessen eintreten, dann geschehen neuerdings Wunder. Die Länder, die immer über ihre Armut jammern, haben plötzlich Millionen zu verteilen. Nach dem letzten Samstag 12,5 Millionen, nach dem Ford-Streik 16,5 Millionen. Für Wohnungen etwa? Für Lohnerhöhungen und Urlaubsgeld? Im Gegenteil: nur für Bullen und Bundestrenzschutz, damit brutalere Waffen gegen streikende Arbeiter und Demonstranten gekauft werden. Damit die Kämpfe für höhere Löhne und billige Wohnungen besser niedergeknüppelt werden können. Die allmähliche Praktizierung der Notstandsgesetze ist die einzige Reform, die die Regierenden wirklich auf die Beine brachten. Die Gangster in Frankfurt und Wiesbaden geben lieber 12,5 Millionen für den Bullenterror aus, als daß sie ohne Geldaufwand Ersatzwohnungen stellen.

Warum? Sie fürchten eine Kettenreaktion. Das sagen sie offen. Sie fürchten, daß die Emigranten und über 12 000 Wohnungssuchenden nicht mehr auf menschenwürdigen Wohnraum warten, sondern ihren Forderungen mit Aktionen Nachdruck verleihen. Sie fürchten, daß die Arbeiter sich nicht mehr mit Lohnerhöhungen zufriedengeben, die nicht einmal die Steigerungen von Preisen und Mieten abdecken und dafür bereit sind, auf die Straße zu gehen.

In Frankfurt hat sich ein Ermittlungsausschuß gegründet, der die Übergriffe von Polizei auf Demonstranten und unbeteiligte Bürger sammelt und auswertet. Kontaktadresse: Gerhard Zwerenz, 6031 Niederroden, Seestr. 28.

Kontakt: Karl-Marx-Buchhandlung, Jordanstr.

Geldspenden an: Sonderkonto Winfried Hamman PSch-Konto Ffm 35 12 94–606
Informationen u. Sachspenden an: Bonhoefer-Haus, Lessingstr.







Presseerklärung des SPD-Ortsvereins Westend

Es hat sich bei der Aktion der Räumung der Häuser Bockenheimer/Schumannstr. in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag, ebenso wie bei den Ereignissen im Verlaufe des Samstags wieder gezeigt, daß in dieser Stadt generalsstabsmäßig vorbereitete Notstandsübungen durchgeführt werden.

Wir haben gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze politisch gekämpft, in Voraussicht der zu erwartenden Folgen. Man kann heute nur mit Schrecken daran denken, welche Reaktionen der Staatsgewalt erfolgen können, wenn in dieser Gesellschaft soziale Konflikte stärker aufbrechen sollten.

Bei der Wohnraumzerstörung zeigt sich ein sozialer Konflikt von erheblichem Ausmaß, der mit den Mitteln dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht mehr zu lösen ist. Eigentums- und Bodenordnung und die Machtstrukturen, die daraus resultieren, führen dazu, daß der gesamte staatliche Machtapparat eingesetzt wird, um eine Entwicklung, die dem Interesse der Bevölkerung entspräche, zu verhindern. Die Zerstörung eines ganzen Stadtteils im Interesse des Kapitals wurde durch die Durchsetzung des Bubis-Hochhauses unerträglich vorangetrieben. Die Folgen, im Zusammenhang mit weiteren Großprojekten, sind absehbar; in ihren katastrophalen Auswirkungen übersteigen sie jede Vorstellungskraft. Nicht einmal die technische Infrastruktur (Verkehr, Energieversorgung, Kanalisation usw.) ist gegeben.

Bei der Zerstörung des Wohn- und Lebensraumes im Westend und in der gesamten Innenstadt, die auch auf andere Stadtteile mehr und mehr übergreift, waren die sozialen und politischen Folgen erkennbar. Wir haben seit Jahren darauf hingewiesen. Es war klar – nach allem Vorangegangenen –, daß es zu einer Explosion kommen mußte. Auf die ersten Hausbesetzungen, die nach Einschätzung der Linken in der SPD eine sinnvolle politische Aktion waren, wurde reformistisch reagiert. Die Stadt Frankfurt übernahm durch die Wohnheim-GmbH die besetzten Häuser und versuchte, Konflikte dadurch zu vermindern. Dieser Versuch ist gescheitert. Die Wohnheim-GmbH hat den Spekulanten die Schmutzarbeit der Räumung abgenommen.

Der Häuserblock Bockenheimer/Schumannstr. hat Symbolwirkung bekommen, sowohl für die betroffenen Bewohner und ihre Gruppen, für die Wohnbevölkerung als auch für die Vertreter der Stadtgewalt. Wie schon bei der Räumung des Kettenhofweges sollte auch bei dieser Räumungsaktion bewiesen werden, daß seitens der Machtausübenden (Verwaltung, Magistrat, Polizei, Ministerien, Banken, Versicherungen und Spekulanten) jedes Aufbegehren unterdrückt werden kann.

Die Zwangsräumung des Hauses Kettenhofweg 51 hat dazu geführt, daß nunmehr seit fast einem Jahr anstelle eines hervorragenden Wohnhauses sich eine Wüstenei befindet. Die Wohnraumzerstörung im gesamten Westend ist vorangetrieben worden: mehr als 50 leere, halbzerstörte, demolierte und verslumte Häuser!

Die Durchführung der Räumung des Bubis-Areals wurde mit militärischem Einsatz der Polizei abgesichert. Betroffen waren außer den Hausbewohnern tausende von Frankfurter Bürgern, die durch die Lahmlegung des gesamten Verkehrs in Ost-West-Richtung nicht zu ihren Arbeitsplätzen kamen. Der aufgebotene technische Apparat und die hermetische Abriegelung eines gesamten Viertels mußte auf die Sympathisanten der Hausbewohner als ungeheure Provokation wirken. Eine verantwortungsbewußte Polizeiführung mußte dies wissen!

Die Einzelausfälle gegen die frühmorgens versammelten Zuschauer bewiesen eine totale Unfähigkeit, verhältnismäßig zu reagieren. Die Form des Eingreifens am Donnerstag nachmittag in der City deutete schon darauf hin, daß Rechtsstaatlichkeit in dieser Stadt außer Kraft gesetzt werden würde. Die wahllosen Massenverhaftungen nach dem Prinzip der Gesichtskontrolle (Bart oder nicht) hatten ein bisher unbekanntes Ausmaß. Nach dieser Auseinandersetzung wäre es die Aufgabe der Polizeiführung gewesen, die zu erwartende Konfrontation am Samstag zu vermeiden.

Die Demonstration am Samstag hatte einen weitgehend friedlichen Verlauf. Von der Demonstrationsleitung wurdedie Einhaltung der Friedlichkeit gefordert und durch Selbstkontrolle innerhalb der Demonstrationsmassen – über 6 000 Menschen – weitgehend gewährleistet. Es ist unverständlich, daß bei dieser Lage vor dem abgerissenen Häuserblock an der Bockenheimer Landstr. kampfmäßig ausgerüstete Kampfgruppen und Wasserwerfer stationiert waren, die bei dem Symbolgehalt des Trümmerhaufens eine Auseinandersetzung provozieren mußten. Es ist davon auszugehen, daß die Polizeiführung dies einkalkulierte, wenn nicht, so ist sie gänzlich unfähig.

Die anschließende Straßenschlacht fand darin ihre Ursache; dies ist durch Zeugen belegt. Das weitere Vorgehen der Polizei, die blindwütige Verfolgung durch die gesamte Stadt, Bockenheim, Unigelände, Kettenhofweg usw., war eine Treibjagd. Der Einsatz in der Innenstadt auf dem überfüllten Faschingsrummelplatz wäre als absurd zu bezeichnen, wenn er nicht derart gemeingefährlich gewesen wäre.

Es soll und darf hiermit nicht verwechselt werden, daß die von Teilen der Demonstranten angewandten Mittel nicht zu rechtfertigen sind, gleichwohl trägt die Verantwortung auch hierfür die Führung der Polizei. Mit Entsetzung muß zur Kenntnis genommen werden, daß der Frankfurter Polizeipräsident, Knut Müller, eine Freigabe des Schußwaffengebrauchs für die Zukunft ankündigt. Es ist festzuhalten, daß von der Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit nicht mehr geredet werden kann. Der Totaleinsatz gegen das Studentenhaus und seine Bewohner machten dies deutlich. Dazu liegt ein Teilprotokoll vor. Ergänzend sei darauf hingewiesen, daß auch u. a. ein 12jähriges Kind (Schwester einer Hausbewohnerin) verhaftet und bis 22 Uhr im Polizeipräsidium festgehalten wurde; ebenso wie eine über 50jährige Mutter einer Heimbewohnerin.

Die Verhaftung aller Bewohner und aller im Hause anwesenden Personen, die Verhinderung jeglichen Rechtsschutzes, die hermetische Abriegelung des ganzen Viertels, der auch alle von Augenzeugen alarmierten Rechtsanwälte zum Opfer fielen, das Einsetzen von Kampfgas in geschlossenen Räumen, die Durchsuchung aller Räume ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl (vier Stunden Zeitdifferenz!), die totale Durchsuchung von mehr als 60 Privatwohnungen, die Ausschaltung der Hausrechtsinhaber (Geschäftsführer der Stiftung Studentenhaus, Grewe), das Aufbrechen des Büros des Studentenwerkgeschäftsführers (zuständig u. a. für die gesamte Ausbildungsförderung) läßt den SPD-Ortsverein Westend daran zweifeln, in welchem Staat die Stadt Frankfurt liegt. Bislang waren derartige Polizeieinsätze, aus Spanien und Griechenland vermeldet, in entsprechenden Resolutionen der SPD verurteilt worden. Demokratie und Rechtsstaat wurden uns bisher immer so dargestellt: „Wenn es morgens an der Tür schellt, kannst du sicher sein, daß es der Milchmann ist." Davon kann man in Frankfurt jetzt nicht mehr ausgehen.

Presseerklärung der Evangelischen Studentengemeinde Frankfurt

Die Ev. Studentengemeinde Frankfurt ist betroffen und bestürzt über die Eskalation der Gewalt, die mit der Räumung der Häuser Bockenheimer Landstr./Schumannstr. und der abermaligen Zerstörung von Wohnraum im Interesse eines Spekulanten ausgelöst wurde. Die Entwicklung, die zu der jetzt eingetretenen Situation führte, war angesichts der Wohnungs- und Bebauungspolitik der letzten Jahre voraussehbar.

12 000 registrierten Wohnungssuchenden und noch mehr in unwürdigen Verhältnissen lebenden ausländischen Arbeitern stehen gegenüber: 7 000 leerstehende, unbezahlbare Luxuswohnungen und etwa 30 000 qm leerstehende Bürofläche.

Die von der Räumung Betroffenen haben in einem Saal des Dietrich-Bonhoeffer-Hauses vorläufig eine notdürftige Unterkunft gefunden. Es kann nicht Aufgabe einer christlichen Gemeinde sein, die obdachlos gewordenen erneut zu vertreiben und auf die Straße zu setzen. Vielmehr fordern wir die verantwortlichen Stellen auf, den ehemaligen Bewohnern der geräumten Häuser umgehend geeigneten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Dies müßte möglich sein mit einem geringen Teil des materiellen Aufwandes, mit dem das Privatinteresse eines Spekulanten durchgesetzt wurde.

gez. Trittelvitz, Schönhals, Ahlheim

Presseerklärung der Gruppen Aktionsgemeinschaft Westend, Aktionsgemeinschaft Innenstadt, Arbeitskreis Bockenheim, Bürgerinitiative Bleichstraße

Zu den Vorgängen Bockenheimer Landstr./Ecke Schumannstr.: Der Abriß von Wohnhäusern zum Zweck der Errichtung von Bürogebäuden erreichte am 21. 2. 1974 eine neue Dimension: zur Durchsetzung seiner Privatinteressen kam einem Bauherrn die Polizei zu Hilfe und riegelte einen Teil des Stadtviertels, eine Hauptverkehrsader und eine der wichtigsten Straßenbahnlinien einen ganzen Tag lang ab. Das Gemeinwohl, dem die staatliche Ordnungsmacht dienen soll, wurde ein Opfer des Privatinteresses.

Nebenbei: Die Kosten für solch einen großen Polizeieinsatz zur Bewachung einer Abbruchbaustelle müssen enorm sein. Hoffentlich werden sie dem Bauherrn in Rechnung gestellt.

Wohnraumzerstörung: Bei Erkenntnis der Unsinnigkeit des Geschehens überkommt den Bürger ein Gefühl des Erschreckens und der Ohnmacht: gut erhaltener und preiswerter Wohnraum – in Citynähe dringend benötigt – wird vernichtet, dafür soll Büroraum in Form eines massigen Turmes (der die Schumannstraße städtebaulich ruiniert) geschaffen werden, der icht benötigt wird, da in Frankfurt ohnehin 300 000 qm Büroflächen leerstehen.

Die Stadt duldet und genehmigt das Bauvorhaben, obwohl sie schon im Jahre 1971 erkannt haben müßte, daß die ganze Entwicklung im Westend verhängnisvoll war. Sie scheute sich aber, für frühere Fehler zu zahlen und brachte sich durch weitere Auflagen und Zusagen immer tiefer in eine Zwangslage. Es wird ein Fehler für viele Jahrzehnte zementiert, statt daß er in der Entstehungsphase bereinigt worden wäre. In großem Maße wird an unseren Städten Raubbau getrieben nach dem Gesetz der verantwortungslosen Profitmaximierung.

Hier hilft auch nicht als Trostpflaster das Argument, daß billiger Ersatzwohnraum durch den Bauherrn geschaffen werden soll. Der „Ersatz" erweist sich bei näherem Hinsehen als Milchmädchenrechnung: Herr Stieglitz wollte in der Altkönigstr. 12–16 sechzig Wohnungen bauen. Hochtief beabsichtigte die Grundstücke für denselben Zweck von Stieglitz zu erwerben. Herr Bubis überbot die Hochtief um 500 000 DM, bekam die Grundstücke und wird nun sechzig Wohnungen errichten, die auch ohne ihn an dieser Stelle gebaut worden wären. Gewonnen ist nur, daß Herr Bubis sich verpflichtet hat, die Wohnungen zunächst zu Mieten des Sozialen Wohnungsbaus zu vermieten.

Rechtsstaat – Instrument der Ausbeutung? Anscheinend ist der Rechtsstaat Herrn Bubis völlig egal: Wo er seine Interessen allein durchsetzen kann, wie im Falle Altkönigstr., scheut er sich nicht, zur Selbstjustiz zu greifen. Wenn er aber dazu nicht in der Lage ist, wie im Fall Bockenheimer Landstr./Schumannstr., beruft er sich auf den Rechtsstaat und holt die Polizei zu Hilfe. Auch hier zeigt sich, daß das Recht als Instrument der Ausbeutung mißbraucht und der vielzitierte Rechtsstaat auch noch hierfür eingespannt wird. Von der Verwirklichung der Sozialbindung des Eigentums an Grund und Boden sind wir offenbar noch weit entfernt. Das Eigentumsrecht eines Einzelnen – das hier Wohnraumzerstörung zur Folge hatte – wird mit unverhältnismäßig großen Mitteln geschützt. Es entspricht so nicht mehr dem gesellschaftlichen Bewußtsein.

Empörung bei der Räumung und dem Abbruch der Häuser zeigte sich nicht nur bei den Sympathisanten des Häuserrats, sondern bei fast allen Bevölkerungsgruppen. Dem nächtlichen Betrachter erschien der Abriß der Häuser fast wie eine öffentliche Hinrichtung mit der entsprechenden Polizeiabsperrung, wobei er sich des Gefühls nicht erwehren konnte, daß ein Unschuldiger hingerichtet wird.

Aktionsgemeinschaft Westend, Frankfurt a. M., Oberlindau 25

Auf Wiedersehen, Herr Schmitt

Wiedersehen!

Prominente steigen für die Glücksspirale in einen Lotus-Rennwagen

Rudi Arndt flog aus der Kurve

Berlin: Hohe Preise winken

Als Rudi Arndt, Frankfurter Oberbürgermeister und Rallyefahrer aus Passion, im dritten Gang in die Spitzkehre raste, verlor er die Kontrolle über den Lotus Formel III und schoß über den grünen Rasen des Hockenheimringes auf die Gegenfahrbahn. Durch diesen gravierenden Fahrfehler handelte sich der OB auf dem BP-Simulator an der Konstablerwache einen weiteren Fehlerpunkt ein und landete schließlich im Prominentenrennen auf einem hinteren Platz. Frankfurter Prominenz von Sport und Politik, in dieser Massierung sonst nur bei Sportpressefesten versammelt, stieg unter Gekicher und guten Ratschlägen nacheinander in den engen Lotus und fuhr zum guten Fußballzweck und für die Glücksspirale drei Runden, die letzte mit Zeitnahme.

Am Dienstag um 10 Uhr eröffnete das Deutsche Organisationskomitee für die Fußballweltmeisterschaft in einem Zelt



Rundschau ↑ 6.3.74

BILD 25.2.74 →

„Chaoten schlimmer als SA und SS"


Oberbürgermeister Rudi Arndt (SPD)

Von WERNER KIRCHNER

Frankfurt, 25. Februar

BILD: Herr Oberbürgermeister Arndt, Frankfurt ist nicht mehr die Metropole der Banken, sondern der blutigen Straßenschlachten, der Brutalität. Haben Sie, hat die SPD-Führung dieser Stadt die Zustände zu lange verharmlost und verniedlicht?

Arndt: „Wir haben es hier nicht mehr mit friedlichen Demonstranten, nicht mehr mit einer protestierenden Jugend zu tun, sondern mit eindeutig verfassungswidrigen Elementen.

BILD: Was sind das für Leute?

Arndt: „Das sind Anarchisten, das sind die Schlägertrupps der Horlemann-Semler-KPD, faschistoide Chaoten, die schlimmer sind als die SA und die SS in der Nazizeit."

BILD: Aber die Jusos und ein Großteil des linken Frankfurter SPD-Vorstandes haben das Vorgehen der Polizei oft mißbilligt.

Arndt: „Auch die Jusos werden nach dem blutigen Wochenende einsehen, daß diese Krawalle nichts mehr mit Demokratie zu tun haben. Und sie wären ganz gut beraten, wenn sie sehr schnell umdenken. Sonst werden sie sich eines Tages in Gefängnissen und Konzentrationslagern wiederfinden."

BILD: Als Sie als Oberbürgermeister von Demonstranten angegriffen wurden, hat Ihre Frau geweint. Aus Angst um Sie?

Arndt: „Nein, sondern weil sie weiß, wie tief mich die politischen Rowdies in meiner Überzeugung getroffen haben. Diese Demonstrationen richten sich doch besonders gegen die SPD."

BILD: Was muß geschehen, damit Frankfurt wieder eine gesunde, eine ruhige und aufstrebende Metropole wird?

Arndt: „Wir werden die Konfrontation mit den Anarchisten dort hart führen, wo sie hart begonnen wird. Aber unsere Polizei wird sich nicht provozieren lassen. Die Angehörigen unserer Sonderkommandos werden auch dann nicht zur Pistole greifen, wenn man sie niederschlägt und verprügelt. Das haben sie mir versichert, weil sie ein Blutvergießen verhindern wollen. Ich glaube, daß damit das oft beschworene Bild von den „miesen Bullen" endgültig aus der Welt ist."



SPIEGEL Gespräch 4. März 1974 Nr. 10

„Die Leute ahnen den Zusammenbruch"

Frankfurts Oberbürgermeister Rudi Arndt über Häuserkampf und Bodenpolitik

SPIEGEL: Sie haben wohl häufig das Gefühl zu experimentieren?

ARNDT: Das Gefühl, daß wir experimentieren, haben wir noch nicht einmal. Sondern wir haben oft das Gefühl: Wir machen jetzt etwas absolut Richtiges, und nach vier oder fünf Jahren stellen wir fest, wir haben etwas absolut Falsches gemacht.

SPIEGEL: Da fragt man sich natürlich, ob Sie Recht haben, wenn Sie immer sagen, Frankfurt sei durchaus regierbar.

ARNDT: Ich mache doch keinen Feldzugsplan, der davon ausgeht, daß ich den Krieg verliere.

SPIEGEL: Wir zitieren Rudi Arndt: „In Hessen haben zahlreiche Leute immer noch nicht begriffen, daß uns in dieser Region das Wasser bis zum Halse steht."

ARNDT: Darum sage ich ja: Wenn der Umland-Verband nicht kommt, dann ist Frankfurt von einem bestimmten Zeitpunkt an nicht mehr regierbar.

SPIEGEL: Wann ist dieser Zeitpunkt?

ARNDT: Ende der siebziger Jahre.

SPIEGEL: Herr Arndt, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Rudi Arndt war gewarnt

BILD ↑ 7.2.74

Rudi Arndt: „In fünf Jahren ist Frankfurt übern Berg"

Überschrift in der Stuttgarter Zeitung

BILD-Interview mit Frankfurts Oberbürgermeister

Von WERNER KIRCHNER

Frankfurt, 7. Februar

Frankfurt gilt als Hauptstadt des Verbrechens. In keiner Stadt wird soviel terrorisiert. Keine Stadt hat soviel Gastarbeiter. BILD fragte Oberbürgermeister Rudi Arndt (46): „Ist diese Stadt noch regierbar."

Arndt: „Diese Stadt zu regieren, ist eine Herausforderung. Aber was Frankfurt jetzt durchmacht, werden alle anderen großen Städte in der Bundesrepublik in den nächsten zehn Jahren durchleiden müssen.

BILD: Die Stadt droht zu einer in der ganzen Bundesrepublik verrufenen Metropole der Gastarbeiterzusammenballung, der Baugruben und der schnellen Geldverdiener zu werden.

Arndt: Gastarbeiter sind hier natürlich mehr als anderswo, weil wir der zentrale Punkt der Bundesrepublik sind. Baugruben, die wir jetzt haben, haben die anderen übernächstes Jahr, und daß hier schnell Geld verdient wird, ist doch im Grunde nicht schlecht."

BILD: Die Uni droht zugrunde zu gehen . . .

Arndt: „Ich bin der Meinung, daß sich die linken Chaoten an der Uni auf dem Rückzug befinden. Wenn die schweigende Mehrheit bei den Wahlen zum AStA (Allgemeiner Studentenausschuß) nur einmal richtig hinlangen würde, würden die Terroristen innerhalb von Tagen von der Uni gejagt.

BILD: Aber gerade diese Leute organisieren fast jeden Samstag Demonstrationen in der Innenstadt.

Arndt: Sie sind nicht mehr ernst zu nehmen. Sie spalten sich sowieso fortwährend in 4, 5 oder sechs feindlich gegenüberstehende Gruppen, die sich gegenseitig sogar die Geldspenden abjagen, die sie aus dunklen Kanälen bekommen. Bei Demonstrationen marschieren sie in feindlichen Blocks. Nur eines vereint sie noch: der Wille, Unordnung zu schaffen.

BILD: Überträgt sich diese chaotische Unordnung nicht auf die ganze Stadt?

Arndt: „Vielleicht. Aber diese Stadt ist gesund. Sie wird in spätestens fünf Jahren mit allen ihren Problemen über den Berg sein."


Rudi Arndt: „Diese Stadt zu regieren, ist eine Herausforderung"

München

Gasteigspital besetzt

Wir waren 200 Leute, Schüler, Lehrlinge, Studenten und Arbeiter. Wir wollten das Haus der Öffentlichkeit zugänglich machen. Um 22.00 Uhr sind wir in das Haus reingegangen. Wir konnten uns alle vom einwandfreien Zustand des Hauses überzeugen — Heizung, Strom, Wasser waren in Ordnung, die Küche ist voll eingerichtet, die sanitären Anlagen sind fast neu. Wir hatten gerade unsere Transparente herausgehängt, auf denen stand: „Das Gasteig stand leer — jetzt nicht mehr!" „STADTTEILZENTRUM" und uns im Speisesaal zur ersten Hausversammlung getroffen, als auch schon die ersten Mannschaftswagen anrückten. An die 1 000 bewaffnete, bis an die Ohren vermummte Polizisten umstellten das Haus und stürmten die Räume. Die Polizisten führten uns einzeln ab und brachten uns in Polizeigefängnis, wo sie uns fotografierten und unsere Fingerabdrücke abnahmen für ihre Verbrecherkartei.

Seit über einem halben Jahr kämpfen wir um ein Zentrum im Gasteigspital. Dieses ehemalig, völlig intakte Altersheim, das seit Mai 1973 leersteht, soll einem Kulturpalast Platz machen, mit dessen Bau frühestens 1976 begonnen wird. Das Gasteig steht in Haidhausen, einem Sanierungsgebiet Münchens





Die Kellerstraße war blau...

Die Kellerstraße war blau, so viel Bullen waren da, und ... es war halb so wild. Wir hatten ein Haus, 150 Zimmer, voll eingerichtet, leer seit einem dreiviertel Jahr, die übliche Sanierungssituation, in einem typisch proletarischen Stadtviertel (ein Kulturpalast soll hin). Es lief dort schon seit einigen Jahren eine Stadtteilarbeit.

Unsere eigene Sitation war ziemlich desorganisiert. Die Zusammenarbeit der einzelnen Gruppen beschränkte sich meist auf gegenseitiges Flugblattverteilen und ähnliches. Dazu lief noch ein Haufen „freischaffender" Genossen in der Gegend herum, die zwar gut informiert und für jede Schandtat bereit waren, sich aberim Chaos der tagtäglichen Kleinarbeit nicht zurechtfinden konnten und wollten.

Das Gerücht von der Besetzung des „Gasteigs", irgendwann im Frühjahr, lief schon ein halbes Jahr durch sämtliche Kneipen und Köpfe und die Erwartung war groß, daß in München endlich auch mal wieder was „anständiges" steigen sollte. So waren sie auch alle da, die Lehrlinge, Schüler, ausländische Arbeiter und der Rest vom Volk. Daß die Bullen dann 150 Leute festnehmen konnten (drei kamen sogar noch in Schwulitäten), lag aber bestimmt nicht am bei uns ausgebrochenen Schwachsinn, sondern allein an der fiesen Hoffnung, die Bullen würden bei uns genauso reagieren, wie in anderen Städten zuvor und erst mal abwarten, dem Stadtrat würde die Muffe gehen, hier mal wieder die alte Polizeistaatskiste auszupacken. War wohl nichts.

Die Organisation, soweit sie als solche bezeichnet werden kann, lief, wohl aufgrund des illegalen Charakters der Aktion, so im geheimen ab: daß zwar alles technisch klar war, bloß nicht funktionierte; daß alles Inhaltliche so konspirativ ablief; daß erst hinterher darüber geredet werden konnte.

Die Besetzung lief auch dann entsprechend ab. Die Genossen schleppten aus allen Ecken Barrikadenmaterial an und kein Mensch wußte, wohin damit. Als dann die Bullen kamen, war die Panik in vollem Gange. Da wurden zuerst Leute angeschissen, die mit Knallkörpern spielten (Bumm) und noch ein paar andere Späßchen veranstalteten, obwohl es den Bullen anzusehen war, daß sie vor uns mehr Schiß hatten, als wir vor ihnen. Dann gab es noch ein schweres Gedrängel um die Frage, wer zuerst zum Erkennungsdienst durfte und ins Polizeigefängnis eingeliefert wird. Hierzu muß man bemerken, daß hier bei vielen Leuten einfach mangels Umgang mit Bullen die Angst vor diesen Typen mit voller Nahkampfausrüstung viel zu groß war. Beim nächsten Mal wird es sicher anders laufen.

Einer, der dabei war

★ Verpasste Gelegenheit

Da gibt's also ein leeres Haus — Gasteig — und da gibts Gruppen, die mit dem Haus was machen wollen. Jusos — Spontis und die Stadträte. Und dieses Haus liegt mitten in der Stadt. 150 Zimmer und ganz leer. Großküche, Scheißhäusel, Strom — alles o. k.

Die Leute im Stadtteil sind ganz schön sauer. Und da gibts also Organisationen, die rasen zum Oberbürgermeister und betteln: „Geben Sie uns doch bitte das Häuschen!" Scheiß Politschwätzer, wir müssen selber was machen.

Es entsteht ein Aktionskomitee. Mit allen anderen Gruppen. Auch wieder Revis und Spontis. Natürlich kamen auch die Parteideppen mit ihrer Stoßrichtungsmacke (KPD). Die wollten sich aber nur mal einen runterschwätzen.

Also Aktionskomitee. Die einen wollen das Haus besetzen, die anderen auch. Die einen militant, die anderen nicht. Dabei ergibt sich die Militanz doch aus der Aktion. Also bloß technisches Geplänkel, ein paar Monate lang.

Ein paar Tage vor der Besetzung erfährt man überall in den Kneipen von Feten, die in verschiedenen Stadtvierteln, Kommunen und Zentren stattfinden sollen. Das hat sich das Aktionskomitee so vorgestellt, daß man halt möglichst viele „Freaks" zur Besetzung auf die Beine bringt. Das lief auch, aber wie. Es wurde z. B. Musik angekündigt (Rockband). Die war gar nicht da. Was sollen wir eigentlich hier? So gegen 10.00 h, als die Abwanderung von den „Feten" schon ziemlich groß war, heißt es plötzlich ... heute wird das Gasteig besetzt ... also, auf ins Gasteig. Jeder schaut halt, daß er irgendwie hinkommt.

Im Haus selbst sind schon ca. 20 Typen (Lehrlinge, Schüler und Altfreaks). Die waren dazu da, die Vorarbeit zu leisten (Transparente mit Parolen anbringen, Türen verbarrikadieren usw.). Das sonst dunkle Haus war erleuchtet.

Das Fest geht weiter — heißt die Parole — im Gasteig. Und so war's auch. Kaum waren alle „Festbesucher" im Haus, fuhren schon die ersten Bullen vor. Jetzt wird's chaotisch.

Je mehr Bullen kommen, umso verfahrener wird die Situation. Einige wollen raus (außer denen, die raus müssen), ein paar wollen diskutieren, viele wollen verhandeln; Bierflaschen fliegen auch.



So, die Bullen sind im Haus. Ums Haus rum stehen sie auch; 500 in voller Ausrüstung. Wir sind noch 160. Jetzt sind wir alle in einem Zimmer. Wir müssen mit den Bullen unseren Abzug verhandeln, sagen da ein paar Typen. Viele denken auch so.

Die Lehrlinge, Schüler und noch ein paar handeln anders. Da fliegt ein Kanonenschlag gegen die Bullen. Parolen werden gebrüllt (so daß die, die auf der Straße, auch wissen, was läuft). Doch die Politschwätzer und Altabwiegler versuchen durch ihre „heißen Sprüche" Leute, die noch unsicher in Sachen Polizei sind, auf eine antimilitante Linie zu bringen.

Das ist ein Zweifrontenkampf. Hinten treten einem die Abwiegler in den Arsch und vorn di Bullen in die Eier. Trotzdem geht das Licht aus. Matratzen, Kanonenschläge, Flugblätter und beinahe auch noch der Einsatzleiter fliegen zum Fenster raus. Dann erst gab es Solidarität.

Zwei Lehrlinge, die dabei waren.


ALSO: MIR ZUM
BEISPIEL MACHEN
HÄUSER-
RÄUMUNGEN
SPASS.


WENN MAN AUF DER
SEITE DES RECHTS
STEHT, KOMMT EINEM
BEIM KNÜPPELN IMMER
SO EIN RICHTIG ANGENEHMER
SCHAUER DEN RÜCKEN
RUNTER.



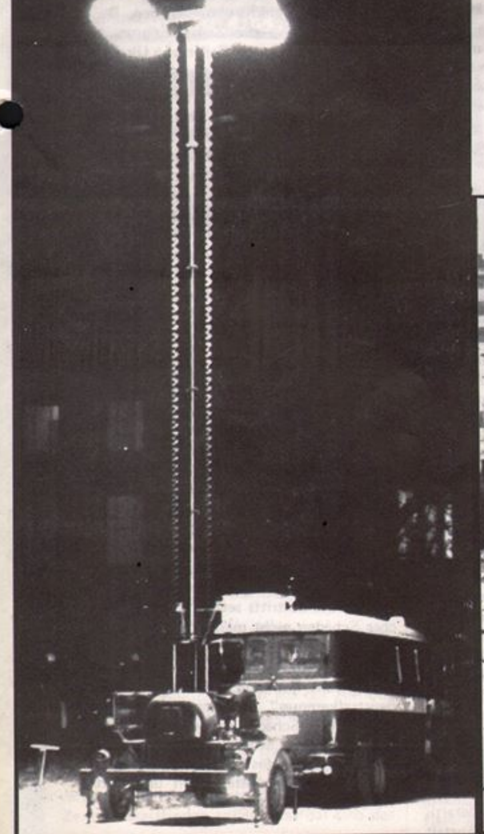
DIESES WARME KRIBBELN IST DAS SCHÖNSTE AN UNSEREM BERUF. DAFÜR STEHT MAN SCHON MAL UM 2 UHR NACHTS AUF UND WARTET 4 STUNDEN IN DER KÄLTE.



DENN SEHEN SIE MAL: ALS MIETER EINER WINZIGEN UND VIEL ZU TEUREN WOHNUNG BLICKE ICH BEREITS AUF 5 EIGENE RAUSWÜRFE ZURÜCK.



ES IST SCHON EIN **VERDAMMTER LUSTGEWINN,** AUCH MAL **ANDERE** RAUSFLIEGEN ZU SEHEN.





10 JAHRE VOR 1984

Es wird weitergefoltert...

„Ich habe im KZ entsetzliche und bestialische Verfolgungen erlebt, aber ich habe eben auch dort erlebt, daß ich in der Gemeinschaft war, ständig mit den Mithäftlingen zusammen, immer mit ihnen gemeinsam in der Abwehr des Unerträglichen, in der Abwehr der stündlichen Todessituation. Und trotzdem ich nicht die geringste Ursache habe, das zu bagatellisieren, was ich im Nazi-KZ erlebt habe, muß ich ehrlicherweise sagen, daß die strenge Isolierung mit all ihren Folgen, mit all diesen Methoden, von denen ich schon sprach, die dazu führt, daß man unmittelbar nur noch auf sich selbst gestellt ist, daß die Realität zur Halluzination und daß die Halluzinationen zur Realität werden, daß sie tatsächlich die schlimmere Folter darstellt als das, was ich im KZ erlebt habe . . .

Nun soll doch einer dieser Herren herkommen und sagen, daß strenge Isolierung keine Folter sei. Wie will er das belegen? Er will es belegen, indem er glaubt, uns auch durch Unterdrückung schrecken zu können. Ich bin aber der Meinung, daß diejenigen, die Solidarität mit den heutigen Opfern zeigen, aufgrund ihrer eigenen Erfahrung immer eins berücksichtigen sollten: Es geht hier nicht um Solidarität schlechthin, es geht hier nicht nur um die unbedingt primären notwendigen humanen Solidaritätsinteressen- und bewegungen für uns. Wir müssen einfach sehen, daß wir alle insgesamt potentielle Opfer neuer Unterdrückungsmethoden werden können, daß, wenn das Fuß faßt, heute als Einzelheit, es morgen zum allgemeinen System werden kann." (Heinz Brand, Redakteur der Gewerkschaftszeitung Metall am 22. 1. 1974 in Hamburg-Wandsbek)



Demonstration in Frankfurt-Preungesheim

Im Bürgerbunker Sindlingen trat das Schwurgericht zusammen und verkündete: Die Angeklagte ist **wegen akuter Lebensgefahr** aus dem Gefängnis zu entlassen, das Verfahren wird vorläufig eingestellt. Noch am 29. 1. 1974 hatte Staatsanwalt Schäfer vorgeschlagen, eine medikamentöse Intensivbehandlung vorzunehmen, um die Angeklagte „eingeschränkt verhandlungsfähig" zu machen. Astrids Anwalt, Professor Preuß erwiderte darauf, er werde als Pflichtverteidiger nicht länger „an diesem Tierversuch" teilnehmen. Erst am 1. Februar gewann das medizinische Gutachten des Internisten



Dr. Schmidt-Voigt, Chefarzt des Kreiskrankenhauses Bad Soden (das schon am 29. 1. 1974 vorlag) für die Staatsanwaltschaft an Überzeugungskraft: sie stellte höchstselbst den Antrag auf Haftentlassung. Schmidt-Voigt hatte vor Gericht erklärt: „Das Bewußtsein, nicht frei zu sein, führe zu einer „Konfliktsituation", die ursächlich für die schwere Krankheit sei. Astrid dürfe „keinen Tag länger" in U-Haft bleiben. Die Verteidigung erklärte hierzu, daß „ein scheinbar großzügiger Antrag" der Staatsanwaltschaft nicht darüber hinwegtäuschen könne, daß der Justizvollzug dieses Ergebnis selber herbeigeführt habe.

Das schriftliche Gutachten Dr. Schmidt-Voigts nennt folgende „Beschwerden" der Gefangenen: „Mattigkeit und allgemeine Abgeschlagenheit, Unwirtlichkeitsgefühl wie ‚eine Mattscheibe vor den Augen', eingenommenes Gefühl im Kopf mit häufiger Steigerung bis zu ausgesprochenen Kopfschmerzen, die vom Hinterkopf bis in die Stirn ausstrahlen. Schulterschmerzen, besonders bei Bewegung des Halses. Schwindel bei längerem Sitzen, besonders bei längerem Stehen oder Wiederaufrichten bei gebückter Haltung mit Schwarzwerden vor den Augen bis zu Ohnmachtsanwandlung." Des weiteren wird u. a. angeführt Appetitmangel, Einschränkung der Konzentrationsfähigkeit „mit der Unfähigkeit, einen Gedanken weiterzuverfolgen oder geordnet wiederzugeben". Phobische Erscheinungen, Platzangst, Kollapsneigung, Erstickungsanfälle. Die Hauptdiagnose lautet: „Hochgradige Blutdruckerniedrigung (Blutdruckhypotonie) mit ausgeprägter pathologischer Anpassungsstörung des peripheren Kreislaufs, insbesondere an aufrechte Körperhaltung (Hypoton-orthostatische Kreislaufregulationsstörung) bei erheblicher Steigerung der vegetativ-symphatikon-nervösen Erregbarkeit (Sympathikotonie) und ausgesprochen vegetativ-nervösem Erschöpfungszustand."

In seiner Stellungnahme zu den notwendigen therapeuthischen Maßnahmen stellt Schmidt-Voigt klar den Zusammenhang zwischen der lebensgefährlichen Erkrankung und der Isolierhaft her: „Die Ursache für die Entwicklung der bei der Patientin bestehenden und sich in der letzten Monaten verstärkt ausbildenden Gesundheitsstörung ist neben einer konstitutionellen Veranlagung vor allem in der durch die Untersuchungshaft in besonderer Weise veränderten Lebenssituation zu suchen."

Deutlich, wenn auch vornehm. Wie sahen die „in besonderer Weise veränderten Lebensbedingungen" bei Astrid Proll aus? Astrid war während ihrer Haft in Köln Ossendorf — wie auch Ulrike Meinhof — im „toten Trakt" untergebracht. Dazu mit selten ausgeprägtem Zynismus der leitende Medizinalrat Götte (JVA Ossendorf): „. . . trifft es nicht zu, daß Frau Proll in einer Zelle untergebracht ist, auf der sie nichts hört. Sie ist extra hierherverlegt worden, damit sie wenigstens durch die Tür am Leben der Anstalt teilnehmen kann. Sie kennt alle Pfleger und mich an Stimme und Schritt! Im übrigen wird sie medikamentös behandelt und lernt neuerdings das autogene Training nach I. H. Schultz."

Daß Astrid nach Frankfurt Preungesheim zum Prozeß in Sindlingen verschubt wurde, wo sie in der U-Haft nicht völlig isoliert wurde (immerhin zog sich über mehrere Sitzungen des Schwurgerichts der Streit hin, ob Astrid zu jedem Termin in einem absolut dichten Gefangenentransportwagen (ohne Fenster, innen mit einem Gitterkäfig) gefahren werden muß), verdankt sie nicht einem Meinungsumschwung der Justiz, sondern konkreten Folterschwierigkeiten. Der Leiter der JVA Köln am 27. März 1973 in einem Schreiben an Staatsanwalt Schäfer: „Bekanntlich ist auch die Untersuchungsgefangene Ulrike Meinhof in der hiesigen Anstalt untergebracht. Wegen des Vorwurfs der ‚Isolation' mußte die Gefangene Meinhof in die Abteilung verlegt werden, in der auch die Untersuchungsgefangene Proll untergebracht ist. Eine andere Art der Unterbringung dieser Gefangenen gibt es in der hiesigen Anstalt nicht. Dieser Umstand hat in den letzten Wochen zu argen Unzuträglichkeiten geführt. Die Versuche der beiden Gefangenen, miteinander in Kontakt zu kommen, gehen soweit, von Zelle zu Zelle (die ca. 20 Meter voneinander entfernt liegen) durch lautes Rufen Gespräche zu führen. Bei jedem Öffnen der Zellentüren versuchen die Gefangenen, über den Flur zu der Zelle der anderen Gefangenen zu laufen . . . Beide Gefangenen haben mich wissen lassen, daß sie ihrer Forderung nach gemeinsamer Unterbringung notfalls mit dem Mittel des Hungerstreiks Nachdruck geben wollen. Daß durch derartige Vorkommnisse die Ordnung in der Anstalt stark beeinträchtigt wird, bedarf keiner näheren Darlegung."

Der Leitende Regierungsdirektor Bücker bittet daher, Astrid Proll in den Landgerichtsbezirk Frankfurt zu verlegen. Da im „toten Trakt" — die Zellen ringsum leer, 20 Meter zwischen den Zellen von Ulrike und Astrid!, Betongitter vor den Fenstern, ähnlich den Sichtblenden von Preungesheim, ansonsten die „Schritte im Korridor", das ist die Isolation, die extreme Herabsetzung der sonsten die „Schritte im Korridor", das ist sensorischen Reizstimuli, das ist die moderne Folter, die „veränderte Lebenssituation", wie Schmidt-Voigt das ausdrückt. In mehr oder weniger ausgeprägter Form bislang nicht nur an Astrid ausgeübt, sondern: nahezu alle, die in Verdacht stehen, zur RAF oder zum SPK gehört zu haben, und darüber hinaus eine Anzahl von Gefangenen, die im Knast begonnen haben, Widerstand zu leisten, sind davon betroffen.

Werner Hoppe, bereits zwei Jahre lang isoliert, in einem selbst für FAZ, Rundschau und Spiegel höchst fragwürdigen Urteil für zehn Jahre in den Knast gebracht, die Revision vom BGH ohne Verhandlung verworfen, wird sogar in einem Beschluß des Landgerichts Hamburg vom 12. Juli 1973, in dem der Einzelhofgang und der Ausschluß von Gemeinschaftsveranstaltungen aufgehoben wird, bescheinigt: „Vor allem ist bei einer Untersuchungshaft von nunmehr zwei Jahren — wie im vorliegenden Fall — die Möglichkeit des Eintritts seelischer und körperlicher Schäden nicht mehr völlig auszuschließen."

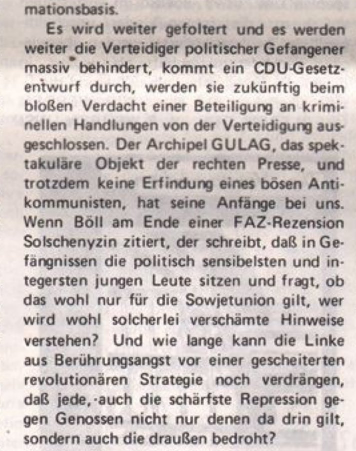
Am 5. September 1973 meint dasselbe Landgericht Hamburg, allerdings eine „Ferienstrafkammer", offenbar die nicht auszuschließenden Schäden wieder hervorrufen zu müssen. Wegen „Störung des gemeinschaftlichen Gottesdienstes" werden Ausschluß von Gemeinschaftsveranstaltungen und Einzelhofgang wieder angeordnet.

... Folter
Dr. Mabuse oder die Forschung des Professor Gross

„Die Bourgeoisie hatte in Frankreich und England politische Macht erobert. Von da an gewann der Klassenkampf, praktisch und theoretisch mehr und mehr ausgesprochene und drohende Formen. Er läutete die Totenglocke der wissenschaftlichen bürgerlichen Ökonomie. Es handelte sich jetzt nicht mehr darum, ob dies oder jenes Theorem wahr sei, sondern ob es dem Kapital nützlich oder schädlich, bequem oder unbequem, polizeiwidrig oder nicht. An die Stelle uneigennütziger Forschung trat bezahlte Korbflechterei, an die Stelle unbefangner wissenschaftlicher Untersuchung das böse Gewissen und die schlechte Absicht der Apologetik." (Marx, Kapital, Nachwort zur 2. Auflage)

Professor Jan Gross ist der Leiter eines Forschungsprojekts am Sonderforschungsbereich 115, Psychosomatik, Klinische Psychologie, Psychotherapie, zum Thema „Psychosomatische, psychodiagnostische und therapeuthische Aspekte der Aggressivität". Hinter dem derart neutralen Titel verbirgt sich die berüchtigte „camera silens" (vgl. WWA Nr. 11), ein schwingungsfrei aufgehängter „Raum im Raum", für den die Forscher in Hamburg keine Versuchspersonen mehr finden, nachdem dort eine Kampagne gelaufen ist. In einem schon 1967 mit Ludwig Svab in der CSSR verfaßten Aufsatz erwähnt Gross den Fall eines englischen Fallschirmspringers, der von den Nazis durch Einzelhaft, Fesselung und Dunkelraum gefoltert wurde. Der Fallschirmjäger berichtet von den Folgen „Weinkrämpfe, schreckliche Träume, Resignation, Apathie und häufigen Selbstmordgedanken". Und er kommt zu einem Schluß wie auch Heinz Brandt: „Obwohl er dann (nach 18 Monaten Einzelhaft) in das berüchtigte KZ Bergen-Belsen überführt wurde, wo er bis Kriegsende blieb, konnte seiner Meinung nach kein Schrecken des KZs mit der Einsamkeit in der Isolation der Einzelhaft verglichen werden." Gross ist sich sehr wohl der Schädigungen bis zur Todesfolge bewußt, die den so Gefolterten drohen. Sein Projekt aber soll etwas besseres gewährleisten: „Unserer Meinung nach kann auch die erhöhte Suggestibilität der Versuchspersonen als eine spezifische Folge der Deprivations Situation angesehen werden, da in dieser Situation ihre Fähigkeit, die umgebende Realität zu tasten, herabgesetzt oder gar blockiert ist. (Goldenberg und Holt.) Dies macht sie in erhöhtem Maße von Informationen, die ihr durch den Experimentator vermittelt werden, abhängig. Diese vorwiegend einseitige Abhängigkeit vom Experimentator ist in der sensoriellen Deprivation ausgeprägter als in anderen experimentellen Situationen . . . "

Was hier in der Forschung Experimentator heißt, heißt in der Praxis Staatsanwaltschaft und Vollzug. Längere Isolation ist schädlich, führt, wie Groß angibt, auch zu zweifelhaften Aussagen, also kurz und total.



Für die Anwendung solcher Erkenntnisse erklärt sich der uneigennützige Forscher natürlich für unzuständig. Recht ist wieder eine andere Wissenschaft. Den Vorwurf der Folterforschung hat er empört zurückgewiesen. Arbeitsteilung und die „Wertfreiheit" wissenschaftlicher Erkenntnis sind seine Legitimationsbasis.

Es wird weiter gefoltert und es werden weiter die Verteidiger politischer Gefangener massiv behindert, kommt ein CDU-Gesetzentwurf durch, werden sie zukünftig beim bloßen Verdacht einer Beteiligung an kriminellen Handlungen von der Verteidigung ausgeschlossen. Der Archipel GULAG, das spektakuläre Objekt der rechten Presse, und trotzdem keine Erfindung eines bösen Antikommunisten, hat seine Anfänge bei uns. Wenn Böll am Ende einer FAZ-Rezension Solschenyzin zitiert, der schreibt, daß in Gefängnissen die politisch sensibelsten und integersten jungen Leute sitzen und fragt, ob das wohl nur für die Sowjetunion gilt, wer wird wohl solcherlei verschämte Hinweise verstehen? Und wie lange kann die Linke aus Berührungsangst vor einer gescheiterten revolutionären Strategie noch verdrängen, daß jede, auch die schärfste Repression gegen Genossen nicht nur denen da drin gilt, sondern auch die draußen bedroht?

Material, das dem Artikel zugrundeliegt, findet sich in folgenden Publikationen: *Kursbuch 32; Folter durch sensorische Deprivation, herausgegeben vom Komitee gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD, Hamburg; Zeitschrift Der Nervenarzt, Heft 1/1969.*

RK-Genossen

Brief einer politischen Gefangenen

Aus der Zeit: 16. 6. 72 – 9. 2. 73:

das Gefühl, es explodiert einem der Kopf (das Gefühl, die Schädeldecke müßte eigentlich zerreißen, abplatzen) –
das Gefühl, es würde einem das Rückenmark ins Hirn gepreßt,
das Gefühl, das Gehirn schrumpelte einem allmählich zusammen, wie Backobst z. B.
das Gefühl, man stünde ununterbrochen, unmerklich, unter Strom, man würde ferngesteuert
das Gefühl, die Assoziationen würden einem weggehackt –
das Gefühl, man pißte sich die Seele aus dem Leib, als wenn man das Wasser nicht halten kann
das Gefühl, die Zelle fährt. Man wacht auf, macht die Augen auf: die Zelle fährt, nachmittags, wenn die Sonne reinscheint, bleibt sie plötzlich stehen. Man kann das Gefühl des Fahrens nicht absetzen.

Man kann nicht erklären, ob man vor Fieber oder vor Kälte zittert
man kann nicht erklären, warum man zittert
man friert.
Um in normaler Lautstärke zu sprechen, Anstrengungen, wie für lautes Sprechen, fast Brüllen
das Gefühl, man verstummt
man kann die Bedeutung von Worten nicht mehr identifizieren, nur noch raten
der Gebrauch von Zischlauten – s, ß, tz, z, sch – ist absolut unerträglich
Wärter, Besuch, Hof erscheinen einem wie aus Zelluloid –
Kopfschmerzen
flashs
Satzbau, Grammatik, Syntax – nicht mehr zu kontrollieren. Beim Schreiben: zwei Zeilen – man kann am Ende der zweiten Zeile den Anfang der ersten nicht behalten
das Gefühl, innerlich auszubrennen
das Gefühl, wenn man sagen würde, was los ist, wenn man das rauslassen würde, das wäre, wie dem anderen kochendes Wasser ins Gesicht zischen, wie z. B. kochendes Tankwasser, das den lebensgefährlich verbrennt, entstellt

Rasende Aggressivität, für die es kein Ventil gibt. Das ist das Schlimmste. Klares Bewußtsein, daß man keine Überlebenschance hat, völliges Scheitern, das zu vermitteln. Besuche hinterlassen nichts. Eine halbe Stunde danach kann man nur noch mechanisch rekonstruieren, ob der Besuch heute oder vorige Woche war.

Einmal in der Woche baden dagegen bedeutet, einen Moment auftauen, erholen hält auch ein paar Stunden an

das Gefühl, Zeit und Raum sind ineinander verschachtelt
das Gefühl, sich in einem Verzerrspiegelraum zu befinden – torkeln

hinterher: fürchterliche Euphorie, daß man was hört – über den akustischen Tag-Nacht-Unterschied –
das Gefühl, daß jetzt die Zeit abfließt, das Gehirn sich wieder ausdehnt, das Rückenmark wieder runtersackt – über Wochen.
das Gefühl, es sei einem die Haut abgezogen worden.

Beim zweiten Mal (21.12.73 - 3.1.74):

Ohrendröhnen. Aufwachen, als würde man verprügelt.
das Gefühl, man man bewege sich in Zeitlupe. Das Gefühl, sich in einem Vakuum zu befinden, als sei man in Blei eingeschlossen.
hinterher: Schock. Als sei einem eine Eisenplatte auf den Kopf gefallen.

Vergleiche, Begriffe, die einem da drin einfallen:
(Psycho) Zerreißwolf –
Raumfahrisoliertrommel, wo den Typen durch die Beschleunigung die Haut plattgedrückt wird –
Kafkas Strafkolonie – der Typ auf dem Nagelbrett
pausenloses Achterbahnfahren.

Zum Radio: Es schafft minimale Entspannung, als wenn man z.B. von Tempo 240 auf 190 runtergeht.

Daß das ganze in einer Zelle stattfindet, die sich äußerlich nicht von anderen Zellen unterscheidet – Radio, Mobiliar, plus Zeitungen, Bücher – ist in seinen Auswirkungen eher Verschärfung: trägt dazu bei, die Verständigung zwischen dem Gefangenen und Personen, die nicht wissen,was Geräuschisolation ist, zu verunmöglichen. Desorientiert auch den Gefangenen. (Daß es weiße, d. h. Lazarettzellen, sind, ist terrorverschärfend, aber erst durch die Stille. Wenn man das durchschaut hat, bemalt man die Wände). Klar, daß man da drin lieber tot wäre.

Peter Milberg, der in Frankfurt-Preungesheim in so einem Ding saß (‚leerstehende Kranken-Abteilung'), hat nachher seinem Richter vorgeworfen, der hätte ‚versucht', ihn umzubringen.

Das stimmt einfach, daß da drin eine ‚Exekution' stattfindet. Das heißt, es findet ein innerer Zersetzungsprozeß statt – wie Substanzen sich in Säure auflösen, den man durch Konzentration auf Widerstand verzögern, aber nicht löschen kann.

Zur Heimtücke gehört die völlige Entpersonalisierung.
Niemand, außer einem selbst, befindet sich in diesem völligen Ausnahmezustand.

Als Mittel/Methode ganz klar zu vergleichen mit dem, was sie z. B. mit den Tupamaros machen: sie in Erregungszustände und Todesqualen reinfixen, kurz vorm Abkratzen Pentothal – das plötzliche Entspannung und Euphorie aufzwingt. Der Gefangene, erwartet man, verliert nun die Selbstkontrolle. Quatscht.

Führungsschicht Politische Gefangene?



Ein Brief aus dem Knast

Seit einiger Zeit findet unter manchen Gruppen, die sich mit Knastarbeit befassen, ein heftiger Streit um die Benutzung des Begriffs **politischer Gefangener** statt. Die spitzfindigsten Definitionen wurden dabei schon produziert.

Wir sind der Auffassung, daß die Falschheit oder Richtigkeit der Parole **politischer Gefangener** nicht durch theoretische Diskussionen, sondern durch die Praxis entschieden wird (siehe Bericht über Hungerstreik-Aktion in Kaisheim in WWA Nr. 12). Für diejenigen, die im Knast politisch arbeiten, ist die Unterscheidung wertlos und hinderlich und wir müssen uns fragen, was für eine Funktion sie heraußen hat: nämlich, daß sich dahinter verbirgt der Anspruch einer selbsternannten Avantgarde. Ein Führungsanspruch, der sich bei manchen Genossen auch bei der Betriebsarbeit zeigt (wie z. B. bei Osram/Berlin, siehe WWA Nr. 11 – dabei gilt die Kritik nicht nur den Fahnenschwingern) entspricht der Vorstellung, Knastarbeit findet statt über eine Führungsschicht, die als **politischer Gefangener** gekennzeichnet ist.

Zum Thema der folgende Knastbrief eines sogenannten **politischen Gefangenen:**
. . . hab vorhin grad eure briefe v. 23. 1. bzw. 25. 1. gelesen. genauso wie werner bin ich recht frustriert von den vielen diskussionen über „politische gef.". ich hab so im september die diskussion mit werner abgebrochen, weil sich unheimlich viel gegenseitige argumente wiederholten, bzw. in neuem gewande auftauchen und sich dann doch als „alte" argumente entpuppten bzw. sehr viel mißverständnisse wechselseitig, und unterstellungen. die ganze sache scheint in tieferen schichten unseres bewußtseins zu lagern, die wir noch nicht auf den begriff gebracht haben. vielleicht bringen wir sie auch erst auf den begriff, wenn wir die auseinandersetzung praktisch führen. das war letztlich auch der grund, warum ich die diskussion mit werner abbrach, weil sie sich von der praxis zu sehr entfernte, und warum ich auch jetzt weiter



Camera silens in Hamburg

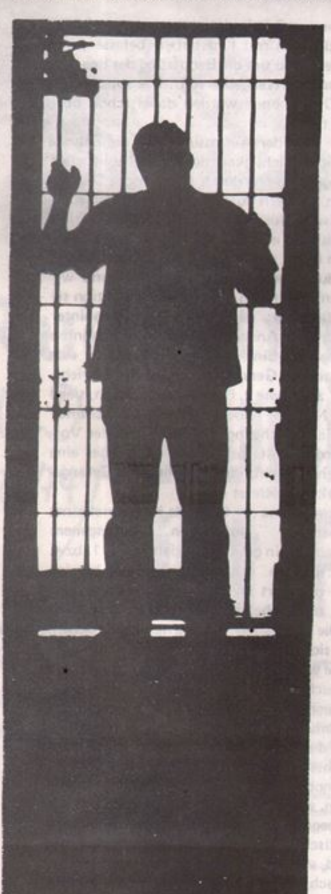
Brief aus dem KNAST

praxis mache, als – dazu bräuchte ich tage – euch zu vermitteln versuche, was ich alles zu den von euch angesprochenen sachen zu sagen habe.

meine praxis geht davon aus, daß die „politischen" draußen wie drinnen im prinzip die proletarische unterdrückung und ausbeutung erfahren, und alles, was ich bisher draußen und drinnen erfahren konnte, hat mir dies bestätigt. diejenigen, die sich – drinnen wie draußen – als avantgarde begreifen (drinnen also politische gefangene – ohne anführungsstrichelchen), machen sich an den für sie sichtbaren erscheinungsformen fest, nicht aber am wesen. was ich im letzten brief geschrieben habe, war ein kleines beispiel dafür: nämlich die behauptung des komitees, die isolierungsmaßnahmen gegen „politische" würden gegen „normale" allenfalls als kurzfristige hausstrafen verhängt. das ist schlicht und einfach falsch, und ich muß mich dann natürlich fragen, wie sich diese leute einfach zu so einer falschen behauptung hinreißen lassen: vor lauter isolierten avantgarde-bäumen sehen sie nicht den wald der systematischen isolation der gefangenen als für den imperialismus notwendiges unterdrückungsmittel gegen das proletariat.



. . . und jetzt zu deiner „materiellen gesinnung der ‚normalen' gefangenen". ERST KOMMT DAS FRESSEN – und dann „das kapital" von karl marx (oder „was tun?" von lenin, oder . . ., oder . . .). unsereins, du, . . . und ich, hatten da nie große probleme in unserer sozialisation. und bis auf die hungerstreiks und die zwei monate einkaufssperre hatte ich bis jetzt im knast auch (nur für mich gerechnet) immer „zucker, kaffee, zigarettenpapier". natürlich steht im kapital von karl marx nicht drin, daß der marx – jedenfalls als er das „kapital" schrieb – nie recht eigentlich proletarische geld- bzw. essen-beschaffungsprobleme gehabt hat. und „was tun? " handelt auch nicht von den monatlichen wechseln seiner mutter, von denen rechtsanwalt lenin zeit seines lebens lebte (die letzten jahre wohl vom funktionärsgehalt, nehme ich an). aber wer darüber redet, wie das proletariat organisiert werden soll, – wer gar sich anheischig macht, die avantgarde dabei sein zu wollen, der sollte auch über diesen „kleinen unterschied" in der situation zum proletariat nachdenken und ihn



bewußt in seine strategie mit einbezienen. mit verlaub: wären die genossen marx und lenin in meiner nachbarzelle untergebracht – wie ich starke raucher, glaube ich bzw. nehmen wir's mal an –, dann würd ich sie auch erstmal um 'ne zigarette anhauen, wenn ich keine hätte, und sie mich gegebenenfalls wahrscheinlich auch: weil rauchende revolutionäre (bzw. ich: rebellen) mit tabak gemütlicher über die weltrevolution quatschen können, als ohne tabak.

die arbeiter in einem betrieb tun recht daran, einen „politischen" nicht nach dem zu beurteilen, was er quatscht (oder besser/unverständlicher quatschen kann als ein „normaler" arbeiter). da kann er lange quatschen . . . entscheidend ist zunächst einmal, was der mann tut: z. b. ob er sich in der täglichen arbeit solidarisch verhält, sich nicht auf kosten der anderen um die arbeit drückt (vielleicht unter dem vorwand, er als avantgarde sei berufen, die „bewußtlosen" arbeiter erstmal aufzuklären – über den kapitalismus, den das proletariat jede sekunde seines lebens als folter gespürt hat und spürt – während ich schon von vielen arbeiterführern gehört habe, die nur mal eben – wenn überhaupt – für ein paar wochen oder monate proletarischen lebens- und arbeitsbedingungen unterworfen waren: z. b. der türke targün/kpd.ao. ford-streiks köln) . . . dasselbe gilt im knast.

wenn jemand im knast ist, möcht er gern wissen, wielange wohl noch, und unter welchem vorwand. deshalb steht in einem haftbefehl der §, nach dem er angeblich sitzt, vorsichtshalber gar nicht (für die, die das juristendeutsch überhaupt lesen können) drin, sondern nur unverständliche nummern und abkürzungen. sind die gefangenen besonders angepaßt/apathisch/kaputt, die sich das erläutern lassen wollen? caritas oder sshk wäre, wenn ein gefangener nem anderen die nagelschere geben würde, und in ihm die illusion erwecken/bzw. nicht bekämpfen, er käme damit aus der kriegsgefangenschaft raus. was das sshk betrifft, übrigens, so kann ich nur sagen, daß die nicht die einzige organisation sind, die sich den einen oder anderen „pol. gef." für ihre zwecke unter den nagel zu reißen versuchen. ich hab ihren illusionären (nicht-mal-)reformismus spätestens anfang letzten jahres kritisiert deutlich, und wenn sie jetzt noch mit mir hausieren gehen, weil sie mir ihre papers schicken – schließlich lese ich auch die sz –, dann seh ich momentan nicht, was ich dagegen machen soll.

es gibt keine „knastarbeit, die sich auf alle gefangenen konzentrieren" kann. aber es geht bei der (grundsatz-)diskussion über „p.g." um den krüppel-sozialismus bzw. -kommunismus, der dadurch entstanden ist, daß man die ausgebeutetsten und unterdrücktesten, das „lumpenproletariat" (nirgends in der welt sind „die politischen" die ausgebeutetsten und unterdrücktesten, sondern eben „das lumpenproletariat", nirgends „die politischen gefangenen", sondern die „normalen kriminellen" – bzw. die unterdrückung der „politischen" besteht immer darin, daß sie wie das „lumpenproletariat", wie „die kriminellen" behandelt und unterdrückt werden sollen: in brasilien (nehmt die morde der todesschwadrone), im flick-siemens-faschismus damals, und auch heute im reform-faschismus, in vietnam, in italien, spanien usw. usw.). ebenso im entfesselten volkskrieg: die frauen-/kinder/„unschuldigen" der proletarierviertel werden überwiegend ermordet massenhaft, als „wasser, in denen die fische schwimmen" – und die fische überleben viel eher: WIR WERDEN ÜBERLEBEN, DENN WIR WEHREN UNS!



die „erscheinungsform" ist z. b. die, daß es überhaupt keine publikationen (außer liberalem/individualistischem gewäsch) über die „folter in den gefängnissen der brd" gibt – zum wesen stoßen wir aber bestimmt nicht, wenn wir unter dem titel: folter in der brd, ein ganzes kursbuch **ausschließlich** „zur situation der pol. gefangenen" füllen. DAS – wirklich!!! – hätten wir amnesty international überlassen sollen.

ich bin nicht bereit, für irgendwelche, „politischen" zwecke meine knastgeschichte a la kpd-ao-sprachregelung umlügen zu lassen: falsch ist, daß ich mit anderen „politischen gefangenen 'nen hungerstreik gegen die isolierung der politischen gemacht habe" (im november 72 ff.). richtig ist: daß ich mit gefangenen den hungerstreik gemacht habe, die weder von der bourgeoisie insgeheim natürlich heutzutage – das ist die ERSCHEINUNGSFORM, genauso ist die ERSCHEINUNGSFORM, daß man von JVA redet – aber die bourgeoisie weiß trotzdem genau, daß wir – für ihre begriffe – politische gefangene sind, und daß die „JVAs" zuchthäuser/gefängnisse sind: die wissen nämlich, was sie tun . . .) noch von irgendeiner marxistischen/leninistischen/sozialistischen/kommunistischen/maoistischen oder wie auch immer-organisation unter den begriff „pg" subsumiert werden können, gegen die über 3jährige isolation eines nicht-pg.

richtig ist, daß ich nach dieser (bzw. während dieser) demnach „unpolitischen" aktion in die „abteilung für vollzugspsychiatrie" kam, wo ich feststellen konnte, daß die 2 1/2 jahre (!!!) vorher dort ein wieder nicht-pg wie ich isoliert worden war. der hatte nicht angeblich 'n paar dutzend pistolen für angebliche ausbrecher bzw. -versuche besorgt, sondern „nur" 3. er ist jetzt im zuchthaus kaisheim, und im november-neuen-forum/wien findet sich ein erfahrungsbericht von ihm über die isolationsschäden. er heißt werner waldhoff. wenn er inzwischen auch ein in eurem sinne „politischer gefangener" geworden ist – was ich annehme, ich habe keinen direkten kontakt zu ihm bisher –, dann, OBWOHL viele „politische gefangene" letztes jahr nur gegen die isolierung der POLITISCHEN gefangenen, und nicht gegen die jahrelange isolierung von gefangenen in den brd-knästen (und damit auch gegen die der politischen, und damit auch gegen ihre eigene isolierung) gekämpft haben.

so long für heute. freiheit für alle (das ist unser ziel) – deshalb jetzt:) ins volksgefängnis mit den ausbeutern und unterdrückern, in die produktion mit ihren helfernshelfern! weg mit dem krieg (deshalb jetzt:) – volkskrieg! . . . ist das keine dialektik?



SOZIALISTISCHE HOCHSCHUL-INITIATIVE (SHI) FRANKFURT

ZUM STREIK AN DER UNI

Nachdem es 300 Studenten der Anfangssemester gelungen war, die unter Bullenschutz stattfindende Engelsvorlesung zu sprengen, reagierte Kantzenbach mit der Aussetzung des Grundstudiums im Fachbereich und Wirtschaftswissenschaften und drohte allen Tutoren, die sich mit den Forderungen der Studenten solidarisierten, mit fristloser Kündigung. Bei der darauffolgenden Uni-Vollversammlung beschlossen 5 000 Studenten, sich solche Maßnahmen nicht gefallen zu lassen und stimmten für einen aktiven unbefristeten Streik.

Die Forderungen des Streiks waren: Freie politische Betätigung, Rede- und Diskussionsfreiheit, Zurücknahme der Strafanzeigen.

Die Inhalte der Diskussionen in den Seminaren und Arbeitsgruppen sollten den Zusammenhang zwischen dem jüngsten Angriff Kantzenbachs auf die Rechte der Studenten der Wirtschaftswissenschaften, den zu erwartenden Reglementierungen auch in den anderen Fachbereichen, dem HRG und dem drohenden Ordnungsrecht herstellen. Die bereits bestehenden Aktionsgruppen und die Fachbereichsplena, die jeden Morgen stattfanden, hatten die Funktion, die Arbeit der verschiedenen Gruppen zu koordinieren und praktische Konsequenzen daraus zu ziehen.

Wie sah es in den Aktions- und Arbeitsgruppen aus? Ausgehend von einer bestimmten Einschätzung der großen Mobilisierung an der Uni – nämlich der, daß eine wichtige Streikmotivation die allgemein beschissene Situation an der Uni ist – d. h. rigide ablaufende Seminare, praxisfernes Studium, ungewisse Berufsperspektiven, rotteten sich einige SHI-Genossen in einem verzweifelten Versuch zusammen und nahmen an den einzelnen Aktionsgruppen und Fachbereichsplena der verschiedenen Fachbereiche teil. Wir versuchten eine inhaltliche Diskussion über den Streik zu initiieren, inhaltlich, das meint: welche Veränderungsmöglichkeiten der Seminarsituation bestehen (Projektstudium), was bedeutet die Parole „Für freie politische Betätigung", wie muß sozialistische Hochschulpolitik aussehen, wie können die subjektiven Erfahrungen, die jeder isoliert semesterlang an der Uni gemacht hat und noch macht, diskutiert werden. Die Möglichkeit für solche Diskussionen waren durch die von KSB und KSV vorgegebenen Strukturen eingeengt. Es gab nur Arbeitsgruppen mit Inhalten, in denen das Monopol der K-Gruppen zum Ausdruck kam, in der Hinsicht, daß nur partei-konforme Meinungen akzeptiert wurden. Z. B. wurde in einer „Lehrer-Berufsperspektiven"-Arbeitsgruppe nicht über die Möglichkeit des Lehrers, mit Kindern und Eltern gemeinsam etwas an der Schule zu verändern, diskutiert, sondern nur darüber, wie der Kampf in den Institutionen zu führen sei und wie man sich am besten dazu organisieren könne. Versuch einer Kritik am Streikverlauf im Fachbereichsplena arteten in Machtkämpfe aus, die entweder durch Totschwätzen oder pauschal mit dem Argument, ihr seid gegen den Streik, ihr seid unpolitisch, von den K-Gruppen gelöst wurde.

Während des Streiks bildete sich eine von allen politischen Gruppen unabhängige „Männer-Frauen"-Gruppe. Die Initiative dazu ging von Frauen eines „Frauen-Emanzipations-Seminars" und eines „Prokop-Seminars" aus. Diese Frauengruppe erarbeitete kollektiv einen VV-Beitrag und ein Flugblatt, das die Kritik artikulierte, die so ziemlich alle an dem Streik empfanden, eine Kritik, die hauptsächlich geübt wurde an den repressiven Verkehrsformen, die während des Streiks weder aufgehoben noch problematisiert wurde. Das Beschränkte an dieser Kritik, was nicht dieser Gruppe anzulasten ist, war die fehlende politische Analyse der im wesentlichen demokratisch und defensiv ausgerichteten Streikparolen.



Die Frauengruppe zum Streik

– Hauptforderungen der Studentenrevolte wie kollektives Lernen und herrschaftsfreie Diskussion sind auch während des Streiks nicht eingelöst worden.

– Ein paar Obertheoretiker dominieren die Gruppen und schaffen so eine unerträgliche Konkurrenzsituation, in der die Alternative ist, entweder selbst ein theoretischer Wasserkopf zu werden, oder aber auszuflippen.

– War die Initiative der K-Gruppen vielleicht die einzige Möglichkeit, den Streik überhaupt auf die Beine zu bringen, so ist jetzt an der Zeit zu überlegen, wie die Masse der Studenten initiativ werden kann.

– Weiter zu kritisieren ist die Art der Informationsverbreitung, die es Unorganisierten nahezu unmöglich macht, auf dem neuesten Informationsstand zu sein. „Man rennt dem Streik hinterher mit der ohnmächtigen Wut im Bauch, nicht dran teilzuhaben und zu Stimmvieh funktionalisiert zu sein."

– Die abstrakten und immer gleichen Phrasen der Gruppen initiieren keine „Politisierung der Massen".

– Wir haben uns vorgenommen, unsere täglichen Erfahrungen nicht einer abstrakten Wissenschaft mit ihrer fast neurotisch anmutenden Berührungsangst zu opfern.

– Drei existierende Formen studentischen Daseins können nicht länger Alternativen für uns sein. 1. Kritikloses Konsumieren und Anwenden von Wissenschaft; 2. zu meinen, es sei schon alles dadurch gewonnen, daß man den Fuß aufs Betriebsgelände setzt, ohne die dort gemachten Erfahrungen an die Uni zurückzuvermitteln; 3. Unterwerfung in Hochschulgruppen, deren Kritik derart allgemein ist und damit natürlich unheimlich radikal sein kann, daß sie zwar den Kapitalismus angreifen, die konkreten Formen, in denen sich der Kapitalismus organisiert, jedoch unangetastet lassen.

Für den nächsten Tag gab die Frauengruppe einen Termin bekannt, an dem alle interessierten Leute teilnehmen konnten. (Es waren ca. 50 bis 60 Leute.) Sie unterteilten sich in verschiedene Arbeitsgruppen, u. a. eine Theatergruppe, die während einer Demo Streikereignisse, z. B. den Polizeieinsatz an der Uni scenisch darstellte. Diese Leute wollen im nächsten Semester gemeinsam Seminare besuchen und in diesen ihre Kritik der bürgerlichen Wissenschaft und den herrschenden Verkehrsformen praktisch werden lassen.

Es war im Streik allen klar, daß sich hinter der abstrakten Streikbereitschaft von mehreren tausend Studenten, die sich (in seit vielen Jahren unbekanntem Umfang) an Vollversammlungen, Demonstrationen und Abstimmungen beteiligten, daß sich hinter dieser Bewegung ein sehr viel tieferes und allgemeineres Unbehagen verbarg, als es sich angesichts von „Einschränkung der Rede- und Diskussionsfreiheit in Lehrveranstaltungen" artikulierte, eine sehr viel weiterreichende Empörung als die über einige Strafanzeigen. Man konnte auch die objektiven Ursachen dafür benennen: daß der noch bis vor kurzem vorgezeichnete, ziemlich bruchlose Weg vom Gymnasium über Abitur, Hochschulstudium, Examen zu einem gesicherten Posten in der akademischen Berufswelt heute nicht mehr so bruchlos ist, daß keine Sicherheit mehr besteht für eine befriedigende Berufs- und Lebensperspektive, daß angesichts dessen die Ideologien und Herrschaftstechniken durchsichtiger werden, daß Aussagen und Vermittlungsformen der bürgerlichen Wissenschaften einfach nicht mehr so ohne weiteres akzeptabel sind: kurz, daß für eine Masse von Studenten keine Identifikationsmöglichkeit mit der studentischen Existenz besteht.

Aber diesem radikalen Unbehagen entsprach keine Radikalität im Streik. Keine der politischen Gruppen war in der Lage, Perspektiven anzudeuten, Forderungen aufzustellen, strategische Diskussionen zu entwickeln und Aktionen vorzuschlagen, für die sich die Studenten auch längerfristig engagieren könnten. Für uns, in den hilflosen Versuchen, dem Streik eine andere Rechtung zu geben, wurde krass deutlich, was wir allerdings schon vorher wußten: es gibt keine Konzeption für „linksradikale" Politik an der Hochschule.

Man kann sich natürlich den Thesen von „Il Manifesto" und André Gorz anschließen und sagen „Zerschlagt die Uni", weil die Uni als von der gesellschaftlichen Produktion abgesonderter Selektionsbereich eh nur eine Ausbildung im Interesse des Kapitals und seines Staates durchführt, woran keinerlei Reformen etwas rütteln. Aber was bedeutet das für die tägliche Praxis von Studenten und Studentengruppen?

Es kann nicht bedeuten, sich auf „Kritik" zu beschränken, Kritik der einzelnen bürgerlichen Wissenschaften, Kritik einzelner Lehrveranstaltungen und Prüfungen, Kritik an der Herrschaftsfunktion der Uni, die sich gleichermaßen in den Inhalten wie in den Formen des Lehr- und Forschungsbetriebes zeigt. Die Kritik kann bestenfalls dazu führen, daß sich eine größere Anzahl von Studenten in Opposition zu ihrem Ausbildungsort stellt, daß in ihrem Bewußtsein der Schleier von Demokratie und Freiheit zerrissen wird – aber wenn es keine **Handlungs**möglichkeiten für die Studenten gibt, keine Vorstellung davon, wie denn Studium und späterer Beruf **anders** aussehen könnten – dann bleibt die Kritik letztlich folgenlos und beläßt die Uni so heil und so kaputt, wie sie jetzt ist.

Ebensowenig kann es heißen, den bürgerlichen Inhalt der Wissenschaften durch „sozialistische Inhalte" zu ersetzen, wie es Parolen wie „Marx an die Uni" oder „Für ein sozialistisches Studium" vorgaukeln. Abgesehen davon, daß es illusionär ist zu meinen, der Staat würde haufenweise Marxisten als Hochschullehrer einstellen (es sei denn, diese „Marxisten" sind dementsprechend), wird dadurch die Uni als Herrschaftsinstitut nicht angekratzt.

illusionär ist zu meinen, der Staat würde haufenweise Marxisten als Hochschullehrer einstellen (es sei denn, diese „Marxisten" sind dementsprechend), wird dadurch die Uni als Herrschaftsinstitut nicht angekratzt.

Ausgangspunkt strategischer Überlegungen zur sozialistischen Politik an der Hochschule muß der **Praxisbezug** von Wissenschaft sein, was dann notwendig über die Uni hinausweist und immer schon die die spätere (Berufs-)praxis von Studenten miteinbezieht. Diese Diskussion wurde bei uns unter dem Begriff des „Projektstudiums" geführt, und erstmals auf mehreren teach-ins in der „Hochschulaktionswoche" kurz vor dem Streik von der SHI vor eine, wenn auch sehr beschränkte, studentische Öffentlichkeit getragen. Es wurde auch versucht, dies anhand eines bereits laufenden Projekts an einer Sonderschule in Frankfurt-Unterliederbach zu veranschaulichen. Im Streik selbst gelang es uns aber nicht, diese Diskussion zu verbreitern und darüber dem Streik eine inhaltlich-politische Richtung zu geben, wenn auch in verschiedenen Streik-Arbeitsgruppen zumindest über das Problem der Berufsperspektive gesprochen wurde und z. B. bei den

Juristen die Vorbereitung eines konkreten Projekts begann.

Zum einen gab es keine Vermittlung zwischen dem Ausgangspunkt des Engelskonflikts (freie Diskussion in Lehrveranstaltungen, keine Strafanzeigen gegen kritisierende Studenten) und dem Komplex Projektstudium, für den wir halt nur sehr allgemeine Thesen aufstellen konnten. Zum andern ist die Planung von Projekten notwendig langfristig und findet schlecht Eingang in hektische zwei oder drei Streikwochen. Wir meinen aber, daß sich hieran die Diskussion um sozialistische Politik an der Uni neu entfalten kann.

Die Diskussion um das Projektstudium versucht, zwei Erfahrungen der früheren Studentenbewegung aufzunehmen: zum einen die Versuche mit Gegen-Unis, wie die Kritische Universität (KU) in Berlin und die Politische Universität (PU) in Frankfurt, zum andern die Erfahrung der Studenten, die etwa seit 1969 der Uni den Rücken kehrten und politische Arbeit in anderen Bereichen begannen.

KU und PU blieben bei der bürgerlich-aufklärerischen Forderung stehen, Wissenschaft müsse intellektuelle Einsicht in gesellschaftliche Zusammenhänge vermitteln, der intellektuellen Emanzipation dienen, könne aber tuellen Emanzipation dienen, könne aber nach wie vor in einem autonomen, von der Produktionssphäre getrennten Bereich betrieben werden. Deutlich wurde diese Losgelöstheit der „politisierten Wissenschaften" vom Lebenszusammenhang und den Aktionsformen der Arbeiter und ihr abstrakt-aufklärerisches Politikverständnis am Beispiel der PU, deren „Seminare speziell für Arbeiter und Angestellte" weder in der Form noch im Inhalt eine Verbindung zu denen herstellen konnten, die eigentlich angesprochen waren. Die alte Scheiße reproduzierte sich gerade im Versuch ihrer Aufhebung. Allgemein herrschte die Illusion der Autonomie der studentischen Veränderungsbestrebungen, gespeist von der zeitweisen Unfähigkeit des Staates, politisch adäquat zu reagieren. Die KU wurde zum Konkurrenzunternehmen zur etablierten Hochschule; ihr Scheitern war in dieser Konkurrenzsituation bereits angelegt. Die Seminare waren eine Zusatzbelastung, juristisch nicht abgesichert, in den universitären Qualifikationsprozeß nicht integriert. Dieser Zusatzbelastung setzten sich die meisten Studenten in dem Moment nicht mehr aus, wo die Anforderungen der bürgerlichen Uni zunahmen.

Die Alternative zu diesem gescheiterten Versuch und zur gescheiterten Hochschulbewegung insgesamt hieß: raus aus der Uni, nur noch formell Student bleiben, kurz vorm Examen schnell das nötige Zeug einbimsen, sein politisches Betätigungsfeld aber im Stadtteil, im Betrieb, in Randgruppenbereichen usf. zu haben und später (sofern man das überhaupt noch will) den akademischen Beruf mehr oder weniger individuell und undiskutiert aufnehmen. Die Uni ist dann allenfalls nur noch Rekrutierungsfeld.

Demgegenüber will das Projektstudium gerade eine Verbindung zwischen der Uni und anderen gesellschaftlichen Bereichen, in denen auf irgendeine Weise bürgerliche Wissenschaften zur Anwendung kommen oder Akademiker Berufsfunktionen wahrnehmen, herstellen, und das bedeutet auch eine Verbindung von „studentischer" und „politischer" Existenz der an dem Projekt Beteiligten. Die Motivation von Studenten nach praktischer Tätigkeit außerhalb der Uni kommt einmal aus dem Bedürfnis, die später in Frage kommende Berufsfunktion als Lehrer, Arzt, Anwalt etc. vorwegnehmend kennenzulernen, sich anders darauf vorzubereiten als es die Uni schon wegen ihrer Abgetrenntheit vermag. Sie kommt zum zweiten aus dem Bedürfnis, das Uni-Ghetto aufzubrechen, sei es, weil man die Grenzen rein hochschulbezogener Kritik und Politik erkannt hat, sei es, weil man sich einfach andere Erfahrungsbereiche erschließen will. Zum dritten kommt sie aus dem Bedürfnis nach **praktischer** Wissenschaftskritik, Konfrontation der an der Uni gelehrten Wissenschaft nichteinfach mit marxistischer Wissenschaft, sondern mit der Erfahrung der konkreten Anwendung dieser Wissenschaft.

Diese Bedürfnisse lassen sich scheinbar ganz gut auch in sozialdemokratische Hochschulreformen einplanen, die eine Effektivierung der Ausbildung auf den Beruf hin, ein „Erfahrungen machen" von Studenten, verstärkte Einführung von Praktika, einphasige Ausbildungskonzepte und eine Veränderung der Einzelwissenschaften hin auf Vermittlung von Handlungs- und Sozialtechniken (und nicht Sinnzusammenhängen) anstrebt.

Auch die reformistischen Bildungsplaner sprechen von „Projektstudium" und beginnen, insbesondere an der Uni Bremen, es zu praktizieren. Der wesentliche Unterschied besteht darin, daß hier „Praxis" als Anschauungsmaterial verwendet wird, selbst aber unverändert bleibt. Berufsrollen und Konfliktbereiche werden nicht hinterfragt, die „Betroffenen" (z. B. Schüler, Patienten, Klienten) sind Objekte des Projekts.

Unsere Überlegungen von Projektarbeit sind hingegen dadurch bestimmt, daß konfliktbezogene Politisierungsprozesse mit eingeleitet werden und die Studenten dabei ihre Qualifikationen einbringen können. Institutionen wie Schule, Krankenhaus, Gericht, Sozialverwaltung etc. sind dann nicht nur Erfahrungsbereiche des Lernens, sondern **gegen** diese Institutionen richtet sich der politische Kampf, in Zusammenarbeit mit denen, die davon unmittelbar betroffen und unterdrückt werden.

Daraus ergeben sich folgende allgemeine Bestimmungsmomente von Projektarbeit:

a) an gesellschaftlich relevanten Konflikten ansetzen, was nicht heißen muß, daß es bereits konkrete Widerstandsmomente bei den Betroffenen gibt; Untersuchungsaufgabe wären auch die Gründe für das Nichtentstehen eines handlungsorientierten Widestandsbewußtseins. Bereiche zu bestimmen versuchen, in denen Bedürfnisse der Subjekte am wenigstens in reformistischer Art befriedigt werden können.

b) interdisziplinär orientiert, aber nicht im Sinne von „fachübergreifenden Zusammenhängen" à la Uni, sondern gemäß der Komplexheit des gesellschaftlichen Bereichs selbst, das heißt z. B., daß in einem Projekt über Einweisung in psychiatrische Anstalten (wie es jetzt vorbereitet wird) Mediziner, Juristen und Psychologen zusammenarbeiten werden, weil die verschiedenen Aspekte auch in der Realität zusammenspielen.

c) Projekt nicht als quasi-privater Freizeitbetrieb, sondern institutionell abgesichert im Hochschulbetrieb. Dies ist (auch wegen der Erfahrung mit der KU) eine zentrale Notwendigkeit, und das geht natürlich nicht problemlos, sondern es wird um die Durchsetzung und Absicherung jedes einzelnen Projekts im Laufe der Zeit Konflikte an den Fachbereichen geben. Im Gegensatz zum Streik, wie er jetzt gelaufen ist, wird man dort konkrete, positive Forderungen aufstellen und die Parole „Für freie politische Betätigung" mit Inhalt füllen können. So könnte die Diskussion um das Projektstudium eine ganz andere Perspektive für den Kampf gegen das Hochschulrahmengesetz zeigen.

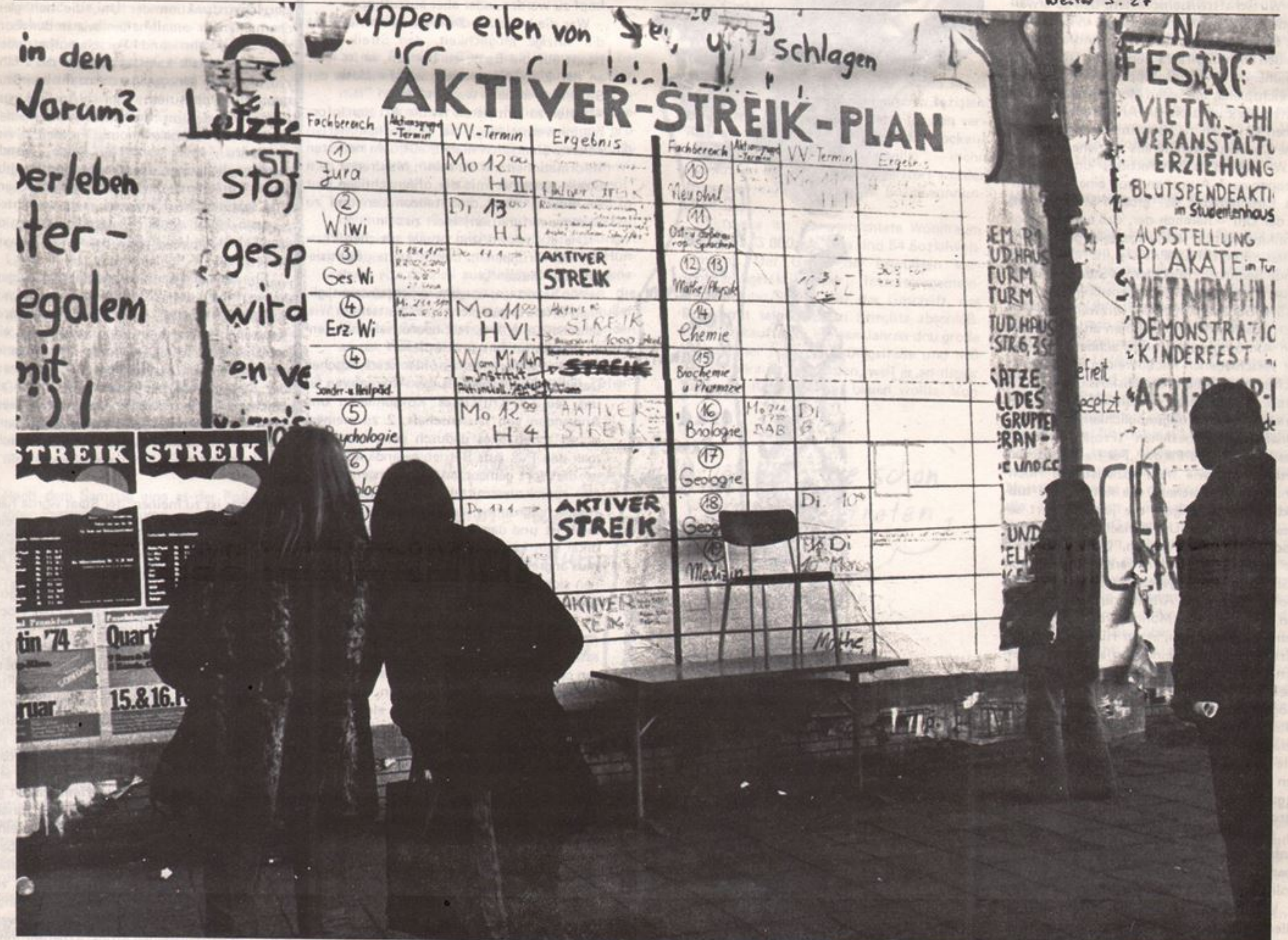
Verhältnis der SHI zum Uni-Streik

Die SHI besteht als Gruppe seit dem Sommersemester '72 an der Frankfurter Uni. Ihre Entstehung ist auf dem Hintergrund der damaligen Situation an der Uni zu sehen, als die Diskussion auf Teach-ins und Vollversammlungen fast einzig durch den damaligen KSV Ffm (jetz KSB) beherrscht wurde. Die Roten Zellen an den Fachbereichen hatten sich entweder aufgelöst oder schlossen sich im KSV zusammen. In dieser Situation fanden sich in der SHI ehemalige KSV-Sympatisanten, Genossen aus den früheren Roten Zellen, bisher Unorganisierte und Genossen des RK, die ihre Erfahrungen aus Betrieben und Stadtteilen an die Uni zurückvermitteln wollten, zusammen, zunächst um überhaupt eine Alternative zu den Parteiaufbauorganisationen an der Uni zu entwickeln.

Die theoretischen Diskussionen auf den Plena der SHI wurden zunächst auf dem Hintergrund der Manifesto-Thesen geführt, nur wurde bald klar, daß die Konsequenz Zerschlagung der bürgerlichen Universität als Selectionsbereich zur Lösung der Nachwuchsprobleme der mit Führungs- und Leitungsfunktionen beauftragten Schichten des bürgerlichen Staates für die politische Arbeit an der Universität zunächst abstrakt bleibt.

Zum andern bildeten sich innerhalb der

weiter S. 27



DIE BRITISCHE KRISE

Denkt daran ★ ohne Theorie keine Revolution ... äh .. rülps

★ Die letzten Ereignisse in Großbritannien zeigen die Existenz einer doppelten Krise auf: eine ökonomische Krise, die im Zusammenbruch der Zahlungsbilanz und im Ende des wirtschaftlichen Wachstums ihren Ausdruck findet, und eine „Autoritätskrise". Mit ihren Versuchen, die Wirtschaft umzugestalten, den Lebensstandard der Arbeiter zu senken und die Vorherrschaft des Kapitals zu sichern, haben sich mehrere aufeinanderfolgende Regierungen unfähig erwiesen, den Widerstand der Arbeiter zu brechen. Diese Krise spiegelt sich auf Betriebsebene wider, wo es dem britischen Management nicht gelingt, Rationalisierungen und technische Veränderungen gegen die Macht der Arbeiter in den Abteilungen durchzusetzen.

Der Ernst der gegenwärtigen Situation wird deutlich durch die Tatsache, daß zum ersten Mal seit dem Beginn des modernen Parlamentarismus in Großbritannien eine Regierung mit einer arbeitsfähigen Mehrheit mitten in ihrer Amtsperiode gezwungen wurde, Neuwahlen auszurufen. Obwohl die gegenwärtige Situation, durch die Einführung der Drei-Tage-Woche usw., von der Regierung manipulativ zugespitzt wurde, spiegelt sie die Notwendigkeit, eine nationale Panik zu schaffen, nur die Panik der herrschenden Klasse wider; Teile dieser herrschenden Klasse sehen als einzig möglichen Weg für den britischen Kapitalismus den Angriff auf die Arbeiterklasse in direkter Konfrontation. Nach dem Sieg von Heath (1970) traten die Teile der herrschenden Klasse in den Vordergrund, die die Konfrontation suchen. Sie bringen die Ernüchterung der kapitalistischen Klasse über die Unfähigkeit der Labour Party, die Gewerkschaften zu zähmen, zum Ausdruck.

Die Spaltung der herrschenden Klasse in drei Interessengruppen macht es für das Kapital als ganzes noch schwieriger, eine einheitliche politische Taktik zu verfolgen. Das großindustrielle Kapital, dessen Macht in den großen Monopolen begründet ist, steht nicht voll hinter der Konfrontationspolitik von Heath. Dieser kürzte die staatliche Hilfe für die Industrie und brachte damit die Unternehmer gegen sich auf, während der „industrial relations act" (Gesetz zur Regelung industriellerBeziehungen — ein Versuch, die Konflikte zwischen Kapital und Arbeit dirigistisch zu lösen) den großen Gesellschaften kaum helfen konnte, militante Aktionen in den Betrieben zu verhindern. Aber die kleinen Kapitalisten, die soziale Basis der Tories, brauchten die staatliche Hilfe bei der Unterdrückung und Integration der Arbeiter und sie begrüßten dieses Gesetz. Diese kleinen Industrien bzw. der Mittelstand sind die Teile des Kapitals, die am meisten von der Inflation getroffen werden — sie können nicht, wie die Monopole, einfach alle Kostensteigerungen in höhere Preise umsetzen. Tausende haben in den letzten vier Jahren bankrott gemacht. Die dritte Interessengruppe ist das Finanzkapital, die City (Londoner Bankenviertel); ihr Hauptinteresse ist die Erhaltung ihrer gesetzlich verbürgten Privilegien als Kontrolleur der Kapitalbewegungen. In den sechziger Jahren gab es zwischen Finanzkapital und Industrie große Differenzen, die aber durch zunehmende Monopolisierung immer mehr verschwimmen.

Der Zwang zu einer Politik der Konfrontation ergab sich aus dem Zusammenbruch der Profite in den 60er Jahren. Zwischen 1964 und 1970 fiel der Anteil der Profite am Nationaleinkommen auf die Hälfte. Das bedeutete weniger Geld für neue Investitionen und einen geringeren Anreiz zu investieren. Daraufhin verfolgten die britischen Kapitalisten eine Politik der Verweigerung wie in Italien. Das Geld wurde in Spekulationsprojekten angelegt, z. B. in Grundstücke im Frankfurter Westend, was einen hohen Gewinn abwarf, aber nichts zum Wachstum der Produktionskapazität in England beitrug. Oder es wurde Kapital in faschistische Länder wie Spanien oderSüdafrika exportiert, wo ein hoher Gewinn garantiert war. Die Folge war ein Rückgang in Qualität und Quantität der industriellen Ausstattung.

Die verstärkte internationale Konkurrenz des britischen Kapitals hatte zur Folge, daß die Erhöhung der Lohnkosten im Inland nicht ohne weiteres auf die Exportpreise abgewälzt werden konnte. Die britischen Kapitalisten gerieten von zwei Seiten unter Druck: einerseits die internationale Konkurrenz und andererseits die Militanz der britischen Arbeiter. Die City, das Finanzkapital, wollte das Pfund nicht abwerten, also blieb als einzige Lösung die Verhinderung von Lohnerhöhungen — 1966 von der Labour Party durch gesetzlichen Lohnstopp verwirklicht. Aber das Einfrieren der Löhne hatte nicht den gewünschten Effekt. Die Lohnforderungen der Arbeiter konnten so nur kurzfristig unterdrückt werden und die Inflation ging nach Beendigung des Lohnstopps weiter.

Obwohl die Profite gedrückt wurden, erhöhten sich die Reallöhne nur sehr langsam. Ein Zuwachs im Staats- und Dienstleistungssektor bewirkte, daß weniger produktive Arbeiter mehr unproduktive Arbeiter unterhalten mußten. Die Folge war ein verzweifelter Versuch, die Produktivität durch Intensivierung der Arbeit,Beschleunigung desArbeitstempos und Produktivitätsabkommen zu erhöhen. Produktivitätsabkommen stellen die Versuche des Managements dar, den Arbeitern ihre gewerkschaftlich erkämpften Kontrollrechte über unmittelbare Arbeitsbedingungen (z. B. Verteilung der Überstunden) durch extreme Lohnerhöhungen, die an den Produktivitätszuwachs gebunden sein sollten, abzukaufen. Zur gleichen Zeit ließ man die Arbeitslosenzahl ansteigen, zum einen um denWiderstandswillen der Arbeiter zu dämpfen, zum anderen, um die Abwanderung zu leistungsfähigeren Industriezweigen zu begünstigen.

Der Widerstand der Arbeiter ★

Aber diese Versuche, den Kapitalismus zu modernisieren, konnten sich gegen den Widerstand der Arbeiter in denAbteilungen nicht durchsetzen. Im Zentrum des Widerstands standen die shop-stewards (Vertrauensleute), deren Stärke auf der Militanz und Solidarität der Arbeiter in ihren Abteilungen beruhte,

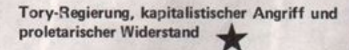


und die sich auf alle Bereiche des täglichen Lebens der Arbeiter in der Fabrik bezog. Zum Beispiel wurde sichergestellt, daß die stewards die Schlüssel zu den Fließbändern hatten, um so die Arbeitsgeschwindigkeit zu kontrollieren. Oder wie bei Ford, wo ein Arbeiter in jeder Schicht die Anzahl der produzierten Wagen überprüfen konnte. Aber diese „Rechte" mußten erkämpft werden, und die Waffe war der blitzschnell losbrechende wilde Streik. Diese Streiks konnten für das Management so verlustreich sein, daß es lieber gleich nachgab, und so konnte auf betrieblicher Ebene viel erreicht werden. Dasselbe gilt für die Lohnkämpfe. Wenn ein neuer Arbeitsplatz eingerichtet wurde, handelte der Steward an Ort und Stelle mit dem Vorarbeiter die Lohnhöhe aus. So wurden lange bürokratische Verhandlungen vermieden. Das Ergebnis war, daß der Steward ein geschickter Unterhändler wurde und für seine Leute gute Abschlüsse tätigen konnte. Die durchschnittliche Lohnrate auf nationaler Ebene blieb zurück hinter den Löhnen in Betrieben, wo die Arbeiter gut organisiert waren. Die Arbeiter widersetzen sich auch erfolgreich den spalterischen Effekten neuer Entlohnungsformen. Wo im Akkord gearbeitet wurde, konnte der shop steward entscheiden, wie hoch ein „vernünftiger Ausstoß" sein sollte. Wenn jemand mehr produzierte, hatte er den zusätzlichen Verdienst in einen Fond zu zahlen, der entweder unter die langsamer Arbeitenden verteilt wurde, oder es wurden davon Zeitungen oder lokale Gewerkschaftsaktivitäten finanziert. Die shop stewards von Ford hatten ein Bankguthaben von ungefähr 30.000 Pfund. Um Überstunden wurde nicht gekämpft, sondern sie wurden je nach den Bedürfnissen der einzelnen Arbeiter von den shop stewards verteilt. Da die Arbeiter die Rationalisierungspläne der Manager durchschauten, waren sie oft in der Lage, sie zu ihren Gunsten auszunutzen. Die Taktik der Unternehmer, durch Produktivitätsabkommen die Kontrollrechte der Arbeiter abzubauen, wurde z. B. so unterlaufen, daß die Arbeiter den Unternehmern gegenüber einfach auf erfundene Rechte und Praktiken verzichteten, so daß ihre reale Kontrolle dadurch nicht vermindert wurde.

Die Labourregierung versuchte dieser Macht entgegenzuwirken und brachte Gesetzentwürfe ein, um wilde Streiks einzudämmen und die Arbeitsbeziehungen zu reformieren. Aber die Gewerkschaften zwangen die Labour Party, die Politik gesetzlicher Kontrolle fallenzulassen, während eine Serie von eintägigen Streiks das Mißfallen der Arbeiterklasse an der eingeschlagenen Politik zum Ausdruck brachte. Die Wirtschaftspolitik der Partei brach zusammen, und das erneuerte Selbstbewußtsein der Arbeiter fand seinen Niederschlag in Lohnerhöhungen, wie sie niemals bisher erkämpft worden waren.

Der Kampf der Arbeiter gegen den Versuch der Labour Party, die industriellen Beziehungen gesetzlich zu regeln, bezeichnete eine neue Periode in der politischen Entwicklung der Arbeiterklasse. Die Tatsache, daß dieser Kampf gegen die Labour Party geführt wurde, an die bis dahin die Erwartungen der Arbeiterklasse geknüpft waren, hatte zur Folge, daß eine linke Bewegung immer mehr an Bedeutung gewann. Linke Gewerkschaftsfunktionäre wurden gewählt und mehr KP-Mitglieder wurden shop stewards. Viele traditionelle Organe der Labour Party wurden unglaubwürdig und verloren das Vertrauen der Basis. Es entstanden neue Organisationsformen, z. B. Gemeinsame Komitees, in denen shop stewards aus den verschiedenen Betrieben großer Gesellschaften zusammenarbeiteten.

Tory-Regierung, kapitalistischer Angriff und proletarischer Widerstand



Aus Abscheu vor der Politik der Labour Party enthielten sich viele Arbeiter bei der Wahl von 1970 der Stimme und erlaubten so den Tories, wieder an die Macht zu kommen. Ihre Politik war, auf der einen Seite die Gewerkschaften unter Kontrolle zu bringen, andererseits das Kapital von Kontrollen zu „befreien". Steuerkürzungen begünstigten die Reichen, während die Sozialleistungen angegriffen wurden. Der Plan war, Leistungsfähigkeit durch Wettbewerb zu schaffen: „lahme Enten" (unrentable Betriebe) sollten kaputtgehen und der Eintritt in die EWG sollte den Handel konkurrenzfähiger machen. Kleine, leistungsschwache Firmen sollten untergehen und von größeren übernommen werden. Massive Arbeitslosigkeit wurde geschaffen, um die Arbeiterklasse zu schwächen. Ende 1971 waren es mehr als 1 Million Arbeitslose.

Die Konservativen führten ihr eigenes industrial relations act ein. Die Absicht dieses



brit. Soldaten besetzen die Gruben

Gesetzes war, die Macht der Arbeiter in der Fabrik zu schwächen. Das bisher auf freiwilliger Basis beruhende System sollte durch Einführung von Arbeitsgerichten und gesetzlich verbindliche Vereinbarungen reguliert werden. Kampfformen wie blacking (Maßnahmen gegen Streikbruch oder Entlastung bestreikter Betriebe), die closed-shops (Betriebe, in die nur Gewerkschaftsmitglieder hineinkommen) und Solidaritätsstreiks wurden zu „unzulässigen industriellen Praktiken" erklärt. Verletzungen dieses Gesetzes waren mit Geld- oder Gefängnisstrafen zu ahnden. Nur Gewerkschaften, die das Gesetz anerkannten, sollten das Recht zu Verhandlungen haben; so sollten die nicht anerkannten shop-steward-Bewegungen von den Verhandlungen ausgeschlossen werden. Streiks sollten nur legal sein, wenn sie im voraus angekündigt wurden und die Gewerkschaftsbürokratie zugestimmt hatte. Die Waffe des spontanen Streiks sollte zerschlagen werden und den Gewerkschaften sollte die Aufgabe zufallen, ihre eigenen Mitglieder zu reglementieren. Wenn schließlich der Staat durch den Streik die „nationalen Interessen" gefährdet sah, konnte er entweder auf einer Urabstimmung bestehen oder verlangen, daß der Streik für zwei Monate aufgeschoben würde. Man wollte eine ähnliche Situation wie in der BRD schaffen.

Was war die Antwort der Arbeiterklasse? Sie führte Abwehrkämpfe gegen die Arbeitslosigkeit, gegen Lohnkürzungen, gegen Betriebsschließungen mit einer Entschlossenheit, die man nie zuvor gekannt hatte. Die Kämpfe waren umso erbitterter, weil versucht wurde zu verteidigen, was an Lebensstandard und Organisation seit dem Krieg erreicht worden war. Bei diesen Kämpfen wurden offensive Taktiken entwickelt, Taktiken, die darauf abzielten, die Widerstandsformen wirkungsvoller zu machen. Die Taktiken der Bergarbeiter im Streik von 1972 haben erfolgreich die Passivität durchbrochen, die ein wesentlicher Bestandteil aller legalen Streiks ist. (Dies hat sich deutlich im letzten ÖTV-Streik gezeigt, wo sich viele Arbeiter die Zeit mit Kartenspielen und Biertrinken vertrieben haben; sie spielten nur eine passive Rolle und dachten nicht daran, die Gewerkschaftsführung zu bedrängen, die daher ungestört ihre Verhandlungen führen konnte.) Die drei bedeutendsten Taktiken waren die fliegenden Streikposten, die massenhaften Streikposten und die Ausnutzung des Staats zur Finanzierung der Streikgelder. Die Bergarbeiter brauchten keine Gewerkschaftsgelder, um den Streik zu finanzieren, sondern bezogen staatliche Gelder über das Wohlfahrtssystem. Das Gesetz sagt, daß „wirtschaftlich Notleidende" Anspruch auf staatliche Unterstützung haben. Aber dies war ein Recht, für das man kämpfen mußte – hier spielten die Frauen der Bergarbeiter eine sehr bedeutende Rolle.

Streikposten

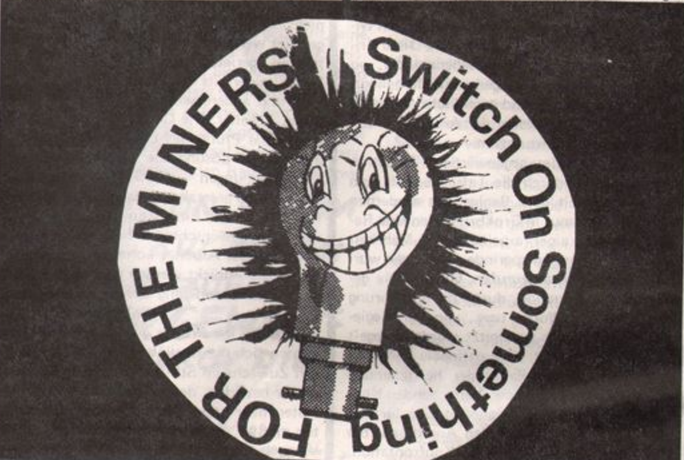
Das Ziel der Bergarbeiter war nicht, die Gruben zu bewachen, wo eh nichts passierte, sondern zu verhindern, daß ausländische Kohle an Land kam und daß Kohle an Kraftwerke geliefert wurde. Bergarbeiter reisten in Städte, die in Reichweite von Häfen und großen Kraftwerken lagen. Diese Initiative fand praktische Solidarität nicht nur bei anderen Gewerkschaftlern, sondern auch bei Studenten, die die Universitäten zu Schlaf-, Essens- und Versammlungszentren machten. Wenn man die Nachricht von den Streikposten an den Docks erhielt, daß ein Schiff mit Kohle angekommen war, fuhren die Bergarbeiter und Studenten zusammen zum Hafen, wo sie normalerweise in sehr kurzer Zeit eine effektive Streikkette bilden konnten. Das war besonders wichtig in kleinen Häfen, wo die Docker nicht immer gewerkschaftlich organisiert waren. Die Auswirkung dieser Taktik war, daß die Macht der Gewerkschaftsführung eingeschränkt wurde. Diese war überhaupt nich in der Lage, eine so bewegliche und schnelle Taktik wie die der fliegenden Streikposten aufzuhalten. Der Spaltungsversuch der Gewerkschaftsführung an der Universität von Essex schlug fehl.

Die Streikposten vor Kraftwerken und Kohledepots nahmen eine andere Form an – die massenhaften Streikposten, die von der Solidarität der anderen Arbeiter abhingen. Die Zahl der Streikposten ging oft in die Tausende. Arbeiter aus anderen Industrien übernahmen tageweise die Streikposten, um die Bergarbeiter zu unterstützen. Die Zahl der Beteiligten verhinderte, daß Kohle aus den Depots heraus- oder in Kraftwerke hineingefahren werden konnte. Die Polizei, die die offizielle Funktion hat, jede „Störung der öffentlichen Ordnung" zu verhindern, war nicht in der Lage einzuschreiten, wo sie es dennoch versuchten, wurden sie heftig zurückgeschlagen wie bei Saltley in Birmingham. Wieder wurde der Gewerkschaftsführung die Macht weggenommen und die Initiative wurde von Arbeitergruppen unmittelbar am Platz der Auseinandersetzung aufgenommen. Diese Aktionen hatten die Wirkung, konstanten Druck auf die Gewerkschaftsführung auszuüben und das höchste Lohnabkommen zu sichern, daß die Bergarbeiter jemals erreicht hatten. Und dies trotz Ausnahmezustand und industrial relations act.

Aus staatlicher Sicht sollten die Streiks ordentlich, höflich und wirkungslos sein. So reagierten die staatlichen Behörden anders, als die fliegenden Streikposten etwas später (1972) während des Bauarbeiterstreiks gebildet wurden. Im Gegensatz zu den Bergleuten haben die Bauarbeiter keine starke gewerkschaftliche Tradition – die Mehrzahl ist nicht in der Gewerkschaft organisiert. Auch sind sie auf den Baustellen, wo sie arbeiten, wirksam isoliert. Daher gibt ihnen die Entwicklung der fliegenden Streikposten ein Mittel in die Hand, diese Isolierung zu überwinden. Die Arbeiter fuhren von Baustelle zu Baustelle und versuchten, den Streik zu organisieren. Aber diesmal wollte der Staat die Konfrontation. 24 Bauarbeiter aus Kleinstädten in North Wales wurden verhaftet und nach Gesetzen aus dem 19. Jahrhundert verurteilt. Sie wurden nur wegen ihrer organisatorischen Schwäche ausgewählt, und weil der Staat richtig kalkulierte, daß er sie so behandeln konnte, ohne massive Solidaritätsstreiks befürchten zu müssen, wie sie im Falle der Docker, deren Freilassung aus dem Gefängnis durch Streiks erzwungen wurde (siehe unten). Das Ergebnis war, daß fünf Bauarbeiter nun Strafen zwischen 6 Monaten und 3 Jahren absitzen. So kann der Staat eine kleine und isolierte Gruppe von Arbeitern auswählen, angreifen und damit eine gesetzliche Regelung von Arbeitskämpfen demonstrativ durchsetzen. Die schwache Antwort der Arbeiterklasse auf diese Urteile zeigt, wie weit



die Entwicklung des Klassenkampfs in bestimmten Industrien den traditionellen Gewerkschaftspolitik eingeschränkt ist, und wie sehr die Arbeiterklasse es versäumt hat, eine allgemeine antikapitalistische Strategie zu entwickeln. Die Kommunistische Partei, die die Unterstützungskampagnen angeführt hat, hat ebenso versäumt, diese Beschränkung zu überwinden.



Aber zwischen den gewerkschaftlich gut organisierten Arbeitern wurde die Klassensolidarität gestärkt. Das deutlichste Beispiel waren die Solidaritätsstreiks, die stattfanden, nachdem fünf Londoner Docker im Sommer 1972 ins Gefängnis geworfen worden waren, weil sie es abgelehnt hatten, vor dem Arbeitsgericht (industrial relations court) zu erscheinen. Die Conservativen versuchten, das industrial relations act anzuwenden und sie erlitten eine Niederlage. Die Einknastung rief eine Streikwelle im ganzen Land hervor. Tausende von Arbeitern gingen auf die Straße vor das Pentonville-Gefängnis in London. Sie trafen sich mit der revolutionären Linken und organisierten Arbeitern gemeinsam so eine Art Straßenfest. Plakate und Flugblätter wurden von der besetzen Bryant-Druckerei gedruckt. Die Leute blieben Tag und Nacht auf der Straße, fünf Tage lang, bis die Regierung kapituliert hatte. Die Docker wurden befreit und das industrial relations act war faktisch außer Kraft gesetzt.

Der Kampf zur Erhaltung des Lebensstandards wurde hauptsächlich in den Fabriken geführt, von Zeit zu Zeit wurde er aber durch Kämpfe in den Städten verstärkt. Die Mietgesetzgebung der Tories, durch die die meisten Mieten erhöht wurden, stieß nur auf gelegentlichen, schwach organisierten Widerstand. Aber in einigen Gegenden verband sich der Widerstand mit betrieblichen Kämpfen wie in Liverpool und Glasgow, wo Mietstreiks durch Proteststreiks in den Docks und in der Maschinenindustrie unterstützt wurden.

Durch die Politik gegen die „lahmen Enten" (unrentable Betriebe) drohte Massenarbeitslosigkeit oft gerade in den Regionen, wo sie ohnehin schon hoch gewesen war. Die Drohung war deutlich: wo die Arbeitskämpfe die Profite schmälerten, würden die Fabriken schließen müssen. Die Arbeiterklasse wurde in eine defensive Position gezwungen. Mit Betriebsschließung wurden Upper Clyde Shipbuilders (UCS) und Maschinenbauwerke im Nordwesten bedroht, ferner Bryants, eine große Londoner Druckerei und Norton-Villiers, eine Motorradfabrik bei Coventry. Daraufhin erfolgten Fabrikbesetzungen („work in"). Diese Besetzungen waren nicht Ausdruck einer bewußten Strategie zur Enteignung des Kapitals, sondern eine defensive Taktik, um die Investition von neuem, sei es staatlichem oder privatem Kapital erzwingen zu können, um Arbeitsplätze zu erhalten.

Bei UCS spielte die Kommunistische Partei eine bedeutende Rolle in der Leitung der Kämpfe, aber für sie war der politische Inhalt der Arbeiterkontrolle sekundär gegenüber der Angst, voraussichtliche potentielle Käufer der Fabrik abzuschrecken. Die Arbeiter sollten zeigen, daß sie diszipliniert und verantwortungsbewußt waren, und jedem potentiellen Käufer sollte eine zuverlässige Belegschaft garantiert werden, wenn die Besetzung vorüber war. Die Widersprüche sind deutlich: um Arbeitsplätze zu retten, muß Kapital investiert werden, um Kapital anzuziehen, muß es durch Vereinbarungen über den Verzicht auf Streiks beruhigt werden – Musterbeispiel ist Marathon, der neue US-Eigentümer von Upper Clyde. Dem politisierenden Prozeß, in dem die Arbeiter ihre Fabriken besetzten und selber führten, folgte der entpolitisierende Prozeß der Garantien, in diesen Fabriken keine weiteren Kämpfe zu führen.

Bei Norton Villiers beschlossen die Arbeiter, die Produktion weiterzuführen und „die Fabrik zu kaufen". Zunächst blockierten sie die Fabrik für neun Monate und verhinderten den Verkauf von fertigen Motorrädern. Die Gesellschaft, die die Fabrik übernommen hatte, war nicht in der Lage, ihr Geld wieder hereinzubekommen und mußte mit den Arbeitern ein Abkommen schließen. Jetzt fordern die Arbeiter, daß sie die Fabrik als Kooperative selber in die Hand nehmen: aber die dern die Arbeiter, daß sie die Fabrik als Kooperative selber in die Hand nehmen:aber die Motorräder müssen zwangsweise von den neuen Eigentümern – Manganese Bronze – verkauft werden. Jedoch könnte der Markt für die Motorräder bereits verlorengegangen sein, und in jedem Fall werden die Arbeiter gezwungen sein, sich gegenseitig zu reglementieren, um eine hohe Produktivität zu sichern.

Die defensiven Fabrikbesetzungen sind offensichtlich voller Widersprüche, aber sie bieten eine Möglichkeit an, für die zukünftige Entwicklung der Arbeiterbewegung; die offensiven Taktiken der fliegenden und der massenhaften Streikposten waren entscheidend für die Entwicklung des Selbstbewußtseins der Arbeiter.

Der Zusammenbruch der Konfrontationspolitik

Nach der Niederlage durch die Bergarter und Docker versuchte die Regierung Zeit zu gewinnen. Sie ließ nach in ihrem Druck und versuchte auf der Grundlage von Lohn- und Preiskontrollen das wirtschaftliche Wachstum zu sichern. Sie hatte den Plan, sich von den Arbeitskämpfen loszukaufen; sie versprach, daß das Wirtschaftswachstum zu Reallohnsteigerungen führen werde, und richtete die Kontrollen so ein, daß die Kapitalisten wieder Profite machten. Zunächst beteiligten sich die Gewerkschaften an dieser

Politik, und die Arbeiter wußten nicht, wie sie auf die Verlagerung der Lohnverhandlungen reagieren sollten, die außerhalb der betrieblichen Ebene ihrer Kontrolle entzogen waren.

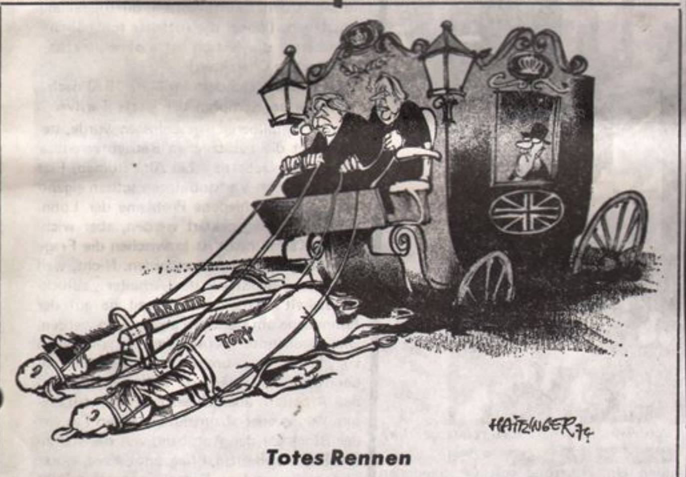
Aber die britische Wirtschaft konnte nicht wachsen. Die Produktion konnte wegen zu geringer Investitionen nicht ausgeweitet werden, die Rohstoffpreise stiegen und die Arbeitskräfte wurden knapp. Der Aufschwung der Weltkonjunktur drückte die Preise noch weiter nach oben. Die Importe stiegen, aber die Exporte konnten dies nicht ausgleichen, so verschuldete sich die britische Wirtschaft immer mehr im Ausland.

Die Inflation zerstörte die Hoffnung, die Löhne eindämmen zu können, denn die Arbeiter sahen ihre Löhne jeden Monat an Wert verlieren. Der verzweifelte Versuch der Kapitalisten, die Profite zu steigern, zwang sie dazu, Kostenerhöhungen in höhere Preise zu verwandeln. Die Arbeiter, denen eine wachsende Last aufgebürdet wurde, verwarfen die Lohnpolitik der Tories. Der Höhepunkt der neuerlichen Auseinandersetzung war der Streik der Bergarbeiter von 1974, wo diese zum zweiten Mal innerhalb von zwei Jahren die Regierungspolitik zum Zusammenbruch brachten.



Zur Wahl 1974

Durch den Widerstand der Bergarbeiter gegen die Einkommenspolitik der Tories war Heath gezwungen, eine Kampagne gegen die Bergarbeiter und auch gegen die streikenden Eisenbahner einzuleiten. Die „rote Gefahr" wurde beschworen, um von den Forderungen der Bergarbeiter und der Einkommenspolitik abzulenken, und um eine Hexenjagd gegen alle kampfbereiten Arbeiter einzuleiten. Dies schlug fehl: die Bergarbeiter machten aus ihrer Überstundenverweigerung einen Vollstreik und Heath setzte Neuwahlen an. Er hoffte, daß ihm eine klare Mehrheit



Totes Rennen

Rückendeckung für jede Unterdrückungsmaßnahme geben würde, z. B. zur Kürzung der Sozialleistung für Streikende, und daß sie seinen Verhandlungen mit den Gewerkschaften einen Hauch von Legalität geben würde. Die wachsende wirtschaftliche Krise würde einen neuen Lohnstopp irgendwann unvermeidlich machen. Bei einer Inflationsrate von 20 % pro Jahr konnte Heath nicht allzulange damit warten.

Aber der Versuch einer Kampagne, um die Nation gegen „subversive Elemente" zu organisieren – „Wer regiert in Großbritannien? " – führte nur zu einer schärferen Polarisierung der Klassen und zu einem unentschiedenen Wahlergebnis. Heath' Taktik war fehlgeschlagen – aber daraus ist keine starke Regierung entstanden. Eine neue Wahl in den nächsten sechs Monaten ist fast sicher. Für die Arbeiterklasse ist die Labour Party als einzig sichtbare Alternative geblieben. Aber es war deutlich, daß die Labour-Stimmen mehr gegen die Tories als positiv für die Labour Party abgegeben worden sind. Die Gewerkschaften hatten die Labour Party stark unterstützt und bei den Lokomotivführern sogar einen Streik abgeblasen, um der Labour Party ein besseres Image zu geben. Anders als Ende der 60er Jahre, als sich die Militanten von der Labourregierung abgewandt hatten und unabhängigere Organe entwickelt hatten, wurde in den letzten drei Jahren von der Militanz der Arbeiterklasse



Streik der Elektr.-Werke

aufgrund der naiven Hoffnung kanalisiert, daß eine Labourregierung gewählt würde, die auf „reale sozialistische Prinzipien verpflichtet" wäre.

Die Krise bleibt jedoch dieselbe. Aber es gibt keine starke parlamentarische Macht, die sie in Angriff nehmen könnte. Die Arbeiterbewegung bleibt trotz vierjährigen Angriffen stark und intakt, wenngleich in einer defensiven Haltung. Woher sollte eine starke Kraft kommen, um das kapitalistische System in Großbritannien zu retten? Eine Möglichkeit wäre die „außerparlamentarische Rechte" – davon gibt es bereits ein Element in der Armee, trainiert in der Bekämpfung von Aufständen in Nordirland. Diese Rechte betrachtet es als ihre Pflicht, die Gesellschaft durch eine militärische Intervention zu retten, wenn die Politiker zu „weich" werden. Ob sich die Arbeiterklasse gegen einen solchen Angriff verteidigen kann, ist nicht klar. Die britische Arbeiterklasse ist theoretisch und organisatorisch zu schlecht ausgerüstet, um gegebenenfalls auf der politischen Ebene zu reagieren. Die Stärke der Arbeiter lag in ihrem Pragmatismus und ihre Macht in lokalen Situationen mit konkreten Zielen. Eine rechte Regierung könnte leicht rassistische Gefühle mobilisieren, als Vorwand, um zum Beispiel Grundrechte abzuschaffen. Andererseits wäre es angesichts der Stärke der Organisationen in Betrieben für eine solche Politik ineffektiv, die gewerkschaftlichen Führungsspitzen einfach zu beseitigen. Aber egal, wer die Regierung bildet, die Arbeiterklasse muß sich auf lange Sicht gegen stärkere Unterdrückung wappnen. ....



Fortsetzung v. S. 24

Streik an der UNI

SHI Untergruppen, die sich relativ zufällig zusammenschlossen, um die eigenen Möglichkeiten zur Realisierung des sog. Bedürfnisansatzes zu diskutieren. Gerade aus dem zufälligen Zusammenschluß dieser Gruppen ergab sich jedoch ihr notwendiges Scheitern und Verkommen zu bloßen Kommunikations- und Theoriezirkeln.



Zweierlei Konsequenzen resultierten aus diesen Diskussionen: Zum einen der Zusammenschluß in einzelne Projektgruppen zum eigenen Studium, zum anderen die breite Diskussion des Konzepts von projektorientierten Studienkollektiven. Das Konzept der sich bildenden Studienkollektive war dabei zunächst lediglich das, durch die gemeinsame Arbeiten einerseits aus der isolierten und individualisierten Situation im Studium auszubrechen und andererseits die Voraussetzung für ein projektiorientiertes Studium zu erarbeiten. Dieses POS sollte eine Alternative zum Einpauken bürgerlicher Lehrinhalte oder bloßen Seminarmarxismus geben und eine Zusammenarbeit von Studenten mehrerer Fachbereiche an einem Projekt erreichen und dadurch den bisher lediglich abstrakten Anspruch der Vermittlung außer- und inneruniversitärer Inhalte bewältigen. Bereits jetzt (etwa Ende des SS '73) zeigte sich jedoch die Unmöglichkeit, eine derartige Konzeption auf den Plena mit Inhalten zu füllen. In Diskussionen zeichneten sich Fraktionierungen ab, die dazu führten, daß einzelne oder auch Gruppen individuell oder fraktionell begannen, sich an bestehende Projekten zu beteiligen bzw. Studienkollektive auf dem Hintergrund der besseren und erträglicheren Organisation des eigenen Studiums zu bilden. Beides mit der mehr oder weniger unausgesprochenen Begründung, man denke nicht daran, monatelang das Konzept eines projektorientierten Studiums zu diskutieren, sondern man wolle jetzt damit beginnen.

In einer sogenannten Hochschulgruppe innerhalb der SHI, deren Mitglieder paradoxerweise nicht im entferntesten daran dachten, sich etwa selbst an Studienkollektiven zu beteiligen, wurde die theoretischen Diskussionen fortgeführt mit dem Ergebnis, daß sich für das POS folgende zentrale Problemstellungen ergaben:

1. Die notwendige finanzielle und juristische Absicherung des POS innerhalb der Universität;
2. Die Schwierigkeit, ein politisch sinnvolles Projekt zu finden, das gleichzeitig die Möglichkeit der Qualitfikation im eigenen Studium bietet;
3. Die Umsetzung theoretischer Aussagen in die Praxis.

Im Sommersemester 73 beteiligte sich die SHI an den Stupa-Wahlen an der Frankfurter Uni, die dann auch „programmgemäß" gewonnen wurden. Ergebnis daraus war dann, daß sechs Genossen in den AStA geschickt wurden. Zuvor war die Beteiligung am ASTA plenar diskutiert und mit der Notwendigkeit begründet worden, einerseits nach dem Zerfall des SHB/SF das Feld nicht den Partei-Aufbauern verschiedenster Couleur überlassen zu wollen, andererseits den AStA und seine Möglichkeiten für die Wohnungskampfbewegung zu nutzen. Die Gefahr individualisierter Aussagen und Aktionen der Genossen im AStA wurde problematisiert und sollte durch eine Beteiligung der ganzen Gruppe an der Arbeit des AStA abgewehrt werden.

Diese Diskussionen, und das zeigte die Situation im Streik krass, finden jedoch nicht in einer Weise statt, daß die Funktionäre im AStA sie zu ihrer Grundlage machen könnten, bzw. daß sie zu einer inhaltlichen Füllung des propagierten Begriffs vom aktiven Streik führen konnten.

Bevor auf der bekannten Campus-VV der Streikbeschluß gefaßt wurde, war die Möglichkeit eines Streiks vom SHI-Plenum aus zwei Gründen verneint worden. Einmal wurde ein studentischer Streik auf dem Hintergrund beispielsweise der Berliner Uni-Streiks gegen den Löffler-Plan generell problematisiert, die Frage, ob ein solcher politischer Streik, der kein materielles Druckmittel wie die Verweigerung der Arbeitskraft darstellen kann, konnte nicht beantwortet werden. Zum zweiten schätzte man die vorhandene Mobilisierung für einen solchen Streik sehr gering ein und wollte nicht den Fehler begehen, mit wenigen die Seminare an der Uni leerzusprengen, ohne eine genügende Basis für derartige Aktionen zu besitzen bzw. ohne eine Alternative zum normalen Lehrbetrieb bieten zu können.

Angesichts der großen vorhandenen Mobilisierung wurde diese Position dann jedoch verworfen und wir schlossen uns der Streikbewegung an. Nachdem die SHI so mehr oder weniger in den Streik hineingestolpert war, zeigten sich in den Diskussionen während des Streiks die entschiedenen Versäumnisse, die dazu führten, daß der Ablauf des Streiks kaum von der SHI als Gruppe bestimmt werden konnte. Zunächst kann hier die Unfähigkeit, sich mit konkreten Vorschlägen zu Aktionen und der Organisation des Streiks zu beteiligen, konstatiert werden. Der Grund dafür liegt einmal im Fehlen einer fachbereichsbezogenen Arbeit, darin, daß man sich nicht mit den Situationen in den einzelnen Fachbereichen auseinandersetze. Zum anderen in einer vor und auch während des Streiks nurmehr voluntaristischen Beteiligung an den stattgefundenen Diskussionen. Das führt dann so weit, daß sich an zwei Plena 100 Genossen beteiligen, von denen aber nur 20 auf beiden anwesend waren. Daß unter derartigen Umständen eine derartige Diskussion bzw. eine Einschätzung der Situation des Streiks, die dann noch in einer politisch sinnvollen Wende des Streiks gipfeln soll, nahezu unmöglich ist, ist klar.

Dies führte dann dazu, daß die Organisation und Inhalte des Streiks zum großen Teil dem KSB und KSV überlassen blieb. Dies drückte sich bereits in den Streikparolen aus und setzte sich fort in den Arbeitsgruppen, Arbeitskreisen und Versammlungen des Streiks. Hier, in einer Situation, wo durch die Verweigerung der Rezeption der bürgerlichen Lehrinhalte die Möglichkeit einer Diskussion über das Konzept des projektorientierten Studiums einerseits und des Widerspruchs zwischen Studienbedingungen und -inhalten und der späteren Berufsperspektive gegeben war, gelang es nicht, die von den K-Gruppen aufgesetzten Diskussionen zur „freien politischen Betätigung", zu „Rede- und Diskussionsfreiheit" zu durchbrechen, bzw. über das Rezipieren des neuerlichen Zuschlagens der Bourgeoisie mit HUG, HRG, Aussperrung von Studenten etc. hinauszukommen. In Plena und VV-Beiträgen wurde zwar immer wieder die Notwendigkeit einer Diskussion über die oben genannten Punkte beschworen, die praktische Umsetzung dieses Anspruchs scheiterte jedoch einerseits an der geringen Beteiligung an den bestehenden Arbeitskreisen, an der Unfähigkeit, eigene Diskussionsformen zu finden, zum anderen wirkte sich das voluntaristische an den Plenardiskussionen so aus, daß man einfach nicht in der Lage war, ein eigenes Konzept zu vertreten. Daraus wurden folgende Konsequenzen gezogen:

1. Die Notwendigkeit einer kontinuierlichen, systematischen Diskussion eines hochschulpolitischen Konzepts;
2. Aufarbeitung des Streiks (Möglichkeiten eines studentischen Streiks, Gründe der anfänglich massenhaften Mobilisierung, Einschätzung der drohenden Einführung des Ordnungsrechts);
3. Aufarbeitung der Geschichte der SHI;
4. Einsicht in die Notwendigkeit einer organisierten Intervention an den Fachbereichen.

ITALIEN

Organisierte Gewalt der Arbeiter als Antwort auf die Krise ★



Faschistische Bluthunde werden von Arbeitern nach Kriegsende gerichtet

Der folgende Artikel ist keine umfassende Einschätzung der italienischen Situation – und keine vollständige Darstellung von proletarischen Angriffsaktionen der letzten Zeit. Er soll nur erste Hinweise geben und dazu dienen, die Diskussion über Organisationsformen, über das Verhältnis von Militanz und Klassensituation auch bei uns etwas weiterzutreiben.

Rom: Von Mitte Januar bis Mitte Februar 3 000 Wohnungen besetzt ★

Am 13. und 14. Februar tauchte diese Zahl in der italienischen Presse auf (nicht zufällig in kleinen Artikeln) – und zwar erst, nachdem 200 Genossen aus APO-Gruppen eine Schlacht gegen die Polizei organisiert hatten, weil diese versuchte, einige Wohnungen zu räumen bzw. vor Neubauten aufzogen, um sie vor weiteren Besetzungen zu sichern.

Wer besetzt? Rom ist eine Stadt mit einem riesigen Gürtel von Barackensiedlungen, bewohnt von Zuwanderern aus dem Süden, für die es weder Geld, noch Arbeit, nur Elend gibt. Es schein so zu sein, daß vor allem Leute aus diesen Barackenstädten an den Besetzungen beteiligt sind.

Was für Häuser werden besetzt? Neubauten, und zwar durchaus auch Sozialwohnungen. Es ist nämlich so, daß das Zuweisungssystem ähnlich wie bei uns über Beziehungen und bestimmte Kontrollmechanismen funktioniert und daß viele Leute auch für diese Wohnungen nicht die Miete zahlen könnten. Diesen Kontroll- und Spaltungsmechanismus beginnen die Barackenbewohner jetzt zu durchbrechen, besser gesagt: mit 3 000 Besetzungen haben sie ihn bereits durchbrochen. Und sie meinens weiter ernst: In den Zeitungen steht, noch mehr als 4 000 Wohnungen seien in Gefahr, besetzt zu werden – was auch Aufschluß gibt über die Gesamtzahl leerstehender Wohnungen in einer Stadt mit solcher Wohnungsnot.

Wie reagieren die Herrschenden? Aus den Meldunge ist nicht klar zu entnehmen, wieviele Wohnungen tatsächlich dauerhaft besetzt wurden. Es scheint aber so zu sein, daß es in vielen Fällen möglich gewesen ist, in den Wohnungen zu bleiben. Wahrscheinlich ist die Polizei (noch) gar nicht in der Lage, gegen ein derartiges massenhaftes Phänomen überall vorzugehen.

Andererseits haben die Bauunternehmer über 1 500 Arbeiter wegen der Besetzungen entlassen, d. h. sie weigern sich, die Gebäude fertigzustellen. Außerdem wird über die Presse eine Spaltungskampagne zwischen den „rechtmäßigen" Bewohnern und den Besetzern geführt – wo es wohl auch zu vereinzelten Konflikten gekommen ist.

Wie sind die Besetzer organisiert? Die Zeitungen reden von militärisch organisierten Besetzertrupps. Klar scheint zu sein, daß die Familien Unterstützung von verschiedenen linken Initiativen erhalten, daß aber die Bewegung insgesamt autonom und auch dezentral verläuft.

Was bedeutet diese Entwicklung? Vor allem eines: die Leute sind nicht mehr bereit, den gesellschaftlichen Reichtum, die gesellschaftlichen Möglichkeiten vor ihrer Nase zu sehen und sich mit ihrer Situation abzufinden. Wie auch die Forderung nach garantiertem Lohn für alle, ob Arbeiter oder nicht, so ist diese Besetzungsbewegung Ausdruck einer Perspektive, die sich unter den Arbeitern langsam herausbildet und die sich mit dem Begriff der „Aneignung" bezeichnen läßt.

Die Tendenz zu einer solchen Haltung, die die eigenen Rechte vor die Profitargumente von Unternehmern und Staat setzt, zeigt sich weiter auch in den italienischen Fabriken. Hier wurde anhand der „Ölkrise", wie bei uns, versucht, durch Kurzarbeit, Entlassungen und Arbeitsintensivierung Angst unter den Arbeitern zu erzeugen. Während zunächst nicht klar war, ob dieses Manöver gelingen würde, hat sich inzwischen gezeigt: die italienischen Arbeiter reagieren nicht auf Parolen wie „Nur wenn die Profite garantiert sind, geht es auch euch gut". Sie führen vielmehr ihren Kampf um Lohnerhöhungen und gegen Produktivitätssteigerungen mit größerer Entschlossenheit als zuvor, mit Formen, die erste Keime des gesellschaftlichen Machtkampfs in sich tragen.

Alfa Romeo: Arbeiter sperren die Autobahn Mailand-Turin ★

In der Woche vom 18. bis 22. Februar geschah dies gleich zweimal. Das erste Mal eine halbe Stunde, das nächste Mal zwei Stunden lang. Eine Sperrung dieser zentralen Autoachse bedeutet nicht nur kilometerlange Autoschlangen, sondern die Lähmung eines Lebensnervs des Landes. Kein Wunder, daß beim zweiten Mal die Gewerkschaftsfunktionäre gemeinsam mit der Polizei auftraten und die Arbeiter aufforderten, die Blockade einzustellen. (Wobei die Arbeiter schließlich nachgaben – die Aktion hatte ohnehin eher symbolischen Charakter.)

Der Anlaß: Nachdem im März 1973 nach langen harten Kämpfen der letzte Tarifvertrag im Metallbereich geschlossen wurde, stehen jetzt die zusätzlichen Betriebsvereinbarungen zur Debatte - bei Alfa Romeo, Fiat usw. In diesen Verhandlungen sollten eigentlich auch verschiedene Probleme der Lohneinstufung usw. geklärt werden, aber wichtigster Kampfinhalt ist inzwischen die Frage von Lohnerhöhungen geworden. Nicht, weil sich das Bewußtsein der Arbeiter „zurückentwickelt" hat, sondern weil sie auf der Lohnebene am stärksten angegriffen werden. Die sogenannte „Krise" bewirkt in Italien vor allem eine ungeheure Preisexplosion, denn die Unternehmer sind entschlossen, den Arbeitern alle „Zugeständnisse" auf diesem Weg wieder abzunehmen. Einen Tag vor der Blockade der Autobahn war der staatliche Preis für Benzin, Pflanzenöl, Käse, Wurst und einige andere Dinge drastisch erhöht worden – für die Arbeiter bedeuten allein diese Erhöhungen eine Reallohnkürzung von 8 %. Ihre Aktion auf der Autobahn, die der Forderung nach mehr Lohn galt, richtete sich also auch direkt gegen den Staat, gegen alle Unternehmer, gegen die Erpressung durch die Inflation. (Gegen die Preis- und Verknappungspolitik werden im übrigen nicht nur Forderungen aufgestellt, so wie dies die Gewerkschaften tun. Es kam z. B. auch zu Überfällen auf Tanklaster, bei denen das Benzin bzw. Heizöl nachher verteilt wurde. Geschäfte, die mit Heizöl handeln, stehen unter Polizeibewachung.)

Fiat: Von der spontanen zur organisierten Gewalt ★

Am 13. Februar berichtet der „Corriere della Sera" (Italiens größte Unternehmerzeitung), bei Fiat seien bei einem Umzug in der Fabrik 10 Arbeiter und Angestellte, die sich an dem Streik nicht beteiligt hatten, von maskierten Kommandos angegriffen und krankenhausreif geschlagen worden. (Anlaß des Streiks sind auch bei Fiat die Verhandlungen über die Betriebsvereinbarungen bzw. die Härte der Unternehmer, die zum Abbruch der Verhandlungen geführt hatten.) Der „Corriere" berichtet weiter, es seien mehrere Meister in der Montage bedroht und angegrif-

fen worden, daß die Fiat in diesem Bereich die Arbeit einstellen lassen „mußte".

Bemerkenswert ist zunächst einmal die Reaktion der Metallgewerkschaften auf diese Aktionen der Arbeiter. Sie gaben sofort eine Stellungnahme heraus, in der es heißt: „. . . der fabrikinterne Streik und Umzüge in der Fabrik sind das zentrale Element der Kampfformen, die wir anwenden wollen . . . **aber wir dürfen nicht zulassen, daß einige maskierte Individuen diese Kampfformen in Schlägeraktionen umwandeln, die sich gegen andere Arbeiter richten. Diese maskierten Individuen, die sich maskieren, weil sie nicht den Mut haben, sich zu ihren eigenen Aktionen zu bekennen, die Gewalt anwenden, weil sie nicht zu überzeugen verstehen**, die nicht bereit sind, sich in der Diskussion mit Streikbrechern auseinanderzusetzen und sie zu überreden, am gemeinsamen gewerkschaftlichen Kampf teilzunehmen, **werden wir schnellstens isolieren . . .**"

Diese Begründung der Gewerkschaften, auch bei uns vorstellbar, ist umso absurder in einer Situation, wo durch jahrelange fast tägliche Kampferfahrung die Polarisierung unter den Arbeitern so weit fortgeschritten ist, daß klar ist: wer nicht auf der einen Seite steht, steht auf der anderen. Das Neue an der Entwicklung, die seit Herbst 1972 eingesetzt hat, ist eben, daß die Fiat-Arbeiter es allmählich verstehen, sich wirksam gegen die zu organisieren, die auf der anderen Seite stehen, ob Streikbrecher, Meister oder Vorarbeiter. Kurz, daß es gelingt, die Machtverhältnisse in der Fabrik in Frage zu stellen, die Kontrolle teilweise lahmzulegen. Und entscheidend ist ferner, daß der Angriff auf diese Kontrollinstanzen Teil der Massenkämpfe zu werden beginnt, und zwar in einer Form, die die Angreifer schützt: nämlich maskiert, mit Schlagwaffen ausgerüstet. Von isolierter Minderheit kann dabei nicht die Rede sein — sie wäre in einem Umzug von den anderen Arbeitern leicht zu isolieren und abzudrängen, stände nicht die Mehrheit hinter der Vorgehensweise.

Solche Aktionsformen fallen bei Fiat nicht vom Himmel. **Sie sind gewachsen in den Massenkämpfen seit 1969 — und in der Auseinandersetzung mit militärischen Aktionen, wie sie die „Roten Brigaden" und andere seit einiger Zeit bei Fiat durchgeführt haben.** Nie waren dås beliebige Aktionen, sondern solche, die sich gegen Exponenten des betrieblichen Despotismus richteten, häufig gegen organisierte Faschisten, die in der Regel als Spitzel fungieren. Seit Herbst 1972 wurden 20, 30, 40 Autos von bekannten Arbeiterfeinden in die Luft gejagt (leere Autos) — und diese Aktionen auf Flugblättern vermittelt, wobei immer genau angegeben wurde, was sich der Betreffende hatte zuschulden kommen lassen. Es wurden viele Spitzel, Meister und besonders Schweine daheim oder im Betrieb, verprügelt, oft krankenhausreif geschlagen. Auch diese Strafaktionen wurden auf Flugblättern bekannt gemacht. Während solche Aktionen zuerst wahrscheinlich nur von ganz bestimmten kleinen Gruppen durchgeführt wurden, setzten sie sich später (vor allem, als es im April '73 auf die Besetzung von Fiat zuging) schon eher massenhaft durch, wobei massenhaft natürlich nicht bedeutet, daß keine Klandestinität gewahrt blieb. Und wie wir sehen, hat sich diese Tendenz durch das Spiel mit Entlassungen und Kurzarbeit bei Fiat nicht umkehren lassen: wieder finden massenhaft solche Aktionen statt, werden diese militärischen Erfahrungen vertieft.

Der Versuch der Fiat, die Krise gegen die Arbeiter einzusetzen, wurde kurz vor Weihnachten zum ersten Mal durch eine spektakuläre Aktion beantwortet, die dazu beitrug, die Kampfstimmung der Arbeiter zumindest nicht abebben zu lassen:

Die Entführung des Personalchefs Amerio

Fiat hatte für Weihnachten Kurzarbeit angekündigt und meinte, in der allgemeinen Krisenstimmung könnte dieses Manöver durchgehen. Die „Roten Brigarden" schrieben damals, kurz nach der Entführung: **„Wenn die Angst sich erst einmal unter den Massen breitmacht, dann hat der Unternehmer schon den halben Krieg gewonnen."** Darum geht es bei der „Wirtschaftskrise", die wir im Moment erleben." Als erste Aktion gegen solche Panikmache wurde Amerio entführt — der mitverantwortlich ist für das Spitzelsystem der Faschisten und insgesamt den Anti-Arbeiter-Terror der Firma mitverkörpert.

Als Bedingung für seine Entlassung wurden von den Roten Brigaden drei Punkte formuliert: Wir zitieren aus dem Flugblatt, das einige Tage nach der Entführung verteilt wurde: „Die Dauer der Gefangenschaft dieses Anti-Arbeiter-Terroristen hängt von drei Faktoren ab:

1. **Davon, ob die Fiat ihre Manöver gegen die Arbeiter, wie z. B. die Kurzarbeit, weiter durchführt** — wobei sie zum Anlaß . . . die „Krise" nimmt . . . .
2. Vom Verlauf der Befragung, durch die wir verschiedene Dinge klären wollen, nämlich:
— die faschistische Politik, die die Fiat seit den Tarifverhandlungen (März 1973) gegen die autonomen Avantgarden, die Arbeiterorganisation in der Fabrik und die Kampfformen der Arbeiter anwendet.
— die Frage der Entlassungen, die terroristisch eingesetzt werden, um den Widerstand der Arbeiter gegen die ständige Arbeitsintensivierung zu brechen. Herr Amerio wird uns über Qualität und Quantität dieses Angriffs aufklären müssen, dem allein in den letzten Monaten über 250 Avantgarden in der Fabrik zum Opfer gefallen sind.
— die Organisation des Spitzelsystems der Fiat . . .
— die durch die Faschisten kontrollierte Einstellungspolitik . . .
3. Von der Richtigkeit und Vollständigkeit der Informationen, die über diese Aktion und über unsere Organisation allgemein von den Agnellizeitungen verbreitet werden."

Die Forderungen wurden weitgehend erfüllt: Fiat ließ über Weihnachten nicht kurzarbeiten, sondern gab bezahlten Urlaub!!!

Amerios Aussagen über das Spitzelsystem waren sicher ebenfalls sehr informativ — sie sind für die Arbeiter von unschätzbarem Wert. Wo die Organisationsstruktur des Gegners auch personell erst einmal offenliegt, kann man ihn leichter treffen. Die Geschichte der Fiat in den letzten 1 1/2 Jahren ist eben nicht zuletzt eine Geschichte von Prügeln, die Vorarbeiter und Spitzel bezogen haben, usw. — d. h. der Verunsicherung aller Kontrollinstanzen.

Zur dritten Forderung, der nach Information in den Zeitungen, ist zu sagen: große bürgerliche Blätter wie die „Corriere della Sera" druckten z. B. fast das ganze Flugblatt und blieben im Tenor ihrer Berichte relativ zurückhaltend.

Die Ausbreitung von Kommandoaktionen

Die Entführung Amerios war nicht die erste solche Aktion. Z. B. war schon im Frühjahr 1973 bei Fiat ein verantwortlicher Faschist namens Labate zwei Tage entführt und befragt worden. (Bei der Entlassung wurde er am Fabriktor festgebunden und erst nach einer halben Stunde von der Polizei befreit: die Arbeiter ließen ihn stehen, rasiert wie er war.)

Dieser Typ von Aktion, der Angriff auf die Kontrollinstanzen, hat in vielen Betrieben zu einer Verunsicherung der Herrschenden geführt: es heißt, bestimmte Manager gehen nur noch mit Polizeibegleitung aus dem Haus. Das Kapital empfindet diese Situation durchaus als bedrohlich. Hier Ausschnitte aus einem Artikel im Handelsblatt vom 29. 1. 1974 zu diesem Thema:

Italiens Manager brauchen heute robuste Schädel

HANDELSBLATT, Montag, 28. 1. 1974

MAILAND. Als der Personalchef des Pirelli-Hauptwerkes in Mailand, Antonio Busti, morgens kurz nach 7 Uhr sein Auto aus der Garage holen wollte, schlugen ihn vier junge Männer mit Stangen auf den Schädel. Im Krankenhaus erfuhr der 51jährige Direktor später, wem er diese Sonderbehandlung zu verdanken hatte: „Wir sind die roten Brigaden. Wir haben den Personalchef von Pirelli verprügelt. Dies ist unsere erste Warnung an die Verbrecher bei Pirelli. Eine zweite wird folgen." So hatte inzwischen ein Unbekannter am Telefon verschiedenen Mailänder Zeitungsredaktionen verkündet.

Der ersten Warnung bei Pirelli gingen Überfälle auf andere Manager in Norditalien voraus. Aufsehen erregte die Entführung des Personalchefs der Fiat-Autoabteilung in Turin. Im vergangenen Jahr wurde ein Ingenieur der staatlichen Siemenswerke, Mailand, von Unbekannten in einen Lieferwagen gezogen, in ein verstecktes „Volksgefängnis" gebracht und nach Verprügelung, Bedrohung und Gehirnwäsche wieder entlassen.

Gemeinsame Sache mit den Anarchisten

Die roten Garden sind kleine, kompromißlos zu extremen Aktionen bis hin zum Attentat fähige Kampftruppen, die als Rest der CUB nach links abgerückt sind und heute zum Teil mit den Anarchisten gemeinsame Sache machen. Bei der Ausführung ihrer stets politisch gezielten Aktionen wählen sie immer einen Augenblick der Mißstimmung und des Konfliktes zwischen offiziellen Gewerkschaften und Unternehmern.

Diesmal war es ein spontaner Streik bei Pirelli. Von den 11 000 Arbeitern des Hauptwerkes Mailand blieb ein Teil vorübergehend ohne Arbeit, weil 250 Mann die Versorgung lahmlegten. Die vorübergehend Ausgestellten protestierten, einige drangen in das Personalbüro ein und warfen den Chef Antonio Busti hinaus, weil er ihren Forderungen auf sofortige Wiederaufnahme der Arbeit nicht entsprach.

Daß solche handgreifliche, gegen die persönliche Integrität gerichteten Aktionen leicht zu Gewaltverbrechen degenerieren, ist nicht verwunderlich, denn zwischen Rausschmiß, einsperren, verprügeln und totschlagen liegen von Fall zu Fall nur haarfeine Grenzen. Italiens Manager brauchen heutzutage robuste Schädel, wenn sie überleben wollen.

FRIEDHELM GROTEKE

Auf dem Weg zum Aufstand?

Die Aufzählung einzelner Massen- oder Kommandoaktionen kann nicht das ausdrücken, was in Italien heute wirklich geschieht: **die Arbeiter gehen trotz — oder wegen — der Einschüchterungsversuche zum Angriff über.** Ihre Inhalte sind nicht allein gegen den einzelnen Unternehmer gerichtet, sondern genauso gegen den Staat, die Preise, die Lebensbedingungen, die Ausbeutung. Diese politische Situation drückt sich beispielsweise auch darin aus, daß die Gewerkschaften zu diesen Inhalten erst kürzlich den — kurz befristeten — Generalstreik ausriefen.

In dieser Situation setzen sich erste Formen von „bewaffnetem Kampf", die zunächst entweder massenhaft spontan und unorganisiert oder dann von kleinen Kernen praktiziert wurden, in neuer, organisierter Weise unter den Massen um. Es beginnt eine Art Aufstandsklima zu herrschen — und die Themen von Organisierung und Militanz, und zwar gegen das gesamte Ausbeutungssystem, sind inzwischen in den Köpfen und im Handeln der Arbeiter klarer als beispielsweise noch 1969, als die Autonomie sich zu entwickeln begann.

Oft ist gesagt worden, daß nach 1969 sei die Kampfbereitschaft der italienischen Arbeiter von der Gewerkschaftsbewegung aufgesogen worden — die einzigen noch relevanten Organisationsebenen seien Vertrauensleutekörper etc. Es sei nicht geleugnet, daß sich in diesen Organen viele erfahrene militante Arbeiter tatsächlich organisiert haben. Aber gleichzeitig wird jetzt klar, wie wichtig es war, daß sich Arbeiterkerne unabhängig davon daran gemacht haben, Formen und Inhalte des Angriffs weiterzuentwickeln, entsprechend den neuen Notwendigkeiten, die sich für alle Arbeiter stellen, wollen sie nicht in die endgültige Niederlage gehen.

Die militanten Umzüge in den Fabriken sind organisierte Formen der heutigen **Autonomie im Angriff.** Ebenso die Entführungen -- und sie sind wirksame Formen, die in einer aktiven Verbindung zu anderen, eher passiven Formen der Massenmobilisierung stehen, wie sie z. B. von den Gewerkschaften betrieben wird. Die Arbeiter haben durch ihre Kampfkraft die gegenwärtige Krise geschaffen — jetzt geht es für sie darum, den Angriff weiter zu eskalieren, um nicht zu unterliegen.

Anders als noch 1969 sind in dieser Lage die linken Gruppen auf inhaltlicher Ebene keine **treibende** Kraft für die Kämpfe mehr. Die einst notwendige und fruchtbare Wechselbeziehung, die vor allem half, inhaltliche Perspektiven zu präzisieren (Lohngleichheit, Kampf gegen die Produktivität), hat sich überlebt. Die Arbeiter sind über diese Art von Wechselwirkung hinausgewachsen, haben die Autonomie in ihre Köpfe einbezogen, zumindest die Arbeiteravantgarden. Das bedeutet, daß sich die linken Gruppen in Italien völlig neu definieren müssen. Die Probleme der Organisierung sind damit noch wie vor ungelöst — und dringlicher als je. ●

Frankreich



← 180 Autos zerstört

Am Samstag, 2. 3. 1974, wurden auf dem Wagenabstellplatz von Renault-Billancourt 180 Renault-Autos mit Brandbomben zerstört. Verantwortlich erklärte sich die „Brigade Pierre Overney". Pierre Overney war ein junger Arbeiter, der von genau zwei Jahren beim Flugblattverteilen an den Renaulttoren von faschistischen Renaultterroristen ermordet wurde. „. . . bei seiner Beerdigung schworen 300 000, ihn zu rächen und den Kampf fortzusetzen. Die Brigade Pierre Overney will den faschistischen Unternehmern einen Vorgeschmack geben, was sie noch von der Volksjustiz zu erwarten haben und sie an ihrem empfindlichsten Punkt schlagen: ihrem Geldsack." Nicht nur die Zielrichtung, sondern auch die Durchführung der Aktion war eindeutig nicht gegen die Interessen der Arbeiter in der Fabrik gerichtet.

Einige Tage vorher war bei einem Attentat der Gruppe „Es gibt immer etwas zu tun" die Fabrik Sonolor zerstört worden. Dadurch wurden 600 Arbeiter auf die Straße gesetzt, die natürlich deshalb nicht mit dieser Aktion einverstanden waren.

Streiks und Fabrikbesetzungen

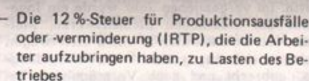
kj. PARIS, 3. März. Der Sozialkonflikt bei den französischen Großbanken droht sich auszuweiten. Nach der Besetzung der Bank von Frankreich und der Banknotendruckerei wollen die Gewerkschaften am 5. März einen Nationalstreik bei den Banken von 24 Stunden organisieren. Das Gericht von Caen hat inzwischen die polizeiliche Räumung der Lastkratwagenwerke Savien verfügt, die von der Belegschaft besetzt sind. In Saint-Nazaire ist ein Wohnwagenwerk nach dem Beschluß zur Betriebseinstellung und zur Entlassung aller 630 Mitarbeiter von der Belegschaft besetzt worden. Überall im Lande, zunehmend auch in mittleren und kleinen Betrieben, mehren sich Fabrikbesetzungen mit dem Ziel, jeder auch noch so notwendigen Entlassung entgegenzuwirken.

Spanien ☆ bei ★ ITT Arbeitskampf

Seit dem 26. 1. 1974 befindet sich einer der größten spanischen Betriebe mehr oder weniger in einem Vollstreik: STANDARD ELECTRICA S. A., die spanische Filiale des multinationalen US-Konzerns ITT. STANDARD gehört zu 70 % ausländischen Aktionären, allein 60 % der Anteile sind im Besitz von ITT, dessen Konzernbudget größer als der Haushalt des spanischen Staates ist, nämlich über 400 Mrd. Peseten (das sind etwa 20 Mrd. DM; 1 Peseta = 0,05 DM). Der Konzern beschäftigt über 375 000 Arbeiter in 70 Ländern.

In **Spanien** ist STANDARD mit einer Belegschaft von über 19 000 der Beschäftigtenzahl nach SEAT das zweitgrößte Unternehmen, dem Umsatz nach mit 1971 13,5 Mrd. Ptas an 10. Stelle, der Gewinnsituation nach an erster. Erreicht z.B. SEAT „nur" 765 Mio. Ptas. (38 Mio. DM), so STANDARD mit weniger als der Hälfte des Umsatzes über 1,2 Mrd. Ptas. (60 Mio. DM). Das Verhältnis der von STANDARD verausgabten Löhne zu den Gewinnen hat sich zugunsten letzterer wie folgt verändert (dabei ist die Zunahme der Beschäftigtenzahl mit zu berücksichtigen; 1966 = 100):

	Umsatz	Gewinne	Löhne/Gehälter	Beschäftigte
1966	100	100	100	14.644
1967	116	173	110	14.167
1968	120	197	118	13.914
1969	150	246	140	15.026
1970	185	333	171	16.349
1971	235	410	212	18.075
1972	280	535	223	18.800
1973	342	626	245	19.226



(Umsatz, Gewinne und Löhne/Gehälter in Mio. Ptas.)

ITT besitzt in Spanien mehrere Produktionszentren: Madrid, Santander, Toledo. In **Madrid** befinden sich zwei Fabriken mit jeweils etwa 6 000 Beschäftigten, ein Forschungs- und Rechenzentrum mit etwa 500 und Verwaltung und Übriges mit etwa 1 400. In **Toledo** sind es 1 600, in **Santander** 1 500 Beschäftigte. Über das ganze Land verteilt arbeiten an Installationen etwa noch weitere 2 000.

Von den größeren Unternehmen in der Metallbranche der Provinz Madrid zahlt STANDARD die niedrigsten Löhne. 75 % der Belegschaft sind Spezialisten und erhalten monatlich an garantiertem Lohn/Gehalt 9 513 ptas. (etwa 480 DM). Dazu kommen betriebliche Zulagen, die als persönliche Vergünstigungen vertraglich nicht abgesichert sind. Der Durchschnitt des real gezahlten Lohnes ist aufgrund dieses privaten Begünstigungssystems nicht zu ermitteln, doch ist anzunehmen, daß der größte Teil der Arbeiter um 10–11 000 ptas. monatlich erhält (500–550 DM).

Der letzte „Tarifvertrag" (jeweils zwei Jahre Gültigkeit) wurde im September 1973 gekündigt und lief am 31. 12. 1973 aus. Die Verhandlungen begannen erst am 15. 1. 1974, nachdem die Arbeiter dieses Schlüsselbetriebes der zentralspanischen Metallbranche bereits monatelang ausgedehnte Umfragen durchgeführt hatten und das Ergebnis in Form eines Vertragsentwurfs dem „Betriebsrat" vorlegten. Dieser Entwurf war mit über 5 000 Unterschriften versehen und spiegelte sehr detailliert die Meinung des größten Teils der Arbeiter wieder. Von den 21 Forderungen waren die wichtigsten:

- 500 ptas. (ca. 25 DM) täglich Mindestlohn und 5 000 ptas. garantierte monatliche Mindestlohnerhöhung einheitlich für alle Kategorien
- 40-Stundenwoche (bisher 43,5)
- 30 Tage Jahresurlaub (bisher 20)
- Lohnerhöhung wegen Dauer der Betriebszugehörigkeit alle 3, statt bisher 5 Jahre
- 100 % des Reallohns als Ruhegeld mit 60 Jahren

- Die 12 %-Steuer für Produktionsausfälle oder -verminderung (IRTP), die die Arbeiter aufzubringen haben, zu Lasten des Betriebes
- Beteiligung einer von den Arbeitern demokratisch gewählten Kommission an den Verhandlungen
- Versammlungsrecht

Der „Betriebsrat" von STANDARD setzt sich aus 16 von den Arbeitern nicht direkt gewählten Personen zusammen. Jedes Betriebszentrum stellt vier Delegierte, so Madrid mit etwa 14 000 ebenso vier wie Santander und Toledo mit jeweils etwa 1 500, sowie der Installationsbereich. Zwei Drittel der Mitglieder des „Betriebsrats" vertreten Unternehmensinteressen. Die Verhandlungskommission bildet sich aus diesen 16 Leuten, sowie zwei Sekretären und einem Vertreter der „Beratungskommission" des vertikalen Syndikats.

Anfangs tritt der Betriebsrat zur Beratung des Entwurfs der Arbeiter in Madrid zusammen, dann, als die Arbeiter deutlich ihre Interessen und ihre Verbitterung über die lange Hinauszögerung des Verhandlungsbeginns in Versammlungen, Petitionen usw. bekräftigen, siedelt sie nach Santander über, wo der Druck der Arbeiter geringer ist. Die politischen Forderungen der Arbeiter werden ausnahmslos gestrichen, ebenso die Übertragung der 12 %-Steuer auf das Unternehmen, der Zugehörigkeitszuschlag alle drei Jahre, der Urlaub wird auf 27 Tage verkürzt usw. Immerhin bleibt aber durch die Entschiedenheit der Arbeiter der wesentliche Teil der Lohnforderungen bestehen und die Arbeiter beschließen, diesen verstümmelten Entwurf dennoch in den Verhandlungen zu unterstützen.

Die Verhandlungen beginnen am **15. 1. 1974.**

Die „Betriebsräte" lehnen eine Teilnahme der von den Arbeitern vorsorglich gewählten Überwachungskommission ab, da sie vom Syndikat nicht legalisiert worden sei. Bereits im Oktober 1973 hatten die Arbeiter einen mit 1 200 Unterschriften versehenen Brief an das Metallsyndikat mit der Forderung gerichtet, eine Versammlung über den Vertragsentwurf abhalten zu können. Bis jetzt gibt es noch keine Antwort. Am gleichen Tag (15. 1. 1974) erfahren die Arbeiter, daß STANDARD einen Gegenentwurf mit folgendem Angebot vorgelegt hat:

- Lohnerhöhung um 1.600 ptas. für alle Kategorien

Die weiteren Forderungen zu behandeln, lehnt STANDARD ab, da sie in den Rahmenvertrag gehörten, der bereits im Juli abgeschlossen worden sei.

Die vertragliche Absicherung umfaßt nur einen Teil des Effektivlohns, daher läuft dieser Vorschlag auf z. B. 29 ptas. Erhöhung pro Tag für einen Spezialisten hinaus, das sind knapp 1,50 DM.

Am nächsten Tag, dem **16. 1. 1974**, reagieren die Arbeiter auf diese Unverschämtheit des Betriebes mit Vollstreik. STANDARD sieht sich gezwungen, das Angebot zu erhöhen. Vorschlag: 49 ptas. Erhöhung pro Tag (knapp 2,50 DM), aber „um diese wirtschaftlichen Verbesserungen gewähren zu können, kann der Vertrag erst am 1. 2. 1974 in Kraft treten".

Am **17. 1. 1974** wird in beiden großen Madrider Fabriken eine Stunde lang vollgestreikt und es finden von jetzt an täglich zwei von den comisiones obreras einberufene Versammlungen statt.

Am **18. 1. 1974** wird über Mittag in keinem der Madrider STANDARD-Betriebe gearbeitet. Die Verwaltung und das Forschungs- und Rechenzentrum, welches zu zwei Dritteln aus sog. höheren Angestellten besteht (Industrie- und Fernmeldeingenieure, Naturwissenschaftler), schließen sich dem Streik an. Auch in Toledo finden am **19. 1. 1974** (Samstag) und **21. 1. 1974** (Montag) Streiks statt. STANDARD hatte die nächste Verhandlungsrunde für den **20. 1. 1974** vorgesehen mit der Absicht, den Firmenvorschlag durchzubringen. Die Einheit der Arbeiter der verschiedenen Zentren machte diesen Versuch zunichte. Stattdessen beantragte STANDARD, die Verhandlungen wegen „des anomalen Klimas in der Arbeiterschaft" um 6 Monate zu verschieben. Währenddessen sollte der längst gekündigte Vertrag weiter in Kraft bleiben. Das spanische Recht, welches Streiks als Aufruhr bestraft, sieht diesen Weg der Bestrafung von Arbeitern durch das Unternehmen vor. Das vertikale Syndikat, in dem die Unternehmer selbst sitzen, hat über den Antrag innerhalb 15 Tagen zu entscheiden. 15 Tage, die STANDARD dazu nutzen kann, eine Schwächung der Bewegung abzuwarten, bzw. durch Saktionen, Entlassungen usw. zu fördern.

In Wirklichkeit war dies ein Versuch, die Bewegung zu spalten, indem es jetzt nur noch um die Alternative ging, entweder den Vorschlag der Firma anzunehmen oder gar nichts. Währenddessen verlangen die Arbeiter Weiterverhandlung, und zwar auf Basis ihres Entwurfs. Täglich finden Versammlungen und Streiks statt.

Diese Politik des Unternehmens wurde wenige Tage später deutlich, als die Verhandlungen am **25. 1. 1974** fortgesetzt werden. Die „Arbeitervertreter", der „Betriebsrat", hatte inzwischen den amputierten Entwurf der Arbeiter fallen gelassen und die einzige Verhandlungsbasis war der Firmenvorschlag.

Am **25. 1. 1974** schließen sich zu Ende der Arbeitszeit (14.45 Uhr) etwa 1 500 Arbeiter in der Kantine einer der beiden großen Fabriken ein, um auf einen Betriebsrat zu warten, der sie über den Verlauf der Verhandlungen informieren soll, vor allem darüber, auf welcher Grundlage überhaupt verhandelt wird. Der Betriebsrat ignoriert die Anwesenheit der Arbeiter völlig, die bis nach 22.00 Uhr aushalten. Um 23.00 Uhr wird der Entwurf des Unternehmens ohne Modifikationen als neuer Vertrag mit zweijähriger Laufzeit unterzeichnet. Presse und Fernsehen sprechen von „wichtigen sozialen und Gehaltsverbesserungen".

Als die Arbeiter am nächsten Tag, **26. 1. 1974**, vom Abschluß erfahren, reagieren sie mit Vollstreik in beiden großen Fabriken: in Ramirez de Prado (Madrid) von Arbeitsbeginn an, in Villaverde (Madrid) ab 10.00 Uhr. Auf einer Versammlung in Ramirez de Prado fordern 2 000 Arbeiter:

- Ungültigkeitserklärung des Vertrags durch das Arbeitsministerium
- inzwischen Lohnerhöhung für alle um monatlich 3.000 ptas. ohne Diskriminierung
- Entlassung des „Betriebsrats"
- keine Sanktionen seitens des Unternehmens

Am Montag, **28. 1. 1974**, setzt sich der Streik in allen Zentren fort, worauf dieBetriebsleitung die Polizei ruft, welche Ramirez de Prado um 11.30 Uhr räumt und Villaverde um 13.00 Uhr.

Am Dienstag, **29. 1. 1974**, räumt die Polizei die zwei übrigen Zentren; damit sitzen etwa 15.000 Arbeiter auf der Straße. Ihnen wird zugleich der Lohn für diese Tage entzogen, oft für länger. Das Unternehmen beginnt, die aktivsten Arbeiter zu entlassen, an diesem Tag 28. Elf von ihnen sind Arbeiter,





Carrero Blanco wird als Regierungschef Spaniens vereidigt.

die übrigen Büroangestellte oder Techniker. Acht von ihnen sind aktive Syndikatsvertreter, einer wurde verhaftet. Die erste Verhaftung.

Am Donnerstag, **31. 1. 1974**, werden Villaverde und Ramirez de Prado wieder geöffnet. In Villaverde halten die Arbeiter eine Versammlung ab und beschließen, mit den folgenden Zielen weiterzukämpfen:

- Wiedereinstellung der Entlassenen, Aufhebung der Sanktionen (Lohnkürzungen etc.), Freiheit für die verhafteten Arbeiter;
- 500 ptas. täglicher Mindestlohn für den Hilfsarbeiter, 5.000 ptas. monatliche Erhöhung für alle Kategorien;
- Entlassung der „Betriebsräte", die den Vertrag unterzeichnet haben (sechs von ihnen hatten sich geweigert).

In Villaverde ist der Streik total; es wird ein weiterer Arbeiter entlassen und fünf erleiden Sanktionen. In Ramirez de Prado werden 24 Arbeiter mit Lohnentzug auf unbestimmte Dauer bestraft und es wird gegen sie ein verschärftes Entlassungsverfahren eingeleitet, welches bedeutet, daß sie im Sektor Metall in der ganzen Provinz keine Anstellung mehr finden. In Barcelona das gleiche gegen zehn Arbeiter, sowie in Madrid gegen einen Betriebsrat, der den Vertrag nicht unterzeichnete.

Die **Repression** in diesen Tagen wird immer stärker. Im Vorort Villaverde beherrscht die Guardia Civil das Straßenbild. Die anderen Zentren habe ich nicht gesehen, aber es ist vermutlich ähnlich. Die Kommunikation unter den Zentren ist für die Arbeiter schwer aufrechtzuerhalten. Madrid ist hauptsächlich erst nach dem Sieg der Faschisten eine große Industriestadt geworden und das spiegelt sich in der Lage der Industriezentren rund um die Stadt wider. Sie liegen jeweils mehr oder weniger jenseits des Stadtrands ohne Kommunikation untereinander (z.B. Straßen, Busse, Metro), sondern werden nur über das Stadtzentrum vermittelt. Die Industriezonen sind daher sehr leicht voneinander zu isolieren. Die Ausgangsbasis für eine Vereinheitlichung der Kämpfe in den verschiedenen Industrievororten ist hier schlechter als in den organischeren Industrieregionen wie Barcelona oder Bilbao.

Die Zusammenarbeit von STANDARD, Polizei und Syndikat ist sehr eng. Auf Veranlassung des Unternehmens beginnt die Polizei, bekannte Arbeiter nachts in ihren Häusern zu verhaften, wenn sie sie tagsüber nicht erwischen kann oder die Solidarisierungsgefahr zu groß ist.

Die **Streikbewegung** ist sehr geschlossen und die Unterstützung der comisiones obreras fast vollständig. Die comisiones setzen sich aus Nichtorganisierten und Mitgliedern verschiedener Organisationen (darunter KP, Bandera Roja, O.R.T., sowie katholische Gruppen) zusammen, und sind teilweise identisch mit den Anti-1001-comisiones, die im letzten Jahr zur Unterstützung der zehn angeklagten Arbeiterführer (der Prozeß 1001 am 20. 12. 1973) gebildet worden waren und sich über ganz Madrid verteilten. Die comisiones bei STANDARD agieren weitgehend einheitlich und drücken die Beschlüsse der Versammlungen aus. Der Zusammenhang von Massenbewegung und comosiones obreras ist gegenwärtig sehr eng und direkt.

Die höheren Angestellten haben sich dem Kampf größtenteils angeschlossen. Das Personal des Forschungs- und Rechenzentrums scheint dabei eine sehr wichtige Rolle zu spielen: Da dieses Zentrum von allen die meiste Zeit geschlossen war (und bis heute noch ist), haben viele dort Beschäftigte Koordinationsaufgaben übernommen können. So ist z.B. ein „Komitee zur Ausdehnung des Kampfes" entstanden, welches sich um Erklärung des Kampfes in anderen Betrieben, den Universitäten usw. bemüht, ein „Komitee zur Unterstützung der Entlassenen", welches die Spenden aus den Universitäten und Betrieben verteilt usw. Obwohl die Presse den Kampf weitgehend totschweigt bzw. immer wieder von der Normalisierung des Arbeitsablaufs redet, ist es gelungen, zumindest in Madrid eine breite Solidarisierung herzustellen. Dennoch ist der finanzielle Druck eine der wichtigsten Waffen in den Händen des Unternehmens. In einem Land, in dem Streiks verboten sind, gibt es natürlich keine Streikkassen.

Der Kampf verschärft sich weiter.

Am Freitag, dem **1. 2. 1974**, wird in RAMIREZ DE PRADO teilweise gestreikt, in VILLAVERDE voll. Mittags wird hier ein Brief der Betriebsleitung verlesen, der die Entlassung aller streikenden Arbeiter androht und eine halbe Stunde Zeit gibt, zur Arbeit zurückzukehren. Es entsteht eine enorme Spannung und große Gereiztheit im Betrieb, und es finden Auseinandersetzungen innerhalb der Belegschaft statt. Frauen kriegen Weinkrämpfe, ein als Spitzel bekannter Beschäftigter wird krankenhausreif geschlagen. Zu Betriebsschluß halten die Arbeiter eine Versammlung ab, auf der die Fortsetzung des Kampfes beschlossen wird. Währenddessen werden drei Arbeiter zu Hause verhaftet. Sie können bis zu 72 Stunden festgehalten werden. Hat die Polizei bis dahin irgendetwas in Händen, was die Verhaftung begründen könnte, kann sie für die Freilassung eine Kaution verlangen, meist 100.000-200.000 ptas. (5 000-10 000 DM). Fast immer können die Arbeiter die Summe nicht aufbringen. Seit kurzem gibt es die juristische Möglichkeit, verhaftete Arbeiter wegen ihres Nichterscheinens am Arbeitsplatz zu entlassen. (Auf diese Weise der Denunziation und Kollaboration zwischen Unternehmen und Polizei hat beim Arbeitskonflikt bei SKF in Madrid im Oktober 1973 der Betrieb seine aktivsten Arbeiter gefeuert.)

Am Samstag, dem **2. 2. 1974**, führen die Arbeiter von VILLAVERDE wieder eine Versammlung durch und wiederholen ihre Forderungen. Mittags wird die Fabrik von neuem von der Polizei geräumt und bleibt „auf unbestimmte Zeit" geschlossen. Das Forschungs- und Rechenzentrum ist immer noch geschlossen. Die Zahl der Entlassenen ist inzwischen auf 70 angestiegen.

Am Montag, dem **4.2. 1974**, bleiben das Forschungszentrum und VILLAVERDE geschlossen. STANDARD erklärt die Auflösung der Arbeitsverträge „des Personals, welches an undisziplinierter Haltung festhielt." Damit sind über 4 000 Arbeiter gekündigt, fast die gesamte Belegschaft von VILLAVERDE!

Zwei Tage später, am **6. 2. 1974**, kündigt die Firma individuelle Wiedereinstellung fast aller vorherigen Mitarbeiter an. Zugleich setzt sie die Wiedereröffnung des Werkes VILLAVERDE auf den 8. 2. 1974 fest.

Inzwischen sind schon 10 Syndikatsvertreter und zwei Mitglieder des BR entlassen, zwei von den sechs Nichtunterzeichnern.

Donnerstag, **7. 2. 1974**: Vom Syndikat ist durch die Presse zu erfahren, daß es sich bei den Wiedereinstellungen nur 3 900 handeln soll. Bis jetzt (10. 2.) ist das Einstellungsverfahren noch nicht abgeschlossen; über die Zahl der Entlassungen ist daher nichts Genaues zu sagen. Über 100 sind es jedoch ziemlich sicher, davon ein großer Teil „expediente", die also im Metallsektor der Provinz keine Arbeit mehr finden.

Mehrere Hundert Arbeiter versuchen, mit Beamten des Metallsyndikats im Syndikatsgebäude zu reden. Der zuständige Beamte verschwand, sein Sekretär erklärte die Versammlung für illegal, die Arbeiter hätten ihre Wünsche in schriftlicher Form einzureichen, deren Weiterleitung bot er ihnen an. Einige Meter vom Syndikatshaus in der Madrider Innenstadt griff die Polizei ein und trieb die Arbeiter auseinander.

Trotz der Ankündigung der Wiedereröffnung von VILLAVERDE am 8. 2. 1974 läßt die STANDARD bereits am 7. 2. einige Hundert Arbeiter hinein. Jeder hat einen Vertrag zu unterschreiben, womit die bisherigen Altersvergünstigungen, besondere Prämien, persönlich erworbene Lohnanteile usw. wegfallen. Alle Arbeiter erhalten durchweg den Status von Neuanfängern. Damit ist die übliche Politik dieses Konzerns auch hier klar: Durch die Entlassungen ist er einerseits die aktiven Arbeiter los, andererseits fällt das gesamte Sonderzulagensysem fort, welches aufgrund der niedrigen vertraglichen Lohnabsicherung einen relativ hohen Anteil ausmachte.

Am Freitag, dem **8. 2. 1974**, arbeiten angeblich bereits 1 700 Beschäftigte. Sie werden in Gruppen zu je etwa 300 Personen in das Fabrikgebäude gelassen, welches außen stark von Guardia Civil bewacht wird. So ist es kein Wunder, wenn die Zeitungen am 9. 2. von einem störungsfreien Ablauf des Arbeitstags in VILLAVERDE berichten können. Für den Samstag, **den 9. 2.**, werden weitere 870 Wiedereinstellungen erwartet.

Gestern morgen, den **9. 2.**, wurden die bisher letzten zwei Arbeiter vor dem Syndikatsgebäude verhaftet, in welchem sie aus Solidarität dem Schlichtungsverfahren zwischen STANDARD und Entlassenen beiwohnen wollten.

Gegenwärtig (Wochenende 9./10. 2. 1974) herrscht große Angst vor Lohnentzug, Arbeitsplatzverlust und Verhaftung. Bisher sind zehn Arbeiter verhaftet.

Obgleich Geldsammlungen eintreffen, ist die finanzielle Lage der Arbeiter sehr schwierig. Ein großer Teil (über 90%) wird bestraft durch Lohnverlust; die Arbeiter von VILLAVERDE durch den Verlust ihrer Altersansprüche, Prämien etc. Für sie bringt der neue Vertrag eine erhebliche Verschlechterung, und das bei einer von der Regierung verkündeten Preissteigerungsrate von über 14%. Für das nächste Jahr ist eine höhere zu erwarten.

Die Entlassenen sitzen ohne Unterstützung auf der Straße. Die comisiones obreras rufen ddringendzur Solidarität auf.

Das Verfahren ist gescheitert. Die Arbeiter haben ihre Beschwerde in kollektiver Form eingereicht. STANDARD erkennt die Kollektivsituation aller Arbeiter im Arbeitskonflikt nicht an und verlangt die Individualisierung der Beschwerden. STANDARD hat natürlich das „Recht" auf seiner Seite, in einem Land, in dem es juristisch überhaupt keine kollektiven Arbeitskonflikte gibt, sondern der Arbeiter individuell nach dem Strafrecht wegen Aufruhrs angeklagt wird.

Der Einspruch des Verteidigers liegt seit Freitag, 8. 2. zur endgültigen Prüfung beim höchsten Militärgerichtshof. Die Prüfung beginnt am Montagmorgen, den 11. 2. 1974.

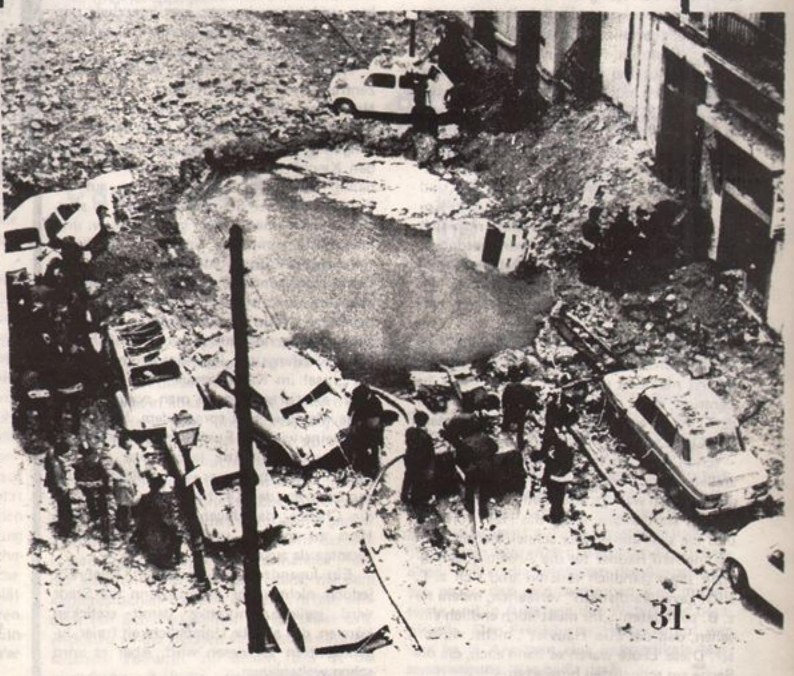
San Adrián de Besos

Am 8. 2. fand der Prozeß gegen 4 Arbeiter aus San Adrián de Besos statt. Bei einem Streik am 27. 4. 1973 in der Central Térmica de Fesca in San Adrián erschoß die Polizei den Arbeiter **Fernandez!** Die jetzt von dem Kriegsrat verurteilten 4 Arbeiter waren wegen Aufwiegelung und Auseinandersetzung mit der Polizei angeklagt.

Die Urteile:

Manuel Perez Ezquerras — 4 Jahre Gefängnis
Leonardo Perrero Rodes — 1 Jahr Gefängnis
Fernando Lozaro Revuelto — 1 Jahr Gefängnis
José Moreno Rider — 1 Jahr Gefängnis

Hier endete die Laufbahn des Regierungschefs Carrero Blanco ★



Osnabrück:

Ende eines Jugendzentraums

Die Geschichte des Unabhängigen Jugendzentrums Osnabrück (UJZ) fängt an mit einer Initiative, die vorwiegend aus Gymnasiasten und Studenten bestand. Nach einem TON-STEINE-SCHERBEN-Konzert wurde ein Haus in der City besichtigt, woran sich über 200 Jugendliche beteiligten. Besitzer des Hauses war die „Neue Heimat". In den folgenden Tagen machte man sich daran, das Haus aufzuräumen und zu einem Jugendzentrum umzufunktionieren. Zuerst tauchten die Bullen nicht direkt auf, nach einiger Zeit jedoch säuberten sie nachts das JZ. Auch als dann das Haus verrammelt und verriegelt war und die Leute, die sich zum Plenum treffen wollten, es wieder aufbrachen, waren sie da. Sie verhielten sich passiv und versuchten, mit den Leuten verständnisvoll zu diskutieren, was auch viele Leute einwickelte.



Vertreter der Stadt haben dann die Leute rumgekriegt, sich auf eine Aussprache im Haus der Jugend einzulassen. Solche „Aussprachen" fanden dann öfters statt, immer weniger Leute kamen und die Stadt hatte ihr Hauptziel erreicht: die Leute vom Haus wegzukriegen. Das Haus wurde dann bald als erstes Projekt der „Stadtsanierung" abgerissen, an seiner Stelle befindet sich heute ein kleiner, von einem niedrigen Zaun eingerahmter Rasen.

Die Hinauszögerungstaktik der Stadt schien gewirkt zu haben und das Jugendzentrum schien verloren. Übrig blieb eine etwas vergrößerte Initiativgruppe, die dann mit der Stadt in Verhandlungen trat und, um eine bessere Verhandlungsbasis zu haben, einen Verein gründete.

Nach etwa einem halben Jahr gelang es, ein Haus in der Schinkelbergstr. 6 von der Stadt zur Verfügung zu bekommen. Dieser Erfolg liegt weniger in der Arbeit des Vereins begründet (der allerdings sehr zäh verhandelte und sogar im Rundfunk seine Meinung darstellen konnte) als in der Tatsache, daß es in Osnabrück nur ein Haus der Jugend bei etwa 165 000 Einwohnern gibt, der Stadt also die längst fällige Jugendarbeit abgenommen wurde, und zudem auch noch billig, denn alles, was die Stadt zahlen mußte, waren einmalige lächerliche 2.200,— DM und die Übernahme von Heiz-, Strom- usw. Kosten. Seitens des Vereins bereitete man sich intensiv auf die Eröffnung vor, besonders weil das Jugendzentrum im Arbeiterviertel Schinkel lag, und man eigentlich mehr ein Mittelstands-Jugendzentrum konzipiert hatte.

Als das Jugendzentrum im April dann eröffnet wurde, schlugen die Jugendlichen alles erst mal kurz und klein: es war nicht ihr Zentrum, denn sie hatten am Kampf und an den Vorbereitungen nicht teilgenommen. Die Leute von der Initiativgruppe versuchten — schon arg frustiert — was auf die Beine zu stellen, aber es lief auch nicht hinaute. Am schlimmsten war die Situation auf den Plenen, die oft stattfanden, wenn das Haus voll war und die sich immer sehr schnell leerten, weil die meisten Redner für die Arbeiterjugendlichen unverständlich redeten und sich z. T. auch „avantgardistisch" verhielten, indem sie z. B. so redeten: „Ihr müßt doch endlich einsehen, daß das Euer Haus ist", nicht: wir-unser. Diese Leute waren es dann auch, die die Sache am schnellsten hinwarfen.

Im Sommer wurde das Jugendzentrum vorübergehend geschlossen. Man erarbeitete ein neues Konzept und eröffnete mit großem Trara im November neu (Zeitung mit einer Auflage von ca. 5 000 Ex.). In der ersten Nummer standen -zig Gruppen drin, die es gab oder die man zu gründen vorhatte. Einzige Gruppe, die dann lief, war die Sexpol-Gruppe. Ansonsten war montags Plenum, da kamen dann immer sehr wenig Leute, wegen des beschissenen Termins, aber man wollte es so, immer sehr wenig Leute, wegen des beschissenen Termins, aber man wollte es so, denn es sollten ja nur interessierte Leute kommen, welches dann die sowieso schon irgendwie aktiven waren. Freitags und samstags spielten dann Bands und es wurden Filme gezeigt, das war die einzige Zeit, in der das Jugendzentrum voll war. Die Leute, die kamen, waren eine Mischung aus Linksschickeria, Scene und Arbeiterjugendlichen. Auf den Veranstaltungen wurden keinerlei Informationen über die Situation des Jugendzentrums verbreitet, was sonst noch lief, daß man Probleme hatte usw. Für die Besucher wurde es also nicht zu IHREM Haus. Faktisch wurde das UJZ vom Verein geleitet, was dieser jedoch abstreitet, da es doch Demokratie in Form von Plenum, Mitbestimmung usw. gab. So isses aber doch auch in der BRD (Parlament) usw., nicht wahr?

Trotzdem wurde das Jugendzentrum für einige Arbeiterjugendliche ein Haus, wo man hingehen konnte, sie waren die einzigen außer dem Verein, die dauernd ins Haus wollten, denn hier waren sie irgendwie frei, man bevormundete sie nicht. Das wurde aber kaum gesehen, denn der Verein wollte ja Gruppen bilden, agitieren usw. Und er übersah dabei die Bedürfnisse der Jugendlichen. Die anderen Besucher hatten das Haus nicht weiter nötig, denn die meisten genossen ganz schöne „Freiheiten": eigenen Wagen, eigenes Zimmer, liberale Eltern, 'ne Menge Geld. Das Konzept des Jugendzentrums jedenfalls setzte sich nicht durch. Man beschloß insgeheim, das Jugendzentrum zu schließen, wovon dann die Jugendlichen aus dem Schinkel Wind bekamen und kurz vor Jahresende alles kurz und klein schlugen, aus Enttäuschung, daß ihnen jetzt einer der wenigen Treffs, die sie hatten, genommen werden sollte.

Vom Verein kam dann die Bemerkung: „Die wissen ja nicht, wo der Feind steht!" Tja. Das Haus war eben nur eine Art billiges Konsumlokal, wo man nicht alltägliches sehen und hören konnte, was irgendwie den Bedürfnissen der Osnabrücker Mittelstandsjugendlichen entsprach. Nicht mehr.

Habe das geschrieben, um andere Jugendzentren vor ähnlichen Fehlern zu bewahren. Noch was: Der KBW-OS (genauer KAB Bezirkszelle Schinkel) brachte nach der Zerstörung ein Flugblatt heraus, in dem man dann den Kampf ums Jugendzentrum erneut aufnahm. Man warf dem Verein vor, auf die Forderungen der Stadt eingegangen zu sein, indem man einen Verein gründete usw. und man hätte somit die Unterdrückungsfunktion anstelle der Stadt übernommen. Die Leute vergessen bloß, daß dann das Jugendzentrum nie existiert hätte. Weiterhin wirft man dem Verein Scheindemokratie vor, was zwar stimmt, nur muß man dabei sehen, daß der KB anfangs ein Jugendzentrum ablehnte als „Insel im Kapitalismus". Als das Haus dann existierte, änderte man notgedrungen seine Meinung und sprach dem Jugendzentrum eine wichtige Funktion zu. Zur Zusammenarbeit und Kritik jedoch war man öffentlich nicht bereit, es war ja nicht das Jugendzentrum des KB. Nun sehen diese Leute die Chance, das Jugendzentrum zu ihrem Haus zu machen und ihre Funktion als Avantgarde auszuspielen.

Ein Jugendzentrum wird es in Osnabrück jedoch nicht mehr geben, denn die Stadt wird jegliche Initiative damit ersticken können, daß auf die Unmöglichkeit freier Jugendzentren verweisen wird. Aber es wird schon weitergehen.

Schwarzfahrer: Ich bin auch ein Berliner

Als im April 1972 bei der Berliner BVG die Fahrpreise drastisch erhöht wurden, spielten sich die Aktionen dagegen ähnlich ab, wie es die Proletarische Front in ihrem Artikel bschrieb. Die Linken hatten von „30 Pfennige Einheitstarif" (Trotzkisten, Gewerkschaftsjugend), über „keinen Pfennig mehr — als bisher" (KPD und andere ML'er) bis zur Forderung „Nulltarif" (JuSos sowie die nicht-parteiliche Linke) und dem „organisierten Schwarzfahren" alles drauf.

Einige Stadtteilgruppen, Anarchos, Spontis, aber auch linke Jugendgruppen aus Kirchen gingen noch einen Schritt weiter: sie gründeten SCHWARZ-FAHRER-SYNDIKATE.

Das sah praktisch so aus, daß, je nach der Stärke der Gruppe, die sich zu einem Syndikat zusammengeschlossen hatte, man zwischen 2 und 4 DM in die Kasse zahlte und in der U-Bahn nichts bezahlte (Bus geht nicht, die U-Bahn ist aber weitverzweigt).

Wurde einer aus der Gruppe erwischt, mußte er die 20 DM nicht alleine blechen, sondern das Syndikat zahlte. Pro Monat kam es aber nur ein-, höchstens zweimal vor, daß ein Gruppenmitglied erwischt wurde.

Diese 'schöpferische' Anwendung von Selbstorganisation klappte eine Zeitlang recht gut. Inzwischen jedoch existieren die Syndikate kaum noch, obwohl sich die Situation verschärft hat, den jetzt kontrollieren die Bullen teilweise mit, und Schwarzfahrern drohen neuerdings (je nach Belieben) Anzeigen.

Gruppe Neuköllner Spontis (Berlin)

Siehe auch WIR WOLLEN ALLES Nr.5 und 6

NORDHORN: WIE GEHT ES WEITER?

Politische Prozesse als Versuch die Bewegung endgültig zu zerschlagen

Sobald die Staatsgewalt sich bedroht sieht, setzt sie alle Mittel in Bewegung, um ihre Macht zu sichern. Diejenigen, die sich dieser Gewalt nicht unterordnen, wie die Demonstranten an der Ra nge, werden angeklagt, Gewalt gegen Personen oder Sachen angewendet zu haben. Nach den Gesetzen des bürgerlichen Staats liegt das Monopol der Gewaltausübung bei den dazu legalisierten Institutionen, wie z. B. der Polizei. Sobald andere als die Polizei Gewalt gegen Personen oderSachen ausüben, wird dieser Umstand aktenkundig und kommt vor Gericht. Mit der Verurteilung wird die alte Rechtsposition wieder hergestellt. Das herrschende Recht istaber immer das Recht der Herrschenden und niemals das Recht der Unterdrückten.

Der Staat reagiert um so heftiger, wenn es sich nicht nur um kriminelle Vergehen, sondern um politische Auseinandersetzungen handelt, wie bei den Demonstrationen auf dem Bombenabwurfplatz. Besonders scharf und gezielt geht er gegen die vor, die wie die Nordhorner gelernt haben, daß sie, ihre Interessenn mit den politischen Mitteln, die ihnen der bürgerliche Staat anbietet, sich nicht durchsetzen können und dazu übergehen, die Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen selbst zu bestimmen. Er geht deshalb so scharf vor, weil damit sein Gewalt- und damit Herrschaftsmonopol in Frage gestellt wird. Deshalb tun Richter und Staatsanwälte alles, um die Prozesse nicht als politische erscheinen zu lassen, mögen sie auch noch so wohl-...lend über die plitischen Motive des Angeklagten debattieren. Die eigentliche politische Kontroverse: wie können wir uns effektiv gegen dem Bombenplatz wehren, darf jedoch nicht geführt werden. Sie wird von Anfang an durch den Staat kriminalisiert: die Angeklagten haben zu illegalen Mitteln bei der Durchsetzung ihrer Interessen gegriffen. Die Frage, daß sie nicht anders durchführbar waren, ist unzulässig. Die Notwendigkeit der Bevölkerung sich gegen den Fluglärm zu wehren, muß umgesetzt werden in die kriminelle Handlung des Landfriedensbruchs, Widerstand gegen die Staatsgewalt usw.

Hier ist auch der Satz des Richters aus Lingen in der Urteilsbegrüngung gegen den Arbeiter Kranzusch zu verstehen: „es ist anzurechnen, daß der Angeklagte nicht aus politischen Gründen gehandelt habe."

Das Gericht kann also nicht als Instanz zur Beilegung der politischen Kämpfe von Nordhorn-Range anerkannt werden. Es ist einzig ein Kampfmittel des Staates zur Aufrechterhaltung seines Rechts, d. h. seiner Macht und Gewalt, Die politischen Mittel des Staates sind in Sachen Nordhorn-Range immer Gewalt; sei es durch prügelnde Bullen auf dem Platz oder durch Verurteilung zu Gefängnisstrafen im Gerichtssaal. Sich aber widerstandslos diesen Regeln des Gerichts unterzuordnen, hieße die Zwangsmaßnahmen durch die Justiz anzuerkennen.



Aus: Nordhorn-Range Prozesse Info 1 und 2

(weiter S. 35 unten)

Prozeß gegen Manfred Teuber geplatzt

Am Donnerstag, den 21. 2. 1974, fand die Hauptverhandlung gegen den 19-jährigen Lingener Jugendlichen Manfred Teuber im Nordhorner Amtsgericht statt. Ihm wird Landfriedensbruch und anderes vorgeworfen. Jugendrichter Skutta kam nicht weit über die Personalbefragung hinaus. Als er nach der Erklärung von Manfred, daß nicht er, sondern diejenigen, die den Bombenlärm verursachen, angeklagt werden müssen, sein Schauspiel inszenieren wollte, wurde er von Zuschauern unterbrochen. Sein Theaterspiel wurde so lächerlich, daß er die Verhandlung von sich aus abbrechen mußte. Anwesende Notgemeinschaftleute hatten ihren Kommentar diesmal schnell zur Hand, erstaunlicherweise etwas milder: „Die Störaktionen dienen weder dem Recht noch unserer Sache in Klausheide." Richter Skutta konnte diesmal seine Drohung, den Saal räumen zu lassen, nicht wahr machen, weil es bis jetzt üblicherweise noch keine Amtsgerichtsverhandlungen mit 100 Bullen im Hinterzimmer gibt. Für das nächste Mal hat er schon zugesichert, daß Prozesse „ohne Polizei nicht möglich sind." Die Lokalpresse hat noch gar nicht begriffen, was in Nordhorn läuft und trabt im CDU-Jargon der 50er Jahre hinter der Entwicklung her.

Erklärung der Angeklagten

Wir sind hier angeklagt worden, uns an den Demonstrationen am Bombenabwurfsplatz beteiligt zu haben. Diese Teilnahme wird uns als kriminelle Handlung unterstellt. Wir sind der Meinung, daß die Bevölkerungsaktion und auch unsere Beteiligung daran berechtigt waren. Der berechtigte Protest der Bevölkerung kann nicht auf kriminelle Delikte reduziert werden.

Was ist wirklich geschehen?

Seit dem 6. Juni ist es zu massiven Protestaktionen gegen den Abwurfplatz gekommen. Die Notgemeinschaft hat dabei eine wesentliche Rolle gespielt, weil sie die Bevölkerung mobilisiert hatte. Als die Polizei die Demonstranten vom Platz verdrängt und diese dann Widerstand durch Straßensperren aufnehmen, zog sich die Notgemeinschaft aus ihrer Verantwortlichkeit zurück und distanzierte sich von den Aktionen der Bevölkerung.

Die Notgemeinschaft ist auf das Spaltungsmanöver vom Innenministerium und Polizei hereingefallen. Den verantwortlichen Herren der Notgemeinschaft wurde Straffreiheit zugesichert, damit man einzelne Demonstranten kriminalisieren konnte.

Und genau diese Kriminalisierung lassen wir uns nicht gefallen. Die Protestaktionen der Bevölkerung waren berechtigt, auch nachdem die Notgemeinschaft sich zurückgezogen hatte.

Nicht wir sind die Kriminellen, sondern diejenigen die den Bombenlärm verursachen und diejenigen, die alles tun, um den Bombenlärm weiter zu erhalten.

Deshalb fordern wir:

Sofortige Einstellung der Prozesse!
Sofortige Auflösung des Bombenabwurfplatzes!

Das ist unsere Aussage zur Sache.

Die Prozesse gegen die Arbeiter Kranzusch und Schmidt aus Lohne

Die Arbeiter Kranzusch und Schmidt wurden am Morgen des 14. 6.von Polizisten in Zivil, die sich nicht auswiesen („Ihr seid ja viel zu blöd, einen Ausweis zu lesen"), gezwungen, ihre Personalien anzugeben. Ihnen wird vorgeworfen, sich an der Errichtung einer Straßensperre führend beteiligt und sich der Feststellung ihrer Personalien gewaltsam widersetzt zu haben. Kranzusch soll darüberhinaus am folgenden Tag auf einer Demonstration die Zivilpolizisten, die sich fotografierend unter den Demonstranten befanden, mit dem Ausdruck Bullen „beleidigt" haben.

Wie ist die Anklage zustande gekommen?

Die Straßensperre, an deren Aufbau sich die beiden beteiligt haben sollen, wurde genau zu dem Zeitpunkt errichtet, als die Notgemeinschaft mit der Landesregierung über die Beendigung der Aktionen verhandelte, am frühen Morgen nach der Räumung des Bombenabwurfplatzes. Die Situation ist die: Der Platz ist brutal geräumt worden, bei der Räumung wurden 51 festgenommen, sie sitzen im Knast (zumindest ein großer Teil von ihnen). Mit all dem hatte die Notgemeinschaft nicht gerechnet, denn noch am Tag vor der Räumung „hatten sowohl die Polizei wie auch der Regierungspräsident versprochen, nichts gegen die Besetzer zu unternehmen." (Grafschafter Nachrichten, 15. 6. 73) Die Notgemeinschaft ruft zunächst per Lautsprecherwagen zum Widerstand gegen die Räumung und die Verhaftungen auf. Die Straßensperren werden errichtet, der gesamte Verkehr ist blockiert. Die Landesregierung hatte eine Eskalation provoziert., die die Notgemeinschaft auf schnellstem Weg an den Verhandlungstisch zurückbringt. Das Ergebnis wurde schon beschrieben: die Notgemeinschaft übernimmt die Verantwortung für alle Aktionen bis um 10.00 Uhr des Tages, an dem erstmals die Straßensperren errichtet wurden, sie beendet alle Aktionen in Nordhorn-Range; die Landesregierung verspricht Straffreiheit für alle Aktionen bis 10.00 Uhr.

Richter und Staatsanwalt verunsichert

1. Urteil: 30,-- DM Strafe Die Hauptanklagepunkte gegen die beiden fallen also unter die „Amnestie".

Dem Abkommen entsprechend wird am 15. 1. 74 der Prozeß gegen die beiden geführt:

Der Staatsanwalt läßt sogleich zu Beginn der Verhandlung die wichtigsten Anklagepunkte fallen. Als strafwürdige Handlung bleibt schließlich die Beleidigung der Bullen übrig. Sie ist dem Richter 30. DM wert.

Der Angeklagte Kranzusch macht es Richter und Staatsanwalt bei der Durchsetzung ihrer Strategie leicht: er argumentiert nicht als Betroffener des Bombenterrors, sondern als jemand, der zufällig in die Sache reingeraten war: „Ich hab gehört, da ist was los und da wollte ich mir das mal ansehen." Der Richter honoriert das. Es sei Kranzusch anzurechnen, daß er nicht aus politisch-radikalen Motiven gehandelt hat.

Neues Verfahren gegen Kranzusch

Die Staatsanwaltschaft Osnabrück jedoch hat Einspruch gegen das Urteil von 30. DM eingelegt. Warum? Warum wendet sie sich gegen die Übereinkunft von Notgemeindschaft, Parteien und Landesregierung? Möglich wäre es, daß immer noch Differenzen zwischen Landes- und Regierungsbezirksebene bestehen. Aber wahrscheinlicher ist eine andere Vermutung: Seit die Bevölkerung in Nordhorn und Klausheide mithilfe der Notgemeinschaft völlig demoralisiert wurde und keine Möglichkeiten für Aktionen gegen den Bombenabwurfplatz mehr sieht, gibt es für die Landesregierung keinen Grund mehr, sich an die Versprechnungen zu halten, die sie der Notgemeinschaft gegeben hat. Im Gegenteil, es könnte ihr Ziel sein, durch die Prozesse auch noch die letzten Überreste des Protestes gegen den Abwuurfplatz zu zerschlagen. Für sie sind schließlich die Besetzung des Platzes und die Straßensperren immer noch kriminelle Handlungen, die sie nur damals unter dem Druck der Widerstandsbewegung nicht direkt beantworten wollte. Und die Notgemeinschaft hat ihr zwar geholfen, die Widerstandsbewegung einzudämmen, aber dennoch ist sie die einzige Gruppe, die überhaupt noch an den Protest erinnert (nachdem die Liga gegen den Imperialismus ihre Zelte wieder abgebrochen hat).

Wir wollen mehr!

Im März 1973 haben wir die erste Nummer der „WIR WOLLEN ALLES" herausgebracht. Inzwischen sind 13 Ausgaben erschienen. Damals haben wir diskutiert, daß es uns nicht darum ging, den vielen Zentralorganen des linken Blätterwaldes ein weiteres hinzuzufügen, sondern die beteiligten Gruppen wollten ein Forum schaffen, das Ausdruck der politischen Bewegung in verschiedenen Praxisbereichen sein sollte – mit Schwerpunkten Betriebsarbeit, Häuserkampf, Jugendinitiativen und, etwas später, Knastarbeit. Wir gingen davon aus, daß die Gruppen in verschiedenen Städten durch einen offen in der WWA geführten Diskussionsprozeß über die Bornierung auf ihr jeweiliges Praxisfeld hinauskommen sollten und solchen Gruppen, die in keinem überregionalen politischen Zusammenhang stehen, die Möglichkeit gegeben wird, über die WWA an solchen Diskussionen teilzunehmen.

Anfangs waren wir der Meinung, daß sich die Arbeit der Redaktion auf technische Funktionen beschränken sollte. Die Artikel sollten das Ergebnis von Diskussionen in praktisch arbeitenden Kollektiven sein. Wir können heute feststellen, daß dieser Anspruch – von wenigen Ausnahmen abgesehen – viel zu hoch gesteckt war. Sehr schnell stellte sich heraus, daß Artikel überhaupt nur dann vorhanden waren, wenn entweder Genossen der Redaktion sie selber geschrieben hatten oder tagelang den Kollektiven, die sie schreiben sollten, hinterhergelaufen sind.

Die Genossen Leser hatten sehr bald zur WWA eine Haltung, die man ungefähr so beschreiben kann: dieZeitung ist ganz gut, beschissen, mittelmäßig, vielleicht wird die nächste Nummer besser, vielleicht auch nicht, vielleicht erscheint sie gar nicht mehr, das ist dann auch nicht schlimm Von dem großen Anspruch, daß hier nicht ein linkes Blättchen passiv konsumiert werden sollte, daß die WWA vielmehr Diskussionen und nicht nur Biertischgespräche initiieren sollte, daß sie sogar politisches Instrument in der Arbeit der Gruppen werden sollte, blieb nicht viel übrig.

Es kann sein, daß das mit einer ganzen Menge von Fehlern in der Zeitung selbst zusammenhängt. Kritisiert wordeist viel an der WWA. Doch diese Kritik ist meistens individuell und sehr beliebig gewesen, sie hat der Redaktion nur die Möglichkeit gegeben, daraus Veränderungen abzuleiten oder mehr Genossen und Gruppen in die Arbeit einzubeziehen. So wurde die Produktion der WWA mehr und mehr die Beschäftigung einiger Genossen, das Ganze lief auf einen traditionellen, bürgerlichen Linksjournalismus hinaus, der die Diskussion der Gruppen nur insofern einbezog, als die Redaktionsmitglieder daran irgendwie beteiligt waren.



Der andere Punkt, die Funktion der Zeitung über die Gruppen hinaus, die sie herausgeben, ist bisher in wenigen Ansätzen steckengeblieben. Wir haben uns – und dazu muß man sehen, daß wir aufgrund der miesen Arbeitssituation auch kaum Zeit dazu hatten – darauf beschränkt, auf die Eigenwerbung der Zeitung zu hoffen. Mit dem Resultat, daß die Auflage stagniert, eher rückläufig ist, daß in vielen Städten, insbesondere da, wo ML-Buchläden ihren Verkauf boykottieren, die WWA kaum bekannt ist.

Wir glauben allerdings, daß nach dem Erscheinen des ersten Jahrgangs der WWA eine inhaltliche Entwicklung der Zeitung abzulesen ist, daß es uns gelungen ist, gegen die Beschränkung auf den jeweiligen Betrieb, die Uni, den Stadtteil, eine umfassendere Diskussion einzuleiten. Daß in der Zeitung nicht mehr nur Berichte stehen, sondern Diskussionen wiedergegeben werden. Wir haben uns immer gegen Schreibtisch-Vereinheitlichungen und papierne Zusammenschlüsse gewehrt – das kann aber nicht heißen, daß die Funktion einer Zeitung wie der WWA darin besteht, Kampfansätze, die sich da und da abspielen, auf ihren Seiten bloß abzubilden. So was kann man konsumieren, es ist auch für die konkrete Arbeit oft wichtig, darüber zu wissen – politisch hilft es aber auf die Dauer nicht weiter.

Wir glauben, daß die verschiedenen Kämpfe des letzten Jahres und die Auseinandersetzungen, die dieses Jahr bevorstehen, die wirklich linksradikalen Gruppen der Bundesrepublik vor wirklich neue Aufgaben stellen, daß diese Aufgaben nicht von irgendwelchen hirnrissigen Avantgarde-Parteien, sondern von der Bewegung selber gestellt werden. Nur wenn diese Zeitung in diesem Diskussions- und auch Koordinationsprozeß eine Rolle spielen wird, wird sie von Bedeutung sien. Wir verstehen eine Reihe von Beiträgen in dieser und der letzten Nummer als einen Anfang dazu.



Diese Diskussion wird nicht zu erzwingen sein, sie wird erst allmählich in Gang kommen und nur allmählich zu Konsequenzen führen. Als erstes: Wir fordern alle Genossen in den Gruppen, die die WWA herausgeben, alle Gruppen und Individuen, die sich regelmäßig oder sporadisch an der WWA beteiligt haben, alle, die in dieser Zeitung eineSinn und eine mögliche Perspektive sehen, alle Genossinnen und Genossen, die erst jetzt von der Existenz dieser Zeitung erfahren und alle, die sich schon mal an uns gewandt haben und Opfer unserer Schlamperei geworden sind, auf:

über die Perspektive der WWA zu diskutieren;
ihre Kritik munter zu artikulieren;
sich zu beteiligen!

Wir werden in der nächsten Zeit darangehen, den Vertrieb der Zeitung besser zu organisieren. Klar, daß das keine technische Frage ist. Es gibt den Vorschlag, dazu ein Treffen aller daran interessierter Gruppen, Genossinnen und Genossen zu organisieren.

WIR WOLLEN MEHR! LASST HUNDERT BLUMEN BLÜHEN!

Leserbrief zum Häuserkampf:

"AUCH DIE BULLEN SIND PROLETARIER!"

Liebe Genossen!

Ich schreibe euch diese, meine Vorstellungen, weil ich den Eindruck habe, daß diese Überlegungen in der ganzen Häuserkampfdiskussion zu kurz kommen. Ich würde mich freuen, wenn auch in eurer „Wir wollen Alles" hierüber eine Diskussion eingeleitet werden könnte.

Bei Demonstrationen wie mit einem militanten Ausmaß wie dieser am letzten Samstag in Frankfurt erhebt sich für mich als auswärtiger Demonstrationsteilnehmer die Frage, inwieweit ein Agitations- und Informationsapparat besteht oder aufgebaut werden müßte und kann, um die einzelnen Menschen, die den Beruf Polizist haben, ansprechen zu können.

Diese Menschen, die teilweise an 3 Tagen die Woche einen politischen Unterricht nach Polizei-Art über sich ergehen lassen müssen, die kaum Ahnung über die Vorgänge der Frankfurter Spekulationspraktiken haben, die in Kasernen einquartiert sind, teilweise 18, 19 Jahre alt, dann plötzlich als Prügelknaben auf die Straße befohlen werden und als Schlägertrupps der Spekulanten deren riesige Gewinne verteidigen müssen gegen sogenannte Staatsfeinde.

Ist es nicht auch möglich, dieses informelle Lügengebäude des politischen Polizeiunterrichts auch von innen aufzuweichen? Ich frage, haben die Frankfurter Genossen keine Möglichkeit, in dieser Richtung stärker zu arbeiten, oder wollt ihr nicht? Soweit meine Informationen reichen, haben auch schon ganze Polizeieinheiten den Einsatz verweigert. Warum fließen darüber keine Informationen, oder stimmt das nicht? Wäre es nicht auch ungeheuer wichtig, gezielte politische Arbeit in der Armee des Kapitals zu leisten? Denn ohne sie werden wir sowieso nicht gewinnen.

Warum wird die Polizei auf Demonstrationen nur mit aggressiven Parolen bedacht? Warum versucht man nicht auch, den einzelnen Polizisten über Lautsprecher klar zu machen, worum es geht, und sie aufzufordern, keinen Knüppeleinsatz zu führen und sich wenigstens partiell mit uns zu solidarisieren. Ich glaube, wenn das gelingen würde, wäre das ein wesentlich größerer Erfolg, als Barrikaden und Verletzte, die eh nicht nützen, außer daß Frankfurt halt zu einem militanten Experimentier- und Trainingslager für beide Seiten geworden ist.



Ich möchte nicht falsch verstanden werden! Ich will hier keinen Pazifismus vertreten. Ich möchte nur den bestellten Prügelknaben (Bullen) klar machen, daß er außer als gekaufter Schläger noch eine weitere Möglichkeit hat, bevor er auf mich losgeht und daraufhin natürlich selber Steine abkriegt.

Ich möchte ihm klarmachen, daß nur Steine fliegen, wenn er sich für die Spekulantenbefehle entscheidet.

Und diese Informationsarbeit müßte geleistet werden!

Weitgehend werden natürlich aus auswärtige Einheiten herangezogen, weil diese wohl zuverlässiger sind wie die Einheimischen. Diese haben nämlich überhaupt keine Ahnung über die Situation in Frankfurt, weil an den Kasernenmauern mit der Demokratie (dem Rest, der noch vorhanden ist) auch die Informationen ausgesiebt werden. Man konnte am Samstag am Römer z. B. sehr deutlich sehen, daß die Vorgesetzten der einzelnen Trupps äußerst besorgt darum waren, daß keiner mit seinen Leuten diskutieren konnte. Man konnte auch beobachten, daß Polizisten, die an Stellen postiert waren, wo sie ständig dem Kommentar der Passanten und Demonstranten ausgesetzt waren, besonders häufig abgelöst wurden. Diese Unsicherheit innerhalb der Polizeitruppen müssen wir massiv aufgreifen.

Auch in Wiesbaden oder sonstwo gibt es Genossen, die die nötige Informationsarbeit bei den dort stationierten Bullen leisten könnten.

Sollte meine Kritik aufgrund meiner mangelnden Information nicht ganz gerechtfertigt sein, so möchte ich hinzufügen, daß das nicht mein individuelles Problem ist, dann liegt es nämlich auch an mangelnden Informationen. Es müßte hier ebenfalls eine breite Diskussion über Schwierigkeiten und Möglichkeiten von Polizeiagitation anlaufen, es müssen ganz konkrete Vorschläge gemacht werden, auch wie wir noch während militanter Auseinandersetzungen die Bullen kollektiv auf ihre zweite Möglichkeit aufmerksam gemacht werden können.

Dieses Problem wird nicht zuletzt auch dadurch akuter, daß Müller durch seine Lobeshymne auf Bullen, die trotz der schwierigen Situation nicht von der Schußwaffe Gebrauch gemacht haben, diesen Schußwaffengebrauch quasi angekündigt und die Zeit nicht mehr in allzu weiter Ferne zu sein scheint, wenn den Demonstranten die Kugeln um die Ohren pfeifen.

R.S.

FAZ 27.2.74

Personalrat rügt schlechte Ausrüstung von Polizeibeamten

f. Der Personalrat der Frankfurter Polizei hat sich gestern zu der Ankündigung der hessischen Landesregierung geäußert, die in einem Sofortprogramm fünf Millionen Mark für eine verbesserte Polizeiausrüstung ausgeben will. Trotz grundsätzlichem Einverständnis mit der Haltung der Landesregierung spricht auch Kritik aus einem Schreiben des Personalrats. Darin heißt es: „Erklärungen allein helfen aber nicht weiter. 22 Stunden und mehr wurden unsere Kollegen (bei den Unruhen am Samstag und Sonntag) ohne Unterbrechung eingesetzt. Ihre ‚Ausrüstung' beschränkte sich zum Teil auf Halbschuhe, Schönwetteruniform und Minischlagstock. Erst nach zwanzig Stunden wurde ihnen ein Teller Eintopf als warme Verpflegung angeboten. Unter diesen Umständen erscheint uns die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für modernere Wasserwerfer, gepanzerte Sonderfahrzeuge und Absperrbarrieren weniger wichtig als die zweckmäßige Bekleidung, Ausrüstung und Versorgung der eingesetzten Polizeibeamten. Die Kollegen haben gezeigt, daß sie bereit sind, bis an die Grenzen ihrer physischen Leistungsfähigkeit zu gehen." Der Personalrat erwartet deshalb von seinem Dienstherren die „Wahrnehmung seiner Fürsorgepflicht im gleichen Umfang". Abschließend dankt der Personalrat den Blumen- und Geldspenden, die von der Bevölkerung den beim Demonstrationseinsatz verletzten Beamten zugesandt wurden.

Lieber Genosse R.S.!

Sicher sind auch die Polizisten Ausgebeutete, Proletarier, schlecht bezahlte und kaputt gemachte Figuren. Wenn es auch jetzt noch fast nicht passiert, die politische Arbeit unter denen, die für die Machtorgane dieses Staates herhalten müssen, wird ungeheuer wichtig – Chile ist ein grausamer Beweis dafür. Übrigens: Jetzt in der Tarifrunde hats Gruppen gegeben, die vor Polizeikasernen Flugblätter verteilt haben.

Bloß: Dort, wo die Bullen gewaltsam die Interessen von Unternehmern und Spekulanten vertreten; dort, wo sie denen, die Widerstand leisten, mit Knüppel und Pistole entgegentreten – da sind sie **nur** unsere Feinde, weil sie dann nur noch Handlanger der kapitalistischen Gewalt sind. Da führt kein Weg dran vorbei.

Übrigens: Ein Polizist hat bei der Räumung der Bockenheimer aus Solidarität mit uns den Einsatz verweigert – er wurde sofort suspendiert.

Frankfurter Genossen

Westberlin:

DIE POSTLER KOMMEN

Als die Demonstration die Kantstraße hochkommt, bin ich in einen linken Buchladen nahe der TU. Einer mault: „Ah, ah 'nen Studentenumzug, lauter junge Leute." Er meints abfällig, ist selber aber gerade über zwanzig. Hier muffelts, ich also raus. Es waren tatsächlich „junge Leute". Die waren alle von der Post.

„Genscher heißt er, uns bescheißt er" ganz vorne auf einem dicken Mercedes an der Spitze des Zuges. Dann die erste Reihe „Arbeitskampf!". Sie meinen's ernst. Die ersten Reihen haben einen langen Stock quer vor sich.

Die Postler lachen und lassen Dampf ab. Die alten Sachen, Mensch, jetzt hört man sie endlich von denen: „Solidarisieren, mitmarschieren!"

Die meisten, das sind die langhaarigen Typen, die man von hinter dem Schalter oder als Zusteller kennt. Ein paar Weiber mit Stöckelschuhen und super-saubren-neuen Klamotten*, 'ne ganze Menge mittelalterlicher Arbeiter.

*** Diesen Ausdruck hauen wir nur unter schärfstem Protest in die Maschine !! Der Verfasser dieses Leserbriefes sollte sich mal mit der Berliner Frauengruppe in Verbindung setzen.Er hat's nötig !**

Die "Weiber" der Setzerei.

Ich kann's gar nicht so richtig fassen, renn neben dem Zug her, studiere die Plakate. Einem Anderen gehts genauso wie mir, ist auch wie aus dem Häuschen. Ein besoffener Typ läuft auf dem Bürgersteig, schwenkt ab und zu die Flasche in Richtung Zug.

„Kriegen wir die 15 nicht, machen wir den Laden dicht!"

„Wenn wir es nicht kriegen, bleibt die Arbeit liegen!"

Am Rand 3, 4 Straßenarbeiter, die den Bürgersteig aufgerissen haben, stehen und glotzen. Die könnens auch nicht fassen.

Ein Stück weiter: Einer pöbelt vom Straßenrand „Geht lieber arbeiten". Als hätte er Studenten vor sich, das ist er so gewöhnt. Die Postler: „Bäckerbursche, Bäckerbursche". Als die weiter sind, andere aus dem Zug „Alter Muffler". Es pflanzt sich wie eine Welle fort. Sie lachen und klatschen. Es ist prima. Ein gelber Postkäfer fährt auf der anderen Fahrbahnseite lang. Er hat die Scheibe runtergekurbelt. Wo er hinfährt, pfeift der ganze Zug dem Wagen nach. Der Postfahrer lacht, würde lieber mitlaufen.

Ein Ausländer fragt: „Was ist das, ich versteh nicht. – Kommunisten? " Wo, die von der Post, wollen mehr Lohn. Wo sind Sie denn her? " Er: „Ich Russe. Das gibts bei uns nicht. Da herrscht Ordnung." Ich trau meinen Ohren nicht. „Ja, das ist ja auch Scheiße bei euch."

Einer filmt vom Dach einer Baumaschine en Zug. Der Baufahrer steht daneben. Er muffelt leicht, ist unschlüssig. Aber er läßt ihn machen. Er murmelt was von dem Dach der Maschine. „Mensch, das Ding gehört doch nicht dir!" Er muffelt immer noch. Ich kaufe einen Film für den Fotoapparat. Die vom Fotogeschäft finden den Zug dufte. „Na, gleich verschießen? "

Die Postler ziehen an den Wilmersdorfer Kaufhäusern vorbei. Masse Leute. Die meisten Parolen haben es auf den „Dienstherrn" abgesehen: „Genscher, wir kommen. Genscher, wir kommen", Genscher, in fünf Minuten sind wir bei dir", „Eine Sache, die sich lohnt, wir schießen Genscher auf den Mond". Das steht auch auf Transparenten. „Ha ho he, Genscher in die Spree". Die meinen das richtig im Spaß und richtig im Ernst. Ist ein richtig toller Tag, dieser Streikmontag. „Wird der Lohn nicht besser, Genscher unters Messer." Die einen rufens, einige Postdamen grinsen aber doch säuerlich. Und: „Wenn dein starker Arm es will, stehen alle Telefone still!"

Zwei Bauarbeiter stehen am Rand, gucken sich den Zug an. Ich sage, daß ich auch vom Bau bin. Ingenieur, aber arbeitslos. Was sie nun meinen. Ob 15 % für uns auch das richtige sind. „Ach bei uns ist das anders, die machen das schon." (Die Tarife im Baugewerbe sind gekündigt und hinter geschlossenen Türen wird gekkungelt.) „Der Sperner (Vorsitzender der IG Bau) hat ja hier in Berlin bei 'ner Rede nicht mal 'ne Zahl genannt", sage ich. Sie sind nicht beeindruckt.

„Die müssen ja streiken, ist ja öffentlicher Dienst. Der Genscher macht jetzt den starken Mann." Und: „Aber die kriegen doch nicht mehr." Das sagen die Arbeiter wohl mehr, weil sie sonst auch mal an die Möglichkeit von Streik denken müßten. Sie sagen das sozusagen gegen das, was sie sehen. Ein KPD-Rote-Fahne-Verkäufer kommt neben den Zug, hält uns das Blatt vor den Bauch. „Na, Kollegen...? " „Mensch, hau bloß ab, bei uns vom Bau da bist du falsch. Kiek doch mal bloß die Mauer, da sieht man's." Die alte Leier. Der KPD-Mann jovial und schief: „Aber Kollege, wir sind nicht von der SEW..-." „Mensch, bleib mir weg, alles dasselbe." Ich hab beizusteuern: „Wie ihr das macht, das ist schon zweimal schiefgegangen. Das muß jetzt schon was ganz anderes sein." Die beiden „Tschüs" und im Wegehen: „Der hat mir gerade noch gefehlt." Sie meinen den KPDler. Die alte Berliner Stimmung.

Ich komme nach Hause, vor der Haustür ein Paketauto. „Was für mich dabei? " „Die Demonstration von euch war ja dufte." Er, ein Päckchen in der Hand: „Scheiße, ich bin Beamter!" Das war heute die neue Stimmung in der Stadt. Wenn man Leute von der Arbeit mitgenommen hat, es wurde gelacht. „Was ist los heute? " „Na nichts ist los, nur so ein bißchen Streik!"

Am nächsten Tag in der Zeitung: Streikposten hindern Beamte am Betreten des Hauses des Bausenators.

Na bitte!

-NORDHORN... von S.33-

Arbeit des Prozeßkomitees

Wir sind der Meinung, daß wir, das sind alle, die im letzten Sommer dafür gekämpft haben, daß die wirklichen „Störer", die NATO mit ihren Bomberpiloten aus der Nordhorner Gegend verschwinden, daß wir uns dieses Vorgehen des Justizapparatees nicht einfach gefallen lassen dürfen. Wir sind der Meinung, daß es höchste Zeit ist, die Öffentlichkeit und besonders alle die, die damals aktiv geworden sind, von diesem unerhörten Plan der Herrschenden zu informieren.

Deshalb sollten alle die, denen das Geschwätz der Motgemeinschaft inzwischen zum Hals heraushängt, im Prozeßkomitee arbeiten und dafür sorgen, daß die Prozesse politisch geführt werden und nicht von der Justiz dafür benutzt werden können, den Kampf gegen die Range endgültig abzuwürgen.

Wir lassen uns von Richtern und Bullen nicht einschüchtern!!! Die Prozesse müssen eine Anklageerhebung gegen die wirklich Kriminellen, das sind die Verantwortlichen des Bombenterrors, werden!!!

Komitee Nordhorn Range
K. H. Dinkelborg, 4434 Ochtrup, Weiner 114



GENOSSEN, DER HÄUSERRAT BRAUCHT GELD, BESONDERS FÜR DIE AGITATION DER NÄCHSTEN ZEIT.

KLEINE SPENDEN MASSENHAFT. GROSSE MÖGLICHST GENAUSO

SONDERKONTO WINFRIED HAMMAN

Postscheckamt Frankfurt/Main

Nr. 3512 94-606

GENOSSEN, die WIR WOLLEN ALLES hat nichts, bzw. IRRE Schulden. Spendet: PSchK. Nürnberg 4684-852

Kontaktadressen mitarbeitender Gruppen:

Bremen: *Proletarische Front c/o Gerd Stalljes, 28 Bremen, Kirchbachstr.144*
Frankfurt: *Revolutionärer Kampf c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202*
**Häuserrat z.Zt. noch 6 Frankfurt 1, Bockenheimer Landstr.113*
Hamburg: *Proletarische Front c/o Eberhard Jungfer, 2102 Hamburg 93, Hövelbrook 4*
Köln: *Arbeiterkampf c/o Das Politische Buch, 5 Köln 41, Zülpicherstr.197*
München: *Arbeitersache c/o Basis-Buchhandlung, 8 München, Adalbertstr.41b*
Nürnberg/Erlangen: *über Politladen, 852 Erlangen, Postfach 2849*
Saarbrücken: *Gruppe „Rote Fahne" c/o Jens Jacobi, 66 Saarbrücken, Postfach 176*
** Jetzt: Lessingstr.2*

Lesen Sie in der nächsten Ausgabe:

● „Karl Marx ist längst überholt"

WIR WOLLEN ALLES erscheint monatlich. Einzelpreis DM 1,00. Abopreis fur 12 Nummern DM 12,00 inklusive Porto. Druck und Verlag POLITLADEN Erlangen. Presserechtlich verantwortlich ist unsere liebe Genossin Gisela Erler, 8 Munchen 80. Josefsburgstr.16. Abolieferung wird aufgenommen, sobald der Betrag von DM 12,00 gezahlt wurde an: Wir wollen alles, Gaiganz, Kto. 4684-852 Pscha Nurnberg

SALVADOR PUIG ANTICH VON DEN FASCHISTEN ERMORDET

Die Schraube ist an einem Holzpfahl befestigt, auf einem Stuhl vor dem Pfahl wird der Verurteilte festgebunden. Ein Eisenring schließt sich um den Hals des Todeskandidaten, der Henker dreht an einem Hebel, wodurch der Ring den Hals immer mehr einzwängt. Der Tod tritt durch Genickbruch, verbunden mit Erstickung, ein. Das Bewußtsein verliert der Hinzurichtende fast immer in der ersten Minute, doch der Todeskampf kann manchmal fünfzehn oder mehr Minuten dauern.

Auf diese bestialische Weise haben die spanischen Faschisten am 3. März 1974 Salvador Puig Antich ermordet. Salvador Puig war Mitglied der Iberischen Befreiungsbewegung MIL. Er war bei der Verhaftung durch die Geheimpolizei BPS (Brigada Politico Social) schwer mißhandelt worden; noch während der Mißhandlung konnte Salvador Puig seine Waffe, die ihm nicht abgenommen worden war, ziehen. Er tötete einen der Polizisten und konnte entkommen. Beim Versuch, die Grenze nach Frankreich zu übertreten, wurde er verhaftet und am 3. 1. 1974 zum Tode verurteilt. Die Vollstreckung des Todesurteils an Salvador Puig Antich ist nur der vorerst neueste Mord in einer Kette blutiger Repressionen des Franco-Faschismus.

- Am 11. 2. 1973 wurden fünf Jugendliche schwer verletzt, als die Polizei in eine Vietnamdemonstration in Madrid schoß.
- Im April 1973 wurde ein Führer der baskischen Guerillaorganisation ETA, Eustaquio Mendizabal, erschossen.
- Nach den zahlreichen Demonstrationen am 1. Mai 1973 wurden 150 Personen brutal gefoltert, die Mitglieder der FRAP sein sollen.
- Im Dezember 1973 wurde – ein Beispiel der Kollaboration der spanischen und französischen Polizei – Ignaticio Sanchez, Mitglied der FRAP, in Dancharinea (Südfrankreich) ermordet.

3 000 mußte die Polizei in Barcelona daran hindern, an Puigs Beerdigung teilzunehmen. Dennoch fand in Barcelona eine Demonstration statt. In Rom wurde die spanische Botschaft mit Molotowcocktails angegriffen. In einer Krankenkasse in Barcelona beteiligten sich achzig Angestellte an einem Sitzstreik. In Frankfurt besetzten spanische Genossen eine Kirche in Bornheim. Mit seinem ganzen Ministerauto flog vor gar nicht langer Zeit Carrero-Blanco in einem Salto aufs Klosterdach – direkten Weges zum lieben Gott.

Straßenschlachten in Rom

Demonstranten über brutale Hinrichtungen in Spanien empört

Von unserem Korrespondenten Horst Schlitter

ROM, 5. März. Die Hinrichtung des jungen spanischen Anarchisten Puig Antich und des Polen Heinz Ches in Barcelona und Tarragona haben in Italien weites Aufsehen und vielfach ein empörtes Echo gefunden. Die Folge waren am Montagabend Straßenschlachten zwischen Tausenden von Demonstranten und Anarchisten im Zentrum von Rom.

Ziel der Protestierenden waren die beiden spanischen Botschaften beim italienischen Staat und beim Vatikan, die jedoch von starken Polizeikräften abgeriegelt wurden. Statt dessen stürmten die Demonstranten die Carabinieri-Station auf der Piazza Farnese und richteten großen Schaden an.

Nach einer sehr behutsam formulierten Meldung des „Osservatore Romano", des vatikanischen Sprachrohrs, haben „auch höchste Interventionen" eine Umwandlung der barbarischen Todesurteile in eine Haftstrafe nicht bewirken können. Nach allgemeiner Überzeugung hatte sich der Papst selbst gegen die qualvollen Hinrichtungen ausgesprochen.

Zu einem weiteren Zusammenstoß zwischen der spanischen Regierung und dem Vatikan kam es, nachdem Madrid dem Erzbischof von Bilbao, Antonio Anoveros Ataun, den Ausweisungsbefehl zugestellt hat. Anoveros hatte sich für mehr kulturelle Freiheiten des baskischen Volkes eingesetzt. Der Ausweisung will er nur weichen, wenn der Heilige Stuhl seine Zustimmung gibt. Gerade an diese Zustimmung scheint nicht zu denken zu sein. Am Dienstag nahm der „Osservatore Romano" klar zugunsten des liberalen Kirchenführers Stellung und bezeichnete ihn als einen „Bischof, dessen seelsorgerische Qualitäten ebenso bekannt sind wie seine Anhänglichkeit an sein Land und seine Diözese". Die vatikanische Entschlossenheit kommt in dem Satz zum Ausdruck, man hoffe zu einer gütlichen Lösung des „schwerwiegenden Streitfalles" zu kommen.

Frankfurter Rundschau 6.3.74